

Bayern in Zahlen

Ausgabe 5 | 2012



- Darstellung von Studienverläufen mittels Differenzenfolgen
- Wirtschaftliche Entwicklung Bayerns 1970 bis 2010
- Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung in Bayern 2011
- Zensus 2011: Erhebungsteil Sonderbereiche
- Datenangebot und Datenzugangswege des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung



Alle Veröffentlichungen im Internet unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Diesen Code einfach mit dem entsprechenden App scannen, um zum angegebenen Link zu gelangen.

Kostenlos

ist der Download von allen Statistischen Berichten (meist PDF- und Excel-Format) sowie von „Bayern Daten“ und „Statistik kommunal“ (Informationelle Grundversorgung).

Newsletter-Service

Für Themenbereich/e anmelden. Information über Neuerscheinung/en wird per E-Mail aktuell übermittelt.

Kostenpflichtig

sind die links genannten Veröffentlichungen in gedruckter Form sowie die Druck- und Dateiausgaben (auch auf Datenträger) aller anderen Veröffentlichungen. Bestellung direkt im Internet oder beim Vertrieb, per E-Mail oder Fax.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik sowie Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 143. (66.)

Artikel-Nr. Z10001
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Preis

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
Zuzüglich Versandkosten

Bildnachweis

© Fotolia

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457
Internet www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-3580

© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2012

Alle Veröffentlichungen oder Daten sind Werke im Sinne § 2 Urheberrechtsgesetz. Die Verwendung, Vervielfältigung und/oder Verbreitung von Veröffentlichungen oder Daten gleich welchen Mediums (Print, Datenträger, Datei etc.) – auch auszugsweise – ist nur mit Quellenangabe gestattet. Sie bedarf der vorherigen Genehmigung bei Nutzung für gewerbliche Zwecke, bei entgeltlicher Verbreitung oder bei Weitergabe an Dritte sowie bei Weiterverbreitung über elektronische Systeme und/oder Datenträger. Sofern in den Produkten auf das Vorhandensein von Copyright-rechten Dritter hingewiesen wird, sind die in deren Produkten ausgewiesenen Copyrightbestimmungen zu wahren. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Erläuterungen

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
 - . Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
 - X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
 - p vorläufiges Ergebnis
 - r berichtigtes Ergebnis
 - s geschätztes Ergebnis
 - D Durchschnitt
 - ≙ entspricht
- Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Statistik aktuell

246 Kurzmitteilungen

Beiträge aus der Statistik

265 Wirtschaftliche Entwicklung
Bayerns 1970 bis 2010

274 Ergebnisse der Vierteljährlichen
Verdiensterhebung in Bayern 2011

280 ZENSUS 2011: Erhebungsteil Sonderbereiche

286 Darstellung von Studienverläufen
mittels Differenzenfolgen –
ein systemtheoretischer Ansatz zur
Schwund- und Erfolgsquotenberechnung

301 Datenangebot und Datenzugangswege des
Bayerischen Landesamtes für Statistik
und Datenverarbeitung

Bayerischer Zahlenspiegel

317 Tabellen

326 Graphiken

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen

Zum internationalen Tag der Familie am 15. Mai

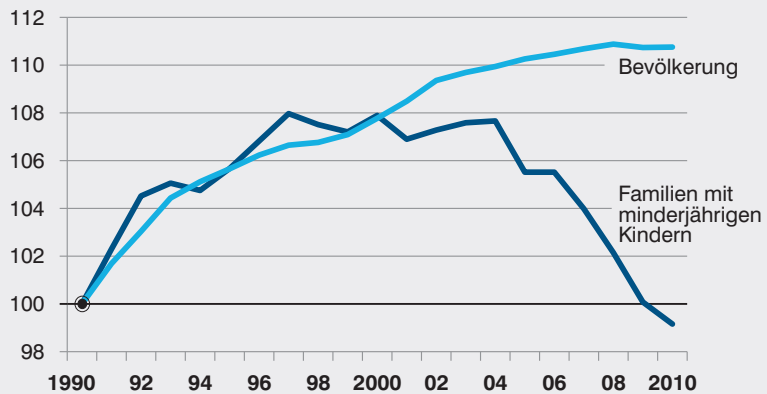
Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, lebten 2010 in Bayern 1,29 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern. Die Familien bestanden aus durchschnittlich 3,7 Familienmitgliedern. Damit lebten rund 38 % der 12,51 Millionen Einwohner Bayerns in einer Familie mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren. Die Familie im statistischen Sinn umfasst im Mikrozensus seit 2005 alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, das heißt Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter, jeweils mit (ledigen) Kindern im Haushalt.

Im Jahr 2010 war nach wie vor die traditionelle Familie mit beiden miteinander verheirateten Elternteilen weit verbreitet: Bei knapp vier von fünf bayerischen Familien (78 %) handelte es sich um klassische Ehepaarfamilien. Bei gut 6 % der Familien lebten die Eltern in einer Lebensgemeinschaft zusammen und bei 16 % der Familien wuchsen die Kinder mit einem alleinerziehenden Elternteil auf. Unter den Alleinerziehenden waren Väter nach wie vor selten vertreten, neun von zehn Alleinerziehenden waren Mütter.

Ein bedeutender Anteil der Kinder wuchs in einem Elternhaus auf, bei dem mindestens ein Elternteil zugewandert ist oder in Deutschland als Ausländer geboren bzw. eingebürgert wurde. Mehr als ein Viertel aller Familien (knapp 28 %) konnte demnach ein Migrationshintergrund zugeschrieben werden. Von

Familien mit minderjährigen Kindern und Bevölkerung in Bayern seit 1990*
Ergebnisse des Mikrozensus

1990 = 100



* Von 1990 bis 2004 lag dem Mikrozensus eine feste Berichtswoche jeweils im Frühjahr (meist April) zu Grunde. 2005 erfolgte eine Umstellung auf eine kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche, d.h. seitdem werden die Ergebnisse als Jahresdurchschnittswerte nachgewiesen. Dies kann zu methodisch bedingten Schwankungen in den Ergebnissen führen.

den Alleinerziehenden hatten 22 % einen Migrationshintergrund. In rund jeder zehnten Paargemeinschaft (gut 10 % der Ehepaare und Lebensgemeinschaften) wurde für einen Partner, bei weiteren 18 % für beide Partner ein Migrationshintergrund ermittelt.

Hinsichtlich der längerfristigen Entwicklung der Familien mit Kindern unter 18 Jahren im Verhältnis zur allgemeinen Bevölkerungsentwicklung ergibt sich folgendes Bild: Von 1990 bis 1997 ging mit dem Anstieg der Bevölkerungszahl auch ein entsprechender Zuwachs bei den Familiengründungen mit Kindern bzw. Zuzug solcher Familien nach Bayern einher. Seitdem ist jedoch eine Trendwende erkennbar: Mit dem weiteren Bevölkerungsanstieg nach 1997 war, abgesehen von kleineren Schwankungen, zunächst eine Stagnation

der Familienzahlen verbunden. Seit 2005 ist zudem eine deutliche Abnahme der Anzahl der Familien mit minderjährigen Kindern nachweisbar. Bei einer leicht gestiegenen Bevölkerungszahl im Freistaat seit 2005 ging die Gesamtzahl der Familien mit minderjährigen Kindern bis 2010 um 83 000 bzw. 6 % zurück. Zu dieser Entwicklung trug in erster Linie ein deutlicher Rückgang an verheirateten Paarfamilien bei. Im Jahr 2010 gab es rund 88 000 oder 8 % weniger Ehepaarfamilien als noch 2005. Die Zahl der Alleinerziehenden nahm im selben Zeitraum um rund 1 % ab (3 000) die Anzahl der Lebensgemeinschaften mit Kindern stieg hingegen um rund 8 000 an.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Strukturdaten der Bevölkerung und der Haushalte in Bayern 2010“ (Bestellnummer: A6201C 201000, nur als Datei).*

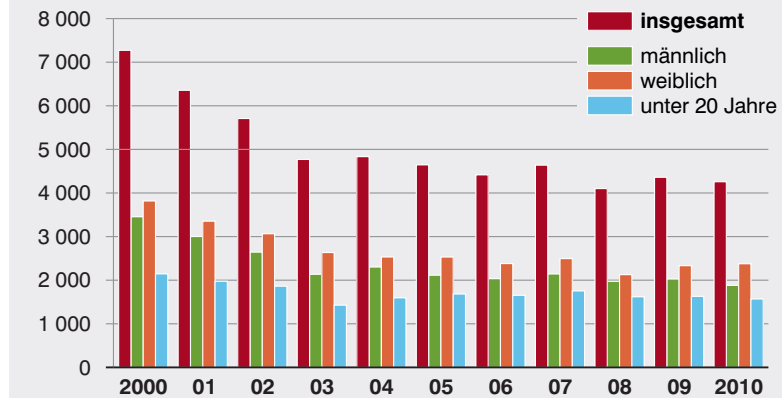
Welt-Asthma-Tag am 1. Mai

Im Jahr 2010 erhielten 4 258 Patienten, die Asthma als Hauptdiagnose aufwiesen, vollstationäre Behandlungen in bayerischen Krankenhäusern. Das waren rund 2,3 % weniger als im Vorjahr (2009: 4 360). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer fiel dabei mit 4,6 Tagen um 3,2 Tage merklich kürzer aus als der Durchschnitt aller stationär versorgten Kranken.

Betrachtet man die mehrjährige Entwicklung, so zeigt sich eine tendenziell abnehmende Entwicklung. Ausgehend von 7 272 Behandlungsfällen im Jahr 2000 sank die Zahl der vollstationären Behandlungsfälle wegen Asthmas relativ kontinuierlich auf 4 258 im Jahr 2010.

In mehr als der Hälfte (55,8 %) aller aufgrund von Asthma erfolgten stationären Behandlungen in Krankenhäusern waren die Patienten weiblich. In 36,8 % der Fälle waren die Patienten jünger als 20 Jahre. Außerdem wurden im Jahr 2010 weitere 4 560 Patienten mit Asthma in bayerischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen vollstationär behandelt, 4,9 % weniger als im Vorjahr (2009: 4 793). Die durchschnittliche Verweildauer betrug 28,0 Tage und dauerte damit 3,3 Tage länger als beim Durchschnitt aller in bayerischen Vor-

Stationäre Behandlungsfälle von Patienten mit Asthma in bayerischen Krankenhäusern von 2000 bis 2010 nach Geschlecht und Alter der Patienten



sorge- und Rehabilitationseinrichtungen stationär versorgten Kranken.

Der Anteil der Behandlungsfälle weiblicher Asthma-Patienten in den bayerischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen betrug rund 43 % und fiel damit niedriger aus, als der in Krankenhäusern. Mit 57,1 % war der Anteil jüngerer Patienten (Alter unter 20 Jahre) dagegen deutlich höher als der in bayerischen Krankenhäusern.

Die Betrachtung der Behandlungen von Patienten mit Asthma ist für die Krankenhäuser erst seit dem Jahr 2000 sinnvoll. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass

vor diesem Berichtsjahr die Verschlüsselung der Diagnosen nach der neunten internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten (kurz ICD 9 genannt) erfolgte und dadurch eine Kontinuität der Auswertungen nach dem derzeit angewendeten ICD10-Standard nur bedingt möglich ist. Bei den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen ist eine Betrachtung erst seit 2003 realisierbar, da Diagnosen in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten erst seit dem Jahr 2003 statistisch erfasst werden.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2010“ (Bestellnummer: A4200C 201000, nur als Datei).*

Tag des herzkranken Kindes am 5. Mai

Im Jahr 2010 wurden in bayerischen Krankenhäusern 3 376 vollstationäre Behandlungen von Patienten mit angeborener Fehlbildung des Kreislaufsystems als Hauptdiagnose durchgeführt; dies waren rund 6,4 % mehr als im Jahr davor

(2009: 3 173 Behandlungsfälle). In 72,1 % der Fälle (2 435 Behandlungen) handelte es sich dabei um Fehlbildungen des Herzens. Mit Blick auf das Alter der Patienten fällt auf, dass die unter einjährigen Kinder mit 34,3 % am häufigsten

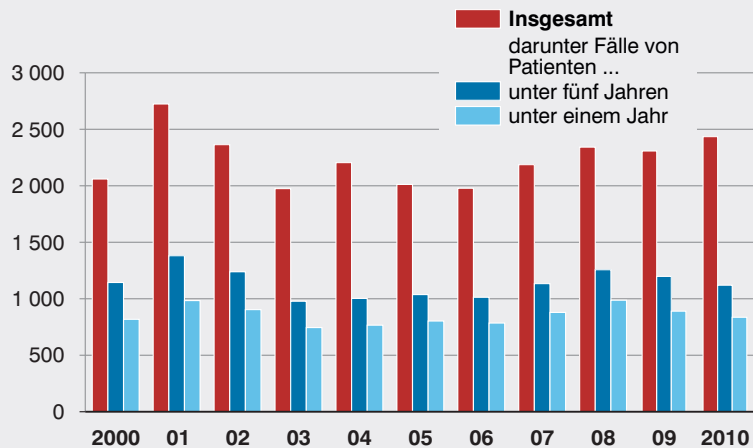
betroffen waren. In 46,0 % der Fälle waren die Patienten jünger als fünf Jahre.

Betrachtet man die Behandlungen wegen Fehlbildungen des Herzens nach dem Geschlecht der Pati-

enten so zeigt sich, dass Mädchen mit 48,9% etwas weniger betroffen waren als Buben. Werden auch die Fälle der bis unter 5-Jährigen einbezogen, zeigt sich ein fast ausgeglichenes Verhältnis der Geschlechter. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei Behandlungen wegen Fehlbildungen des Herzens fiel mit 9,5 Tagen um 1,7 Tage länger aus, als dies beim Durchschnitt aller vollstationären Behandlungen der Fall war. Verfolgt man die Entwicklung der letzten zehn Jahre, so zeigt sich keine eindeutige Tendenz, sondern ein eher wellenförmiger Verlauf. Der bisherige Höchstwert mit 2 724 Fällen konnte demnach im Jahr 2001 und der niedrigste Wert mit 1 957 Behandlungen im Jahr 2003 verzeichnet werden.

Eine Betrachtung im Zeitverlauf ist erst seit dem Jahr 2000 sinnvoll,

Stationäre Behandlungsfälle von Patienten mit Fehlbildungen des Herzens in bayerischen Krankenhäusern von 2000 bis 2010 nach dem Alter der Patienten



weil davor die Krankheitsdiagnosen nach der neunten internationalen statistischen Klassifikation für Krankheiten (kurz ICD 9 genannt) verschlüsselt wurden. Seitdem wird der ICD10-Standard ver-

wendet und lässt Auswertungen über vorherige Zeiträume nur bedingt zu.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2010“ (Bestellnummer: A4200C 201000, nur als Datei).*

Zum Tag gegen den Schlaganfall am 10. Mai

Im Jahr 2010 wurden in den bayerischen Krankenhäusern 36 065 vollstationäre Behandlungen von Patienten mit Schlaganfall (Hirnfarkt) als Hauptdiagnose durchgeführt, rund 1,4% mehr als im Jahr davor (2009: 35 579).

In der Hälfte aller aufgrund von Schlaganfall erfolgten stationären Krankenhaus-Behandlungen waren die Patienten weiblich. Bezogen auf die durchschnittliche Bevölkerung gleichen Geschlechts in Bayern erlitten Frauen mit 283 Schlaganfällen je 100 000 Personen jedoch weniger häufig einen Schlaganfall als Männer mit 293 Fällen je 100 000 Personen.

Vollstationäre Behandlungen von Schlaganfallpatienten in bayerischen Krankenhäusern 2010

Altersgruppe	Behandlungsfälle insgesamt	davon Fälle von	
		männlichen	weiblichen
		Patienten	
unter 15	22	13	9
15 bis unter 20	19	11	8
20 bis unter 25	49	19	30
25 bis unter 30	83	43	40
30 bis unter 35	129	63	66
35 bis unter 40	219	121	98
40 bis unter 45	450	264	186
45 bis unter 50	839	536	303
50 bis unter 55	1 248	892	356
55 bis unter 60	1 691	1 193	498
60 bis unter 65	2 468	1 696	772
65 bis unter 70	3 766	2 465	1 301
70 bis unter 75	5 768	3 311	2 457
75 bis unter 80	6 000	2 958	3 042
80 bis unter 85	6 463	2 668	3 795
85 bis unter 90	4 878	1 339	3 539
90 bis unter 95	1 529	348	1 181
95 oder mehr	444	79	365
Insgesamt	36 065	18 019	18 046

Mit Blick auf das Alter der Patienten mit der Hauptdiagnose Schlaganfall zeigt sich, dass 80 % ein Alter von 65 Jahren oder mehr aufwiesen und 95 % 50 Jahre oder älter waren. Die absolut höchste Zahl an stationären Krankenhausbehandlungen wegen eines

Schlaganfalls betraf Patienten der Altersgruppen 70 bis unter 85 Jahre mit Werten um die 6 000, wobei Männer stärker in der Altersgruppe 70 bis unter 75 Jahre vertreten waren und Frauen in der Gruppe 80 bis unter 85 Jahre.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2010“ (Bestellnummer: A4200C 201000, nur als Datei).*

Internationaler Tag der Krankenpflege am 12. Mai

In den bayerischen Krankenhäusern waren im Jahr 2010 62 171 Pflegekräfte beschäftigt und somit geringfügig mehr als im Jahr davor (+2,0%). 29 790 Pflegekräfte – das sind 47,9 % – waren Teilzeitbeschäftigte bzw. geringfügig Beschäftigte. Der Frauenanteil der in der Krankenpflege beschäftigten Personen betrug 86 %.

Betrachtet man die mehrjährige Entwicklung, so zeigt sich eine Zunahme der Beschäftigtenzahl im Pflegedienst von 52 429 im Jahr 1991 bis auf den Höchststand von 62 859 im Jahr 2002. In den Folgejahren sank die Zahl der Pflege-

kräfte bis auf 58 490, um dann wieder auf aktuell 62 171 anzusteigen. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in diesem Zeitraum kontinuierlich von 25,6 % auf 47,9 % stieg.

Rechnet man die Teilzeitkräfte auf die volle tarifliche Arbeitszeit um, so entsprechen die 62 171 Pflegekräfte (= Personen) 46 742 „Vollkräften“ (=Vollzeitäquivalente) in der Krankenpflege. Betrachtet man hierzu die mehrjährige Entwicklung, so zeigt sich eine Zunahme der Zahl der Vollkräfte von 44 096 im Jahr 1991 bis auf 49 776 im Jahr 2000, danach eine Abnah-

me bis auf 44 514 im Jahr 2007, um aktuell wieder auf 46 742 zu steigen.

Die Zahl der behandelten Patienten – gezählt werden die Behandlungsfälle – ging annähernd mit der zeitlichen Entwicklung der Zahl der Vollkräfte im Pflegedienst konform. Ausgehend von 2 177 094 behandelten Patienten und 44 096 Vollkräften (1991) am Anfang des Betrachtungszeitraums (1991) stieg die Zahl der behandelten Patienten bis zum temporären Höchstwert im Jahr 2001 (2 678 249), der – nach einem vorübergehenden Rückgang mit 2 762 631 im Jahr

Zahl der Pflegekräfte an bayerischen Krankenhäusern 1991 bis 2010

Berichtsjahr	„Vollkräfte“ (Vollzeitäquivalente) im Jahresdurchschnitt	Beschäftigte im Pflegedienst				Behandelte Patienten (Fallzahl)
		insgesamt	davon		darunter	
			männlich	weiblich	Teilzeit	
1991	44 096	52 429	6 888	45 541	13 404	2 177 094
1992	44 911	53 148	6 835	46 313	14 743	2 243 193
1993	46 078	55 583	7 309	48 274	16 250	2 284 551
1994	48 144	57 704	7 666	50 038	17 442	2 342 743
1995	49 585	59 465	8 179	51 286	18 691	2 421 130
1996	49 653	59 898	8 289	51 609	19 877	2 459 269
1997	49 352	59 986	8 462	51 524	20 640	2 512 598
1998	49 185	60 875	8 731	52 144	21 230	2 586 709
1999	49 383	61 283	8 915	52 368	21 775	2 629 233
2000	49 776	61 836	8 894	52 942	22 587	2 661 234
2001	49 752	62 151	8 895	53 256	23 570	2 678 249
2002	49 371	62 859	8 968	53 891	24 961	2 668 938
2003	48 470	61 100	8 697	52 403	25 534	2 658 771
2004	45 893	59 037	8 250	50 787	26 258	2 550 443
2005	44 800	58 562	8 228	50 334	26 764	2 522 724
2006	44 521	58 490	8 232	50 258	27 063	2 529 978
2007	44 514	58 946	8 315	50 631	27 521	2 601 174
2008	45 076	59 721	8 326	51 395	27 638	2 674 573
2009	45 819	61 015	8 559	52 456	28 505	2 736 316
2010	46 742	62 171	8 786	53 385	29 790	2 762 631

2008 fast wieder erreicht und in den beiden Folgejahren überschritten wurde. Die Anzahl der Vollkräfte im Pflegedienst liegt dagegen mit 46 742 um 3 034 unter dem Maximum im Jahr 2000. Die Rela-

tion „Patienten je Vollkraft“, die Anfang der neunziger Jahre etwa 50 betrug, stieg seit 1998 deutlich an und bewegt sich seit 2008 knapp unter 60.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2010“ (Bestellnummer: A4200C 201000, nur als Datei).*

Zum Welt-Hypertonie Tag am 17. Mai

Im Jahr 2010 wurden in den bayerischen Krankenhäusern 36 821 vollstationäre Behandlungen von Patienten mit Hypertonie (Bluthochdruck) als Hauptdiagnose durchgeführt, rund 3,4% mehr als im Vorjahr (2009: 35 598).

In mehr als zwei Dritteln (66,8%) aller aufgrund von Hypertonie erfolgten stationären Krankenhaus-Behandlungen waren die Patienten weiblich. Bezogen auf die durchschnittliche Bevölkerung gleichen Geschlechts wurden Frauen mit 386 Fällen je 100 000 Personen wesentlich öfter als Männer mit nur 199 Fällen je 100 000 Personen infolge von Bluthochdruck vollstationär behandelt.

Vollstationäre Behandlungsfälle von Bluthochdruckpatienten in bayerischen Krankenhäusern 2010			
Altersgruppe	Behandlungsfälle insgesamt	davon Fälle von	
		männlichen	weiblichen
		Patienten	
unter 15	77	46	31
15 bis unter 20	116	76	40
20 bis unter 25	154	109	45
25 bis unter 30	192	129	63
30 bis unter 35	274	188	86
35 bis unter 40	500	296	204
40 bis unter 45	991	536	455
45 bis unter 50	1 656	779	877
50 bis unter 55	2 253	1 083	1 170
55 bis unter 60	2 890	1 187	1 703
60 bis unter 65	3 450	1 264	2 186
65 bis unter 70	4 251	1 534	2 717
70 bis unter 75	5 870	1 816	4 054
75 bis unter 80	5 176	1 379	3 797
80 bis unter 85	4 692	1 089	3 603
85 bis unter 90	3 178	555	2 623
90 bis unter 95	906	132	774
95 oder mehr	195	30	165
Insgesamt	36 821	12 228	24 593

Mit Blick auf das Alter der Patienten mit der Hauptdiagnose Hypertonie zeigt sich, dass in 75,3% der Fälle die Patienten ein Alter von 60 Jahren oder mehr aufweisen und in fast neun von zehn Fällen die Patienten 50 oder älter waren. Dabei ist auffallend, dass in der Altersgruppe der 40- bis unter 45-Jährigen ein Anstieg der Fall-

zahlen bei den weiblichen Patienten zu verzeichnen ist; so stieg die Zahl der Hypertonie-Behandlungen weiblicher Patienten in dieser Altersgruppe um 137% im Vergleich zu den 30- bis unter 35-jährigen Frauen. Bei den männlichen Patienten ist ein jedoch annähernd so großer absoluter Anstieg erst ab der Altersgruppe der

50- bis unter 55-Jährigen der Fall, während der relative Anstieg von einer zur nächsten 5-Jahresgruppe deutlich unter 100% blieb.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2010“ (Bestellnummer: A4200C 201000, nur als Datei).*

301 Habilitationen an Bayerns Universitäten im Jahr 2011

An bayerischen Hochschulen haben 2011 84 Wissenschaftlerinnen und 217 Wissenschaftler ihre Lehrbefähigung erteilt bekommen. Mit insgesamt 301 Habilitationen wurde der Zehnjahresdurchschnitt von

2001 bis 2010 (360) deutlich unterschritten. Die im Jahr 2011 Habilitierten waren im Durchschnitt 40 Jahre alt (Frauen: 39,4 Jahre; Männer: 40,4 Jahre).

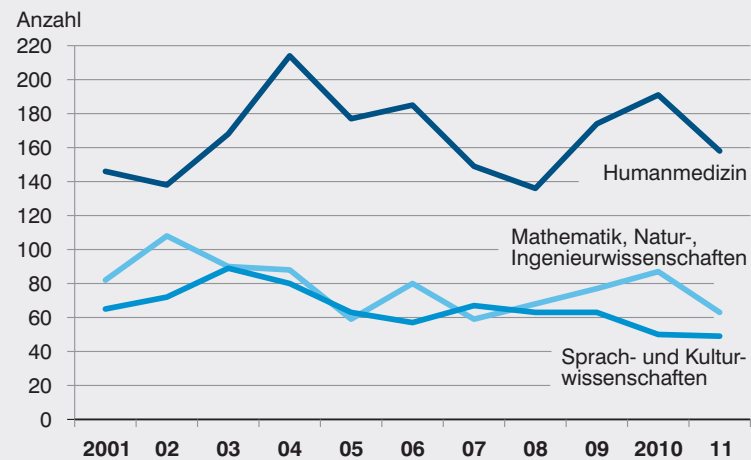
Wie in den Vorjahren erwarb gut ein Drittel (104 oder 34,6%) der angehenden Professoren ihre Qualifikation an der Universität München. Mit 56 Habilitierten folgte 2011 die Technische Universität München

vor der Universität Erlangen-Nürnberg (44) und den Universitäten in Regensburg (38) und Würzburg (28).

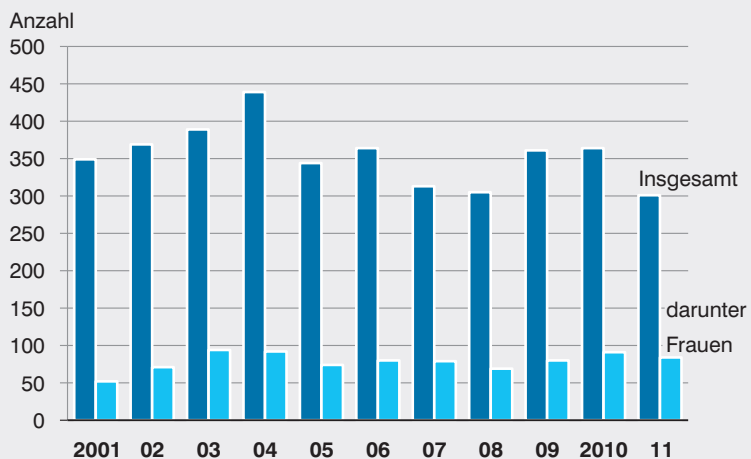
Der Bereich Humanmedizin war auch 2011 mit 158 Habilitationen (52,5%) Spitzenreiter. Mit deutlichem Abstand folgten die MINT-Fächer (Mathematik, Ingenieur-, Naturwissenschaften und Technik) mit 63 Habilitationen (20,9%) und die Sprach- und Kulturwissenschaften (49 bzw. 16,3%). In der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wurden 22 Habilitationsverfahren (7,3%) erfolgreich abgeschlossen. Mehr als jede vierte Habilitationsschrift (27,9%) wurde von einer Frau vorgelegt. Rund 29,8% der neuhabilitierten Wissenschaftlerinnen erwarben ihre Lehrbefähigung in der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften. Bei den Männern lag der entsprechende Anteil bei 11,1%. 9,5% der Frauen, die ihre Habilitation erfolgreich abgeschlossen haben, taten dies in einem MINT-Fach (Männer 25,4%).

23 der im Jahr 2011 Habilitierten (7,6%) waren ausländische Wissenschaftler. Elf der von Ausländern erfolgreich abgeschlossenen Habilitationsverfahren entfielen auf die MINT-Fächer, sieben auf die Humanmedizin und vier auf die Sprach- und Kulturwissenschaften. Der überwiegende Teil der Neu-

Habilitationen in Bayern seit 2001 nach ausgewählten Fächergruppen



Habilitationen in Bayern seit 2001



habilitierten (223 oder 74,1%) war auch 2011 an einer Universität beschäftigt (2010: 73,9%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Habilitationen in Bayern im Jahr 2011“ (Bestellnummer: B3430C 201100, nur als Datei).*

Zahl der genehmigten Wohnungen in Bayern pendelt sich auf Vorkrisenniveau ein

Im ersten Quartal 2012 wurden in Bayern für insgesamt 10 844 Wohnungen Baugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) erteilt. Nach der geringen Zahl der Baugenehmigungen in

den Jahren von 2007 bis 2009 pendelt sich seitdem die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen wieder auf einem Niveau ein, das bis in das Jahr 2006 galt. Damals wurden pro Quartal meist etwas

mehr als 11 000 Wohnungsbaugenehmigungen erteilt. Ab 2007 sank die Zahl der genehmigten Wohnungen deutlich ab und erreichte im ersten Quartal 2009 einen historischen Tiefstand. Spätestens seit

Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern im 1. Quartal 2011 und 2012

Bezeichnung	Wohnungsbaugenehmigungen ¹ in Bayern			
	1. Quartal 2011	1. Quartal 2012	Veränderung 2012 gegenüber 2011	
	Anzahl			%
Nach Gebäudearten				
Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt	11 299	10 853	- 446	-3,9
davon				
in neuen Gebäuden mit	10 042	9 171	- 871	-8,7
einer Wohnung	4 869	4 025	- 844	-17,3
zwei Wohnungen	920	768	- 152	-16,5
drei oder mehr Wohnungen ²	4 253	4 378	125	2,9
durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	1 257	1 682	425	33,8
Wohnungen in Nichtwohngebäuden insgesamt	265	- 9	- 274	-103,4
davon				
in neuen Gebäuden	234	105	- 129	-55,1
durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	31	- 114	- 145	X
Wohnungen insgesamt	11 564	10 844	- 720	-6,2
Nach Regierungsbezirken				
Oberbayern	5 363	5 254	- 109	-2,0
Niederbayern	1 055	858	- 197	-18,7
Oberpfalz	855	949	94	11,0
Oberfranken	459	750	291	63,4
Mittelfranken	1 422	930	- 492	-34,6
Unterfranken	750	867	117	15,6
Schwaben	1 660	1 236	- 424	-25,5
Bayern	11 564	10 844	- 720	-6,2
Kreisfreie Städte	4 287	4 019	- 268	-6,3
darunter Großstädte ³	3 799	3 217	- 582	-15,3
Landkreise	7 277	6 825	- 452	-6,2

1 Einschl. Genehmigungsfreistellungen.

2 Einschl. Wohnheime.

3 München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Regensburg, Ingolstadt, Fürth, Erlangen.

2010 wurden jedoch im gesamten Freistaat wieder mehr Baugenehmigungen verzeichnet. Die Zunahme der für das erste Quartal 2012 gemeldeten Zahl an Baugenehmigungen fällt zwar mit 6,2% etwas geringer aus als im ersten Quartal 2011, es lässt sich aber erkennen, dass sich das Baugenehmigungsgeschehen in Bayern offensichtlich wieder stabilisiert hat.

Neben den 9 171 Wohnungen in neuen Wohngebäuden sollen insgesamt 1 682 Wohnungen durch Baumaßnahmen an bestehenden

Wohngebäuden entstehen; das sind 33,8% mehr als noch im Vorjahresquartal. Damals wurden lediglich 1 257 Wohnungen durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden geplant.

Auch in Zukunft werden die meisten Wohnungen in Einfamilienhäusern entstehen. Im ersten Quartal 2012 betrug deren Anteil an allen Wohnungen in neuen Wohngebäuden mit 43,9% (4 025 Wohnungen) immer noch knapp die Hälfte. Die meisten – und angesichts eines Bevölkerungsanteils von 35% auch

überdurchschnittlich viele – Baugenehmigungen verzeichnet weiterhin der Regierungsbezirk Oberbayern, wo im ersten Quartal des aktuellen Jahres 48,5% aller bayrischen Baugenehmigungen erteilt wurden. Im Vorjahresquartal hatte Oberbayern einen Anteil von 46,4% am Gesamtergebnis in Bayern.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugenehmigungen in Bayern im März 2012“ (Bestellnummer: F21013 201203; Preis der Druckausgabe: 8,10 €).*

Jede dritte Wohnung in Bayern wurde im Jahr 2010 mit Gas beheizt

Die steigenden Energiepreise und die Abhängigkeit von ausländischen Energielieferanten haben die Beheizung der Häuser und Wohnungen wieder in das Blickfeld des allgemeinen Interesses gerückt. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, wurden im Jahr 2010 von den rund 5,4 Millionen bewohnten Wohneinheiten in Bayern 1,9 Millionen oder 34% überwiegend mit Gas beheizt. Der wichtigste Energieträger war jedoch immer noch Heizöl, das in 2,3 Millionen Haushalten oder 42% der Wohneinheiten für Wärme sorgte. Fernwärme, Strom, fossile Brennstoffe wie Braun- und Steinkohle wurden in 11% der Wohneinheiten benutzt. 11% der Wärmeenergie stammte aus erneuerbaren Quellen wie z. B. Holz, Sonnenenergie und Erdwärme. Gegenüber 1998 ist bei den Anteilen der

verwendeten Energieträger in den bayerischen Wohnungen eine deutliche Trendwende zu verzeichnen: So wurden 1998 von den damals insgesamt 4,9 Millionen bewohnten Wohneinheiten in Bayern noch 52% (überwiegend) mit Heizöl beheizt. Gegenüber dem 42%-Anteil 2010 war dies ein Rückgang des Energieträgers Heizöl um zehn Prozentpunkte im Betrachtungszeitraum. Der Anteil der (überwiegend) mit Gas beheizten Wohnungen betrug 1998 rund 33% und stieg damit um gut einen Prozentpunkt. Absolut gesehen wurden im Jahr 2010 rund 257 000 Wohnungen mehr mit Gas beheizt als noch 1998. Eine Zunahme ist auch bei Holz und sonstigen erneuerbaren Energieträgern zu verzeichnen, deren Anteil im Betrachtungszeitraum um rund acht Prozentpunkte stieg. Zwischen 1998 und 2010 hat sich somit die Zahl der (überwiegend) mit Holz

oder sonstigen erneuerbaren Energieträgern beheizten Wohnungen von 166 000 auf 603 000 knapp vervierfacht.

Fragen zum Wohnraum der Bevölkerung werden im Mikrozensus in einem Abstand von vier Jahren erhoben, zuletzt im Jahr 2010. Neben den zur Heizung verwendeten Energiearten wurden auch diejenigen zur Warmwassererzeugung erfasst. Auch hier waren im Jahr 2010 Heizöl (38%) und Gas (32%) die überwiegend verwendeten Energieträger, gefolgt von Strom (13%), Fernwärme (6%) und erneuerbaren Energieträgern (9%). In knapp 15% der Wohnungen wurden zusätzlich zu den überwiegenden auch andere Energiearten zur Warmwasserversorgung genutzt, insbesondere Sonnenenergie, die in annähernd der Hälfte dieser Wohnungen zum Einsatz kam.

Erhebliche Frostschäden bei Getreide im Norden Bayerns

Nach einer ersten Schätzung haben die bayerischen Landwirte für die Ernte 2012 eine Fläche von 1,03 Millionen Hektar (ha) mit Getreide (ohne Körnermais) bestellt, gut ein Prozent bzw. 12 600 Hektar weniger als im vorangegangenen Jahr. Allerdings fand aufgrund der hohen Auswinterungsschäden eine merkliche Verschiebung vom Winter- zum Sommergetreide statt. Ausschlaggebend hierfür waren im Wesentlichen die starken Nachtfroste Anfang Februar, die im Norden Bayerns, insbesondere in Unterfranken und Teilen Mittelfrankens, zu erheblichen Frostschäden bei der Wintergersten- und Winterweizenaussaat führten. Diese Feld-

er wurden im Frühjahr neu bestellt, hauptsächlich mit Sommergerste und Sommerweizen. Der Süden Bayerns blieb dagegen wegen der schützenden Schneedecke von Auswinterungsschäden weitestgehend verschont.

Von der Reduzierung der Anbaufläche für Wintergetreide war – wie im letzten Jahr – die Wintergerste am stärksten betroffen. Mit 215 000 ha wurde die Anbaufläche des Vorjahres um rund 33 000 ha bzw. gut 13% unterschritten. Dies ist die niedrigste Fläche seit über 30 Jahren. Aufgrund der notwendig gewordenen Umbrüche wurde auch die Aussaatfläche der wichtigsten

Getreideart, dem Winterweizen, um beachtliche 30 000 ha bzw. knapp 6% auf rund 489 000 ha reduziert. Unter den Wintergetreidearten konnte für die Ernte 2012 lediglich die Aussaat von Roggen (einschl. Wintermenggetreide) um gut 1 000 ha bzw. 3% auf 40 500 ha ausgedehnt werden.

Die hohe Flächenzunahme bei den Sommerungen (+ 55 000 ha bzw. 35,8%) auf 210 000 ha war zu einem großen Teil durch die Sommergerste, die häufig als Braugerste verwendet wird, bedingt. Nach dem mehrjährigen deutlichen Rückgang bis ins Jahr 2010 und nach der Wende der wieder ver-

besserten Vermarktungssituation im Vorjahr wurde sie in diesem Frühjahr auf gut 152 000 ha ausgesät, eine merkliche Flächenausweitung gegenüber dem Vorjahr um 30 %. Aber auch der Anbau von Sommerweizen wurde beachtlich auf fast 24 000 ha ausgedehnt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme auf das 3,7fache.

Die in den vorangegangenen Jahren zu verzeichnende Zunahme von Silomais setzte sich auch bei der Frühljahrsaussaat 2012 fort.

Binnen Jahresfrist wurde die Fläche um weitere 15 % auf rund 460 000 ha ausgedehnt. Ursächlich hierfür ist die zunehmende Nutzung zur Energiegewinnung, unter anderem in Biogasanlagen.

Die wichtigste Ölf Frucht des Landes, der Winterraps, wurde wieder auf 137 000 ha angebaut, ein Plus von gut 9 %. Der hohe Rückgang im Vorjahr wurde damit zur Hälfte wieder kompensiert.

Der Kartoffelanbau dürfte mit 43 800 ha voraussichtlich auf dem

niedrigen Niveau des Vorjahres stagnieren. Dagegen ist bei den Zuckerrüben mit einem gut vierprozentigen Anstieg auf knapp 69 000 ha zu rechnen.

Aufgrund der begrenzten Zahl an Berichterstattern, geben die obigen Flächenangaben nur vorläufige Anbautendenzen wieder. Auf breiter statistischer Basis abgesicherte Daten zum Anbau auf dem Ackerland liefert die Bodennutzungshaupterhebung 2012, deren Ergebnisse voraussichtlich Ende Juli vorliegen werden.

Guter Start ins neue Jahr für Bayerns Großhandel

Nach vorläufigen Ergebnissen setzte der bayerische Großhandel (einschl. Handelsvermittlung) im 1. Quartal 2012 nominal um 4,3 % und real um 1,3 % mehr um als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 2,5 %, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten nahm hierbei stärker zu (+3,4 %) als die der Vollzeitbeschäftigten (+2,2 %).

Der Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen meldete für das erste Vierteljahr 2012 sowohl einen nominalen (+5,7 %) als auch einen realen Umsatzzuwachs (+2,3 %). Im Großhandel mit Konsumgütern erhöhte sich zwar der Umsatz in aktuellen Preisen (+2,4 %), in bereinigten Preisen stagnierte er allerdings (-0,1 %).

In der weiteren Untergliederung fallen Unterschiede zwischen den Wirtschaftszweigen auf: Deutlich über dem Vorjahresstand lag der Umsatz (nominal und real) in der Handelsvermittlung (hier sogar mit zweistelligen Zuwächsen), im sonstigen Großhandel (mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen, mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug, mit Materialien für

Umsatz und Beschäftigte der Handelsvermittlung und des Großhandels in Bayern im ersten Vierteljahr 2012
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Januar bis März				
	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent				
Handelsvermittlung und Großhandel insgesamt	4,3	1,3	2,5	2,2	3,4
dav. Handelsvermittlung	20,5	18,5	0,3	-1,7	2,8
Großhandel (mit)					
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	-0,5	0,2	2,8	2,3	3,8
Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren ..	5,8	2,1	6,1	4,5	11,4
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	0,1	-1,5	3,9	4,1	3,4
Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	-6,8	-2,6	0,5	0,3	2,2
sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	-0,5	-3,9	2,6	2,9	0,9
Sonstiger Großhandel	13,3	7,9	1,1	1,2	0,5
ohne ausgeprägten Schwerpunkt	5,2	6,7	-3,7	-4,9	-0,3
Großhandel zusammen (ohne Handelsvermittlung)	4,1	1,1	2,6	2,3	3,4
dav. mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen*	5,7	2,3	0,8	0,9	0,4
mit Konsumgütern (Konsumtionsverbindungshandel)	2,4	-0,1	4,2	3,8	5,6

* Produktionsverbindungshandel.

Bauzwecke, mit Halbwaren, etc.), im Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt sowie im Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren. Einen nominalen und realen Umsatzrückgang mussten der Groß-

handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik und der Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör hinnehmen. Im Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern stieg der nominale Umsatz

zwar leicht, der reale Umsatz ging jedoch zurück, im Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren verlief die Entwicklung genau umgekehrt.

Umsatz des Bayerischen Einzelhandels stieg im 1. Quartal 2012 um 4,4 %

Der Umsatz im bayerischen Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) nahm im 1. Vierteljahr 2012 gegen-

über dem Vorjahreszeitraum nominal um 4,4 % und real um 2,0 % zu. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte

sich um 1,7 %, wobei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stärker stieg (+2,2 %) als die der Vollzeit-

Umsatz und Beschäftigte des Einzelhandels in Bayern im März und ersten Quartal 2012					
Vorläufige Ergebnisse					
Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent				
März					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	3,7	0,9	1,9	1,3	2,2
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	3,6	1,7	1,8	1,4	2,2
Einzelhandel insgesamt*	3,6	1,4	1,9	1,4	2,2
dav. in Verkaufsräumen					
mit Waren verschiedener Art	4,0	1,3	1,6	1,9	1,5
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	3,3	0,1	1,6	-0,6	3,2
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	2,0	-5,1	1,3	2,6	0,5
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	-1,7	1,7	-1,4	-1,9	0,3
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	4,2	2,6	0,6	-0,5	2,2
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	3,5	2,2	2,3	4,1	0,6
mit sonstigen Gütern	3,0	1,0	2,2	1,9	2,4
an Verkaufsständen und auf Märkten	4,0	1,9	3,6	13,0	-1,5
sonstiger Einzelhandel	6,6	4,1	7,3	3,2	14,0
dar. Versand- und Internet-Einzelhandel	9,2	7,2	8,2	4,1	15,0
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	0,4	-6,5	-2,0	-4,8	3,2
Januar bis März					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	4,3	1,5	1,7	1,1	2,0
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	4,4	2,2	1,7	1,1	2,3
Einzelhandel insgesamt*	4,4	2,0	1,7	1,1	2,2
dav. in Verkaufsräumen					
mit Waren verschiedener Art	4,2	1,6	1,1	0,9	1,3
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	3,9	0,8	1,9	-1,2	4,3
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	3,8	-3,3	1,2	2,8	0,1
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	-6,0	-1,1	-2,1	-2,3	-1,5
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	5,1	3,7	0,8	-0,2	2,3
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	5,2	3,7	1,2	3,1	-0,5
mit sonstigen Gütern	4,0	2,1	2,4	1,5	3,0
an Verkaufsständen und auf Märkten	1,7	-0,1	3,1	6,0	1,3
sonstiger Einzelhandel	10,3	6,1	7,4	5,7	10,2
dar. Versand- und Internet-Einzelhandel	9,2	7,2	8,2	6,6	10,8
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	13,0	1,2	0,7	-1,9	5,1

* Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

beschäftigten (+1,1 %). Der Umsatz im Lebensmittel-Einzelhandel nahm in den ersten drei Monaten in aktuellen Preisen um 4,3 % und in bereinigten Preisen um 1,5 % zu, im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln lag der Umsatz nominal um 4,4 % und real um 2,2 % über dem Vorjahresniveau. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Lebensmittel-Einzelhandel und im Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel jeweils um 1,7 %.

Die höchsten Zuwächse unter den Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels verbuchte der so genann-

te sonstige Einzelhandel (nominal: +10,3 %; real: +6,1 %). Demgegenüber lag der Umsatz im Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen), in aktuellen (-6,0 %) und bereinigten Preisen (-1,1 %) betrachtet, jeweils unter dem Vorjahresniveau. Der Umsatz an den Tankstellen und an Verkaufsständen und auf Märkten nahm nominal zu, nach Preisbereinigung jedoch (z. T. nur geringfügig) ab. Alle anderen Wirtschaftsgruppen verzeichneten sowohl nominal als auch real betrachtet ein Umsatzwachstum.

Im Berichtsmonat März 2012 stieg der Umsatz im bayerischen Einzelhandel unterdurchschnittlich (nominal: +3,6 %; real: +1,4 %), die Zahl der Beschäftigten wuchs um 1,9 %.

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im März 2012“ (Bestellnummer: G1100C 201203, nur als Datei).*

Fast 147 000 Pkw-Neuzulassungen im 1. Quartal 2012

Nach der Kraftfahrzeugstatistik des Kraftfahrt-Bundesamts wurden in den ersten drei Monaten 2012 in Bayern 172 203 Kraftfahrzeuge (Kfz) neu zugelassen, 1,8 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der umgeschriebenen Kfz stieg um 2,9 % auf 307 552. 85,3 % der neu zugelassenen und 87,1 % der umgeschriebenen Kfz waren Personenkraftwagen (Pkw). Die Neuzu-

lassungen von Pkw nahmen um 1,2 % auf 146 923 zu, die Halterwechsel um 3,7 % auf 267 930.

Gestiegen ist im 1. Quartal auch die Zahl der Neuzulassungen von Kraftomnibussen (+40,3 %), Zugmaschinen (+10,3 %), Krafträdern (+9,2 %), sonstigen Kfz (+7,3 %) und Kraftfahrzeuganhängern (+3,3 %); zurück ging lediglich

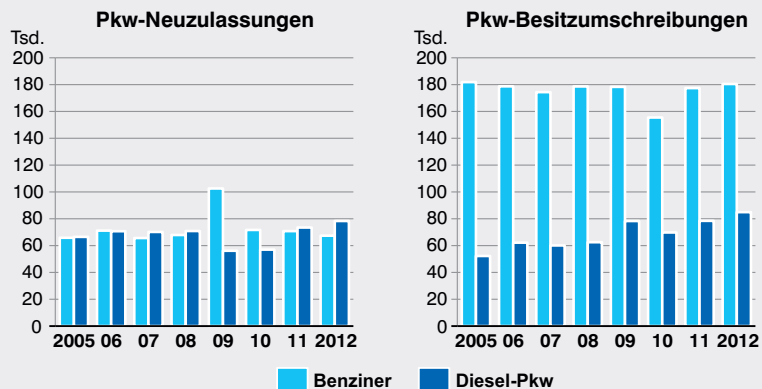
die Zahl der Neuzulassungen von Lastkraftwagen (-0,3 %). Dem gegenüber lag die Zahl der Halterwechsel von Kraftomnibussen (-26,9 %), von sonstigen Kfz (-7,4 %), von Zugmaschinen (-4,2 %), von Lastkraftwagen (-3,4 %) und von Krafträdern (-0,5 %) unter dem Vorjahresniveau. Die Zahl der Halterwechsel von Fahrzeuganhängern erhöhte

Neuzulassungen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen in Bayern im 1. Quartal 2012						
Fahrzeugklasse Kraftstoffart	Neuzulassungen			Besitzumschreibungen		
	Januar bis März			Januar bis März		
	2011	2012	Veränderung 2012 gegenüber 2011	2011	2012	Veränderung 2012 gegenüber 2011
	insgesamt		in %	insgesamt		in %
Krafträder	8 773	9 580	9,2	18 625	18 538	-0,5
Personenkraftwagen	145 164	146 923	1,2	258 371	267 930	3,7
davon angetrieben mit						
Benzin	70 802	67 404	-4,8	177 414	180 475	1,7
Diesel	73 467	78 347	6,6	78 460	84 946	8,3
anderen Kraftstoffarten	895	1 172	30,9	2 497	2 509	0,5
Kraftomnibusse	243	341	40,3	375	274	-26,9
Lastkraftwagen	10 559	10 526	-0,3	12 513	12 088	-3,4
Zugmaschinen	3 890	4 290	10,3	8 517	8 161	-4,2
Sonstige Kfz	506	543	7,3	606	561	-7,4
Kraftfahrzeuge insgesamt	169 135	172 203	1,8	299 007	307 552	2,9
Kraftfahrzeuganhänger	10 361	10 706	3,3	11 114	11 426	2,8

sich dagegen um 2,8 %. Die Zahl der Neuzulassungen von Diesel-Pkw stieg im 1. Vierteljahr 2012 um 6,6% auf 78 347, die Zahl der Neuzulassungen von Benzinern ging hingegen um 4,8% auf 67 404 zurück. Damit fuhren 53,3% aller neu zugelassenen Pkw mit Diesel und 45,9% mit Benzin. Trotz einer Steigerung um 30,9% wurden nur 0,8% aller neu zugelassenen Pkw mit einem Alternativkraftstoff wie z. B. Gas oder Strom angetrieben bzw. hatten einen Hybridantrieb.

Von den umgeschriebenen Pkw fuhren 67,4% mit Benzin, 31,7% mit Diesel und 0,9% mit Alternativkraftstoffen.

Pkw-Neuzulassungen und -Besitzumschreibungen in Bayern im jeweils 1. Quartal seit 2005 nach ausgewählten Kraftstoffarten



Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg, Ihr zentraler Informationsdienstleister rund um das Kraftfahrzeug und seine Nutzer – Statistik-, Fahrzeugzulassungen (FZ), Neuzulassungen (FZ 8) bzw. Besitzumschreibungen (FZ 9) von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern – Monatsergebnisse Januar 2011 – März 2011 und Januar 2012 – März 2012.

Stagnerender Umsatz beim bayerischen Kfz-Handel im 1. Vierteljahr 2012

Der bayerische Kraftfahrzeughandel setzte im 1. Vierteljahr 2012 nach vorläufigen Ergebnissen nominal um 0,9% mehr um als im Vergleichszeitraum 2011; real – nach Berücksichtigung der Preisentwicklung – ging der Umsatz jedoch leicht zurück (-0,3%). Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 2,7%; dabei stieg die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,9% und die der Teilzeitbeschäftigten um 5,9%. Ein ähnliches Bild boten

– mit einer Ausnahme – die Wirtschaftszweige des Kfz-Handels: Im „Handel mit Kraftwagen“ (nominal: +0,5%; real: -0,4%), in der „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ (+0,5%; -0,4%) und im „Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör“ (+4,3%; -0,2%) lag der nominale Umsatz im 1. Quartal 2012 jeweils über dem des Vorjahreszeitraums, der preisbereinigte Umsatz jedoch darunter. Ein durchwegs positives Ergebnis

meldet hingegen der Wirtschaftszweig „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern, etc.“ (+3,6%; +2,3%). Die Zahl der Beschäftigten nahm in allen Sparten des Kfz-Handels zu.

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert. Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im März 2012“ (Bestellnummer: G1100C 201203, nur als Datei).*

Umsatz und Beschäftigte des Kraftfahrzeughandels in Bayern im 1. Quartal 2012

Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Januar bis März				
	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent				
Handel mit Kraftwagen	0,5	-0,4	2,6	1,8	6,8
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	0,5	-0,4	1,7	1,2	3,5
Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	4,3	-0,2	4,2	3,1	8,6
Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	3,6	2,3	5,1	3,7	9,1
Kraftfahrzeughandel insgesamt*	0,9	-0,3	2,7	1,9	5,9

* Ohne Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen).

Bayerns Außenhandel weiterhin auf Wachstumskurs

Die bayerische Wirtschaft exportierte nach vorläufigen Ergebnissen im Februar 2012 Waren im Wert von rund 13,9 Milliarden Euro, dies sind 7,9% mehr als im Vorjahresmonat, und importierte Waren im

Wert von nahezu 12,7 Milliarden Euro (+9,0%). 53,7 % der Ausfuhren und 54,5 % der Einfuhren wurden mit EU-Ländern gehandelt, wobei 35,8 % aller Ausfuhren in die Länder der Euro-Zone gingen und

35,3 % aller Einfuhren aus diesen Ländern kamen. Die wichtigsten Exportländer für die bayerische Wirtschaft waren die USA (1,5 Milliarden Euro), China (1,3 Milliarden Euro), Österreich (1,2 Milliarden

Der Außenhandel Bayerns im Januar und Februar 2012

Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land Warengruppe	Ausfuhr		Einfuhr		Export- (+) / Import- (-) überschuß
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	
	1 000 €	%	1 000 €	%	1 000 €
Februar					
Europa	8 676 393	3,7	8 356 460	6,9	319 933
dar. EU-Länder (EU 27)	7 456 550	3,8	6 919 060	7,7	537 490
dar. Euro-Länder	4 966 722	1,6	4 477 066	6,5	489 656
dar. Frankreich	990 980	4,2	549 070	2,5	441 910
Italien	909 294	- 3,4	879 310	7,2	29 984
Österreich	1 153 873	8,5	1 250 354	8,4	- 96 481
Vereinigtes Königreich	936 028	9,6	379 969	11,6	556 059
Tschechische Republik	427 726	8,4	797 076	2,0	- 369 350
Russische Föderation	331 251	19,8	773 914	8,2	- 442 663
Afrika	269 537	22,7	588 978	- 3,8	- 319 441
Amerika	1 957 134	22,8	931 663	10,9	1 025 471
dar. USA	1 479 443	29,0	763 305	8,6	716 138
Asien	2 852 578	10,7	2 809 386	19,1	43 192
dar. Volksrepublik China	1 336 036	16,1	1 007 159	- 4,7	328 877
Australien-Ozeanien	131 759	17,0	11 169	- 49,9	120 590
Verschiedenes*	3 783	1,3	-	x	3 783
Insgesamt	13 891 185	7,9	12 697 655	9,0	1 193 530
dar. Ernährungswirtschaft	631 851	6,3	637 295	10,2	- 5 444
Gewerbliche Wirtschaft	12 680 583	4,9	11 021 441	4,3	1 659 142
dav. Rohstoffe	73 325	- 5,3	2 165 549	30,9	-2 092 224
Halbwaren	516 479	- 0,8	496 962	- 9,1	19 517
Fertigwaren	12 090 779	5,3	8 358 930	- 0,1	3 731 849
dav. Vorerzeugnisse	1 023 257	- 1,2	843 265	- 9,0	179 992
Enderzeugnisse	11 067 522	5,9	7 515 665	1,0	3 551 857
Januar bis Februar					
Europa	16 545 154	5,5	15 838 946	4,8	706 208
dar. EU-Länder (EU 27)	14 207 668	4,9	13 054 120	6,7	1 153 548
dar. Euro-Länder	9 585 610	3,6	8 370 685	5,6	1 214 925
dar. Frankreich	1 962 068	8,2	1 081 164	5,3	880 904
Italien	1 751 925	- 2,5	1 663 048	7,5	88 877
Österreich	2 217 619	10,3	2 351 237	7,9	- 133 618
Vereinigtes Königreich	1 691 774	8,6	759 569	10,7	932 205
Tschechische Republik	813 997	7,8	1 560 637	4,3	- 746 640
Russische Föderation	610 508	28,3	1 487 860	- 1,6	- 877 352
Afrika	471 230	8,6	998 409	- 11,7	- 527 179
Amerika	3 697 894	28,0	1 764 809	2,1	1 933 085
dar. USA	2 790 758	32,2	1 418 104	- 2,8	1 372 654
Asien	5 466 879	12,1	5 107 664	4,8	359 215
dar. Volksrepublik China	2 649 625	23,7	2 108 114	- 3,2	541 511
Australien-Ozeanien	267 875	19,4	23 187	- 35,0	244 688
Verschiedenes*	3 825	2,1	-	x	3 825
Insgesamt	26 452 858	9,7	23 733 014	3,7	2 719 844
dar. Ernährungswirtschaft	1 237 434	5,3	1 130 980	- 4,7	106 454
Gewerbliche Wirtschaft	24 082 323	6,7	20 586 160	- 1,0	3 496 163
dav. Rohstoffe	138 604	- 7,0	3 544 012	8,5	-3 405 408
Halbwaren	1 097 553	8,7	947 805	- 12,5	149 748
Fertigwaren	22 846 186	6,7	16 094 343	- 2,2	6 751 843
dav. Vorerzeugnisse	2 004 116	- 1,0	1 622 005	- 11,0	382 111
Enderzeugnisse	20 842 070	7,5	14 472 338	- 1,1	6 369 732

* Schiffs- und Flugzeugbedarf, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

Euro), Frankreich (1,0 Milliarden Euro) sowie das Vereinigte Königreich und Italien (jeweils 0,9 Milliarden Euro). Bei den Importen nach Bayern lag Österreich (1,3 Milliarden Euro) vor China (1,0 Milliarden Euro), Italien (0,9 Milliarden Euro), der Tschechischen Republik, der Russischen Föderation und den USA (jeweils 0,8 Milliarden Euro).

Die vom Wert her wichtigsten Ausfuhrsgüter Bayerns waren „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ (2,9 Milliarden Euro; +5,0%) sowie „Maschinen“ (2,4 Milliarden Euro; +16,2%). Bei den Einfuhren lagen „Erdöl und Erdgas“ (2,1 Milliarden Euro; +34,6 %) vor den „Maschinen“ (1,3 Milliarden Euro; 13,5 %). Im Januar und Februar 2012 zu-

sammen verkaufte die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von 26,5 Milliarden Euro ins Ausland (+9,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum) und bezog Waren im Wert von gut 23,7 Milliarden Euro von dort (+3,7 %).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Februar 2012“ (Bestellnummer: G1100C 201202, nur als Datei).*

Bayerns Gastgewerbe im Plus

Der Umsatz im bayerischen Gastgewerbe (Beherbergung und Gastronomie) übertraf im 1. Quartal 2012 das Vorjahresergebnis nominal um 3,4 % und real um 1,3 %. Nach vorläufigen Ergebnissen nahm der Umsatz in der Beherbergung nominal um 3,9 % und real um 1,8 % zu, in der Gastronomie um 2,9 % bzw. 0,9 %.

Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes stieg in den ersten drei Monaten 2012 um 3,0 %, davon um 2,8 % in der Beherbergung und um 3,1 % in der Gastronomie. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahm dabei um 0,6 % zu, die der Teilzeitbeschäftigten um 4,7 %. Im März 2012 stieg der Umsatz des bayerischen Gastgewerbes nomi-

nal um 4,8 % und real um 2,3 %, die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 2,4 %.

Die Abschnidegrenze für die Auskunftspflichtigen zur monatlichen Erhebung im Gastgewerbe wurde im September 2011 von 50 000 Euro auf 150 000 Euro Jahresumsatz erhöht.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im März 2012“ (Bestellnummer: G4300C 201203, nur als Datei).*

Umsatz und Beschäftigte des bayerischen Gastgewerbes im März sowie von Januar bis März 2012
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent				
März					
Beherbergung	6,8	3,6	3,0	0,6	5,8
dar. Hotellerie	6,9	3,7	2,9	0,4	5,9
Ferienunterkünfte u. Ä.	0,4	-2,0	4,2	6,2	3,1
Campingplätze	-1,1	-3,0	10,3	13,8	7,3
Gastronomie	3,4	1,4	2,1	0,5	2,9
dav. Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	3,8	1,8	2,2	0,9	2,9
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	0,1	-2,1	-0,2	-1,6	1,0
Ausschank von Getränken	6,8	4,8	3,8	0,5	4,5
Gastgewerbe insgesamt	4,8	2,3	2,4	0,6	3,8
Januar bis März					
Beherbergung	3,9	1,8	2,8	0,3	5,8
dar. Hotellerie	4,0	1,9	2,8	0,2	6,0
Ferienunterkünfte u. Ä.	2,2	-0,4	1,8	3,2	1,1
Campingplätze	-6,6	-8,3	7,6	8,4	6,9
Gastronomie	2,9	0,9	3,1	0,9	4,3
dav. Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	2,9	0,8	3,4	1,2	4,8
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	4,6	2,3	1,5	-0,3	3,0
Ausschank von Getränken	0,2	-1,5	1,9	-0,4	2,4
Gastgewerbe insgesamt	3,4	1,3	3,0	0,6	4,7

Mehr Gäste und Übernachtungen in Bayern im 1. Quartal 2012

Die Zahl der Gästeankünfte in den bayerischen Beherbergungsbetrieben mit zehn oder mehr Gästebetten (einschl. der Campingplätze) nahm im 1. Quartal 2012 nach vorläufigen Ergebnissen um 7,7% auf rund 5,9 Millionen zu und die Zahl der Übernachtungen kletterte um 7,0% auf mehr als 16,0 Millionen. Die Zahl der Gästeankünfte aus Deutschland stieg dabei um 7,3% auf gut 4,6 Millionen und die Zahl der Übernachtungen um 6,8% auf über 13,2 Millionen. Die Zahl der Ankünfte von Gästen aus dem Ausland erhöhte sich sogar um 9,2% auf nahezu 1,3 Millionen und die der Übernachtungen um 8,2% auf über 2,8 Millionen.

Die höchsten Zuwächse unter den Betriebsarten des Beherbergungs-

gewerbes meldeten im 1. Vierteljahr 2012 bei den Gästeankünften die Ferienzentren, -häuser, -wohnungen (+13,1%) und die Campingplätze (+12,2%), bei den Übernachtungen die Hotels garnis (+8,9%) und die Pensionen (+7,3%).

Alle sieben bayerischen Regierungsbezirke zählten im 1. Quartal 2012 deutlich mehr Gästeankünfte und Übernachtungen als im Vorjahreszeitraum. Den größten Anstieg bei den Gästeankünften konnte Schwaben (+10,9%) vor Oberfranken (+10,4%) und der Oberpfalz (+9,9%) verzeichnen. Bei den Übernachtungen lag Oberfranken (+10,3%) vor Unterfranken (+10,1%) und Mittelfranken (+8,9%). Die geringsten Zu-

wächse gab es in Niederbayern (jeweils +5,4%) und Oberbayern (jeweils +6,2%).

Im März 2012 kletterte die Zahl der Gästeankünfte in den über 12 300 geöffneten Beherbergungsbetrieben mit zehn oder mehr Betten (einschl. Campingplätze) in Bayern um 10,8% auf nahezu 2,2 Millionen, die Zahl der Übernachtungen wuchs um 5,3% auf mehr als 5,5 Millionen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im März 2012“ (Bestellnummer: G41003 201203; Preis der Druckausgabe: 17,60€).*

Bayerns Fremdenverkehr im Jahr 2012

Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart ¹	März				Januar bis März			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Herkunft								
Gebiet								
Hotels	1 122 780	10,0	2 335 149	5,7	3 066 438	7,1	6 657 383	7,1
Hotels garnis	389 955	14,1	886 849	11,9	1 048 730	9,2	2 467 836	8,9
Gasthöfe	229 137	13,0	479 283	9,0	615 721	7,2	1 339 684	6,4
Pensionen	90 484	6,3	258 102	0,4	262 191	8,1	802 008	7,3
Hotellerie zusammen	1 832 356	11,1	3 959 383	7,1	4 993 080	7,6	11 266 911	7,4
Jugendherbergen und Hütten	62 607	14,9	151 586	12,7	156 618	5,8	396 556	5,1
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	151 810	15,2	405 409	5,9	390 051	6,9	1 127 302	6,3
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen ..	58 413	-1,3	326 823	-8,3	220 353	13,1	1 295 799	6,6
Campingplätze	20 007	12,2	77 507	1,2	42 272	12,2	205 682	6,0
Vorsorge- und Reha-Kliniken	34 095	-2,9	616 383	1,4	97 807	6,2	1 735 945	5,8
Insgesamt	2 159 288	10,8	5 537 091	5,3	5 900 181	7,7	16 028 195	7,0
davon aus dem								
Inland	1 704 679	10,2	4 567 853	4,3	4 616 891	7,3	13 216 525	6,8
Ausland	454 609	13,3	969 238	10,4	1 283 290	9,2	2 811 670	8,2
davon								
Oberbayern	993 777	12,4	2 316 454	10,3	2 753 081	6,2	6 673 904	6,2
dar. München	461 798	9,7	903 927	11,0	1 216 550	2,3	2 392 756	4,1
Niederbayern	184 941	-1,0	751 317	-4,0	541 685	5,4	2 277 753	5,4
Oberpfalz	125 162	9,7	303 591	5,0	330 776	9,9	849 379	7,8
Oberfranken	119 703	11,2	309 449	8,3	312 925	10,4	834 976	10,3
Mittelfranken	273 985	17,0	567 458	11,3	675 007	9,6	1 440 798	8,9
dar. Nürnberg	123 096	15,0	237 873	10,4	305 756	6,9	597 961	7,1
Unterfranken	176 594	9,2	461 072	7,2	442 166	7,9	1 203 592	10,1
Schwaben	285 126	9,6	827 750	-3,6	844 541	10,9	2 747 793	7,1

¹ Infolge der Änderung des Beherbergungstatistikgesetzes durch das Gesetz vom 23.11.2011 (BGBl. I S. 2298) wurde die Abschnidegrenze für auskunftspflichtige Beherbergungsbetriebe von neun auf zehn Gästebetten bzw. von drei auf zehn Stellplätze bei Campingplätzen angehoben.

Mehr Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte im 1. Quartal 2012 in Bayern

82 879 Straßenverkehrsunfälle registrierte die bayerische Polizei im 1. Quartal 2012, das waren 8,2 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Ergebnissen verunglückten bei 9 891 Unfällen mit Personenschaden (+7,9 %) 13 720 Personen (+8,8 %), davon wurden 116 getötet (-4,1 %), 2 099 schwerverletzt (+3,8 %) und 11 505 leichtverletzt (+9,9 %).

Weiterhin erfasste die bayerische Polizei in den drei ersten Monaten dieses Jahres 72 988 Unfälle, bei denen ausschließlich Sachschaden

den (+8,3 %) entstand. Bei 3 191 dieser Unfälle lag eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit vor und mindestens ein Fahrzeug musste abgeschleppt werden (+14,8 %), bei 455 Unfällen (+1,6 %) waren zwar alle Kraftfahrzeuge fahrbereit, aber mindestens ein Unfallbeteiligter stand unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln. Bei den verbleibenden 69 342 Unfällen, die nur einen Sachschaden (+8,0 %) aufwiesen (so genannte „Bagatellunfälle“), handelte es sich um Unfälle, auf die keine der zuvor genann-

ten Bedingungen zutraf. Im März 2012 nahm die bayerische Polizei 26 921 Straßenverkehrsunfälle auf (+3,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat), darunter 3 555 Unfälle mit Personenschaden (+3,0 %). Bei diesen Unfällen wurden 40 Personen getötet (11 Personen weniger als im März 2011), 774 schwerverletzt (+19 Personen) und 3 992 leichtverletzt (+196 Personen).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im März 2012“ (Bestellnummer: H1101C 201203, nur als Datei).*

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im März 2012 und von Januar bis März 2012								
Vorläufige Ergebnisse								
Unfälle — Verunglückte	März		Veränderung		Januar bis März		Veränderung	
	2012	2011*			2012	2011*		
	Anzahl		in %		Anzahl		in %	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	26 921	26 062	859	3,3	82 879	76 567	6 312	8,2
dav. Unfälle mit Personenschaden	3 555	3 450	105	3,0	9 891	9 163	728	7,9
Unfälle mit nur Sachschaden	23 366	22 612	754	3,3	72 988	67 404	5 584	8,3
dav. Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	659	727	- 68	-9,4	3 191	2 779	412	14,8
Sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel	138	144	- 6	-4,2	455	448	7	1,6
Übrige Sachschadensunfälle	22 569	21 741	828	3,8	69 342	64 177	5 165	8,0
Verunglückte insgesamt	4 806	4 602	204	4,4	13 720	12 610	1 110	8,8
dav. Getötete	40	51	- 11	-21,6	116	121	- 5	-4,1
Verletzte	4 766	4 551	215	4,7	13 604	12 489	1 115	8,9
dav. Schwerverletzte	774	755	19	2,5	2 099	2 023	76	3,8
Leichtverletzte	3 992	3 796	196	5,2	11 505	10 466	1 039	9,9

* Endgültige Ergebnisse.

Bauhauptgewerbe in Bayern im März 2012: 11,9 % höhere Auftragseingänge als im Vorjahr

Einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 744,7 Millionen Euro erwirtschafteten die Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in Bayern im März 2012. Der baugewerbliche Umsatz lag damit nominal um 4,0 % unter dem Wert des Vorjahres. Am deutlichsten ging der baugewerbliche Umsatz im Bereich des öffentlichen Baus und des Verkehrsbaus zurück. Hier

wurden 209,9 Millionen Euro Umsatz gemeldet; was einem Rückgang von 11,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat entspricht. Der in dieser Sparte enthaltene öffentliche Hochbau verzeichnete ein Umsatzminus von 13,8 %, der öffentliche Tiefbau ein Umsatzminus von 10,6 %. Im Bereich Wohnungsbau wurde im März 2012 ein baugewerblicher Umsatz von 194,9 Millionen Euro (-9,7 %) erzielt.

Eine Umsatzsteigerung konnte in der Sparte des gewerblichen und industriellen Baus (340,0 Millionen Euro bzw. +5,6 %) verzeichnet werden.

Die Auftragseingänge der Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen im bayerischen Bauhauptgewerbe betrugen im März 2012 insgesamt 1,2 Milliarden Euro und lagen damit um

Baugewerblicher Umsatz von Betrieben des Bauhauptgewerbes in Bayern im März 2012
 (Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten)

Regierungs- bezirk	Bau- gewerb- licher Umsatz insgesamt	davon				Öffentl. und Verkehrs- bau	darunter Straßenbau
		Wohnungs- bau	Gewerbl. und industrieller Bau	davon			
				Hoch- bau	Tief- bau		
März 2012 in 1 000 Euro							
Oberbayern	199 283	56 383	93 962	70 263	23 699	48 939	17 567
Niederbayern	92 331	23 487	45 445	38 544	6 901	23 399	5 862
Oberpfalz	116 404	18 287	60 559	50 817	9 742	37 558	6 746
Oberfranken	71 669	26 035	23 400	18 296	5 104	22 234	5 845
Mittelfranken	56 749	20 235	22 701	13 803	8 898	13 813	2 680
Unterfranken	77 617	13 201	35 883	28 761	7 122	28 532	7 256
Schwaben	130 675	37 234	58 037	37 161	20 876	35 404	16 038
Bayern	744 728	194 861	339 987	257 645	82 342	209 880	61 995
März 2011 in 1 000 Euro							
Oberbayern	201 694	60 532	79 946	51 683	28 263	61 216	20 478
Niederbayern	102 753	26 203	52 089	42 738	9 351	24 461	6 526
Oberpfalz	98 565	19 649	51 912	36 694	15 218	27 004	8 394
Oberfranken	66 040	14 954	31 504	25 596	5 908	19 582	6 427
Mittelfranken	66 363	24 188	23 016	13 561	9 455	19 159	3 854
Unterfranken	94 359	22 778	34 599	28 775	5 824	36 982	7 809
Schwaben	145 641	47 567	48 995	30 721	18 274	49 079	20 397
Bayern	775 412	215 869	322 061	229 767	92 294	237 482	73 880
Veränderung März 2012 gegenüber März 2011 in Prozent							
Oberbayern	-1,2	-6,9	17,5	35,9	-16,1	-20,1	-14,2
Niederbayern	-10,1	-10,4	-12,8	-9,8	-26,2	-4,3	-10,2
Oberpfalz	18,1	-6,9	16,7	38,5	-36,0	39,1	-19,6
Oberfranken	8,5	74,1	-25,7	-28,5	-13,6	13,5	-9,1
Mittelfranken	-14,5	-16,3	-1,4	1,8	-5,9	-27,9	-30,5
Unterfranken	-17,7	-42,0	3,7	0,0	22,3	-22,8	-7,1
Schwaben	-10,3	-21,7	18,5	21,0	14,2	-27,9	-21,4
Bayern	-4,0	-9,7	5,6	12,1	-10,8	-11,6	-16,1

11,9% über denen vom März 2011. Deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats lagen die Auftragseingänge beim öffentlichen Bau und dem Verkehrsbau (532,2 Millionen Euro im März 2012), mit einem Plus von 40,7 %. Ebenfalls höher als im Vorjahr fielen die Auftragseingänge im Wohnungsbau (296,2 Millionen Euro) aus, mit einer Zunahme von 10,3%. Rückläufig waren die Auftragseingänge

dagegen im gewerblichen und industriellen Bau (401,9 Millionen Euro im März 2012; -11,3%).

Insgesamt 73 348 Personen arbeiteten Ende März 2012 in den in Bayern ansässigen Betrieben des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten. Damit lag die Zahl der tätigen Personen um 6,2% über dem entsprechenden Vorjahreswert. Die

Anzahl der in den genannten Betrieben geleisteten Arbeitsstunden lag im März 2012 bei 6,8 Millionen Stunden und somit um 1,8% unter dem Wert des Vorjahres.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugewerbe in Bayern im März 2012“ (Bestellnummer: E2100C 201203, nur als Datei).*

Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern stiegen im 1. Quartal 2012 um 4,4 %

In den ersten drei Monaten des Jahres 2012 konnte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden um-

fasst, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“, eine Umsatzsteigerung von 4,4% gegenüber dem Vorjahresquartal verzeichnen. Da-

bei war die Steigerung im Maschinenbau mit 26,8% am höchsten innerhalb der umsatzstärksten Wirtschaftszweige. Von den 79,5 Milliarden Euro Gesamtumsatz ent-

fielen rund 42,9 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+3,7%) und darunter rund 14,9 Milliarden Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (-3,2%). Der Anteil der Auslandsumsätze und der Umsätze mit den Eurozoneländern am Gesamtumsatz betrug 53,9 bzw. 18,7%.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende März

2012 um 3,8% über dem Vorjahresstand.

Die preisbereinigten Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern verzeichneten im 1. Quartal 2012 gegenüber dem 1. Quartal 2011 ein Minus von 1,3%. Die Bestelleingänge aus dem Inland fielen um 1,0%, die aus dem Ausland um 1,4%. Entgegen dieser Gesamtentwicklung

konnten jedoch die Produzenten von Gebrauchsgütern (6,3% mehr Aufträge) und die von Investitionsgütern (2,1% mehr Aufträge) eine positive Entwicklung der Bestellungen verzeichnen.

Ausführliche Ergebnisse zu diesen Themen enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im März 2012“ (Bestellnummer: E11013 201203, Preis der Druckausgabe: 5,10 €) und „Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im März 2012“ (Bestellnummer: E1300C 201203, nur als Datei).*

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im März 2012 um 4,1% über dem Vorjahresniveau

Die Produktion der bayerischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), bezogen auf Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, konnte auch im März 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat gesteigert werden, und zwar um 4,1%. Dabei erhöhte sich die Produktion im Investitionsgüterbereich um 10,7%. Der Vor-

leistungsgüterbereich (-3,2%), die Gebrauchsgüterproduzenten (-5,6%) und der Verbrauchsgütersektor (-2,1%) mussten einen Rückgang der Produktionsentwicklung hinnehmen.

Im Vergleich zum ersten Quartal des Jahres 2011 war im entsprechenden Zeitraum 2012 ein Produktionsanstieg von 6,2% zu ver-

zeichnen. Am stärksten konnte die Produktion auch hier im Investitionsgüterbereich ausgeweitet werden, mit einer Zuwachsrate von 12,0%.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im März 2012“ (Bestellnummer: E1200C 201203, nur als Datei).*

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns im Dezember 2011 sowie im 1. Quartal 2012

Ergebnisse für Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen

Bezeichnung	Dezember	Januar	Februar	März
	2011	2012		
Produktionsindex (kalendermonatlich) 2005 = 100				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	107,6	105,8	112,4	126,4
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	91,3	113,1	122,8	134,5
Maschinenbau	116,4	94,2	104,9	143
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	101,5	102,9	106,1	114,9
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	226,5	201,6	230,8	249,6
Veränderung in Prozent zum Vorjahr				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	-4,0	10,4	4,8	4,1
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-15,9	25,5	8,9	2,8
Maschinenbau	-9,3	15,4	8,6	27,3
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	-1,0	10,1	-1,4	-5,4
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	-2,0	4,5	6,4	7,6

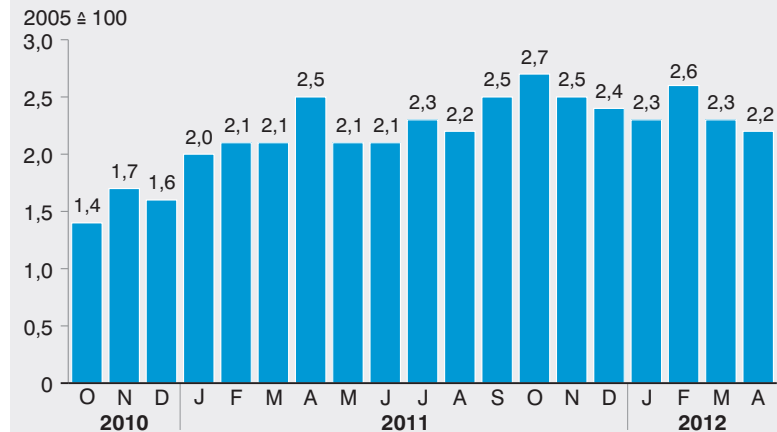
Inflationsrate in Bayern lag im April 2012 bei 2,2 %

Die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern, lag gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im April 2012 bei +2,2; im vorangegangenen März bei +2,3 %.

Die Preise für Nahrungsmittel haben sich gegenüber dem April des Vorjahres um 3,1 % erhöht. Überdurchschnittlich stark sind die Preise für Fleisch und Fleischwaren (+6,9%), Fische und Fischwaren (+4,3%) sowie Brot und Getreiderzeugnisse (+3,6%) gestiegen. Obst (-0,4%) und Gemüse (-2,3%) hingegen waren günstiger als im Vorjahr. Deutlich verbilligt haben sich auch die Preise für Butter, sie gingen binnen Jahresfrist im Durchschnitt um 10,4 % zurück. Im Energiesektor haben sich die Preise für Heizöl gegenüber dem April des Vorjahres um 5,1 % erhöht. Kraftstoffe waren im Durchschnitt 5,8 % teurer als im Vorjahr. Bei Gas war binnen Jahresfrist ein Preisanstieg von 6,5 % zu verzeichnen; Strom verteuerte sich gegenüber dem Vorjahr hingegen nur um 1,2%.

Weiterhin entspannt verläuft die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem April des Vor-

Verbraucherpreisindex für Bayern von Oktober 2010 bis April 2012
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in Prozent



jahres erhöhten sie sich um 1,2%. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im April auch die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u. a. Personalcomputer (-20,1%), Notebooks (-12,8%), digitale Kameras (-8,1%) und Fernsehgeräte (-7,0%) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat haben sich die Verbraucherpreise im Gesamtdurchschnitt um 0,3% erhöht. Während sich Obst (+5,3%) spürbar verteuerte, gingen die Preise für Gemüse (-2,9%) zurück. Preisrückgänge gegenüber dem Vormonat waren auch bei Butter (-3,9%)

und Margarine (-2,3%) zu beobachten. Vergleichsweise moderat verlief im April die Preisentwicklung bei Heizöl (-1,3%) und Kraftstoffen (+1,4%), sie befinden sich auch weiterhin auf hohem Niveau.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, April 2012 mit Jahreswerten von 2007 bis 2011 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201204, nur als Datei) und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2005 bis April 2012 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201204, Preis der Druckausgabe: 6,70 Euro).*

* Alle Statistischen Berichte sowie ausgewählte Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Wirtschaftliche Entwicklung Bayerns 1970 bis 2010

Dr. Tilman von Roncador unter Mitarbeit von Raphaela Platzer

Derzeit findet eine Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) statt. Solche Revisionen werden in der Regel im Abstand von einigen Jahren durchgeführt, um größere methodische oder datenbedingte Änderungen in die VGR integrieren zu können. Hauptanlass der aktuellen Revision ist die Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige von der WZ 2003 auf die WZ 2008. Die Zeitreihen der Aggregate der VGR, wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder der Bruttowertschöpfung (BWS), aber auch die Zahl der Erwerbstätigen werden in der Revision 2011 nur bis zum Jahr 1991 zurückgerechnet. Dies führt zu einer Verkürzung der Zeitreihen, die vor der Revision bis ins Jahr 1970 reichten. In nachfolgendem Aufsatz soll daher nochmals ein Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns in den letzten 40 Jahren gegeben werden. Datenbasis ist hierbei der Rechenstand vom 30. März 2011, an dem letztmalig Ergebnisse auf Länderebene in alter Klassifikation der Wirtschaftszweige veröffentlicht wurden.

Konjunkturelle Entwicklung in Bayern und Deutschland

Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes vollzieht sich in der Regel nicht stetig, sondern ist von konjunkturellen Auf- und Abschwüngen bestimmt. Phasen mit einer stagnierenden oder sogar rückläufigen Entwicklung wechseln sich mit Phasen hohen Wirtschaftswachstums ab. Nach der klassischen Definition von Burns und Mitchell handelt es sich bei Konjunkturzyklen um eine parallele Expansion bzw. Kontraktion zahlreicher wirtschaftlicher Aktivitäten. Solche Schwankungen treten regelmäßig auf. Ihre Dauer ist nicht gleichmäßig sondern schwankt von über einem bis zu zwölf Jahren. Konjunkturzyklen sind typisch für Marktwirtschaften.¹

Die Konjunktur wird, anders als zu Zeiten von Burns und Mitchell, die eine Vielzahl von Einzelzeitreihen betrachteten, heute in der Regel anhand der Veränderungsraten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gemessen, welches das gesamte Wirtschaftsgeschehen in einer Zeitreihe bündelt.

Ein Konjunkturzyklus wird typischerweise zwischen zwei konjunkturellen Tiefpunkten datiert. Er beginnt an einem unteren Wendepunkt, der häufig aber

nicht immer mit einer Phase negativen Wirtschaftswachstums (Rezession) zusammenfällt. Es schließt sich ein Aufschwung an, der schließlich in einem Boom kulminiert, ehe ein Abschwung bis zum nächsten unteren Wendepunkt folgt, der den Übergang zum nächsten Konjunkturzyklus einleitet.

Wird das beschriebene idealtypische Muster auf die Zeitreihe der preisbereinigten Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes für Bayern und Deutschland übertragen, lassen sich im Zeitraum 1971 bis 2010 jeweils sechs Konjunkturzyklen erkennen (vgl. Abb. 1). Dabei begann der erste Zyklus bereits vor 1971, der letzte umfasst die Jahre ab 2009 und ist noch nicht abgeschlossen. Ein Endjahr kann hier noch nicht angegeben werden. Die Zyklen lassen sich für Bayern und für Deutschland folgendermaßen datieren:

Datierung der Konjunkturzyklen in Bayern und Deutschland für den Zeitraum 1971 bis 2010

Zyklusnummer	Beginn	Ende
1	1971 (1967)	D 1975, BY 1974
2	D 1975, BY 1974	1982
3	1982	1993
4	1993	2003
5	2003	2009
6	2009	?

¹ Vgl. Burns, A., Mitchell, W. (1946), *Measuring Business cycles*, New York, S. 3. „Business cycles are a type of Fluctuation, found in the aggregate activity of nations that organize their work mainly in business enterprises: A cycle consists of expansions occurring at about the same time in many economic activities, followed by similar general recessions, contractions and revivals with merge into the expansion phase of the next cycle; this sequence is recurrent but not periodic; in duration business cycles vary from more than one year to ten or twelve years; they are not divisible in cycles of similar character with amplitudes approximating their own.“

Damit folgt Bayern, abgesehen vom Jahr 1974, dem bundesweiten Konjunkturverlauf. Auch für die anderen Bundesländer lassen sich die Konjunkturzyklen in der Regel parallel zum bundesweiten Zyklus festlegen. Dies zeigt, dass die Konjunktur, abgesehen von kleineren Abweichungen, überwiegend ein bundesweites Phänomen darstellt. Ein Ausklinken einzelner Bundesländer aus dem bundesweiten Zyklusverlauf ist eher untypisch, allerdings unterscheidet sich das Ausmaß der Veränderungsraten in den Bundesländern bisweilen deutlich.

Der erste Konjunkturzyklus des hier untersuchten Zeitraums begann bereits nach der Rezession von 1967. In den frühen siebziger Jahren gab es schon wieder hohe Wachstumsraten. Bayern lief in diesem Zyklus der bundesdeutschen Entwicklung vorweg, die maximale Wachstumsrate wurde mit 4,9 % bereits 1972 erreicht, bundesweit mit 4,8 % erst 1973.

Die Rezession von 1967 stellte aus zeitgenössischer Sicht eine schwere Belastungsprobe für den Arbeitsmarkt dar. Die Arbeitslosenquote stieg bundesweit von 0,7 % im Jahr 1966 auf 2,1 % im Jahr 1967, in Bayern von 1,1 % auf 2,9 %. Die steigenden Arbeitslosenzahlen riefen in der zeitgenössischen Berichterstattung große Befürchtungen einer ähnlichen Massenarbeitslosigkeit wie während der

Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre hervor, jedoch war 1970 bereits wieder Vollbeschäftigung erreicht. Diese schnelle Überwindung der Beschäftigungskrise wurde als großer Erfolg des von der großen Koalition verabschiedeten Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz) vom 8. Juni 1967 angesehen, das in Deutschland erstmals eine keynesianische Konjunkturpolitik der Nachfragesteuerung ermöglichte. Damit schien sich die Möglichkeit der Globalsteuerung der Volkswirtschaft eindrucksvoll zu bestätigen.²

In den frühen siebziger Jahren gab es einige Ereignisse, die sich zu einer nachhaltigen Belastung für das Wirtschaftswachstum ausweiteten. Im August 1971 hatten die USA die Möglichkeit der Einlösung des Dollars in Gold ausgesetzt. Letztlich führte dieser Schritt 1973 zur endgültigen Aufgabe des 1944 in Bretton Woods geschaffenen Systems fester Wechselkurse. Die D-Mark wertete von 3,50 DM je \$ im Jahr 1971 auf rund 1,80 DM je \$ im Jahr 1979 auf, mit einer entsprechenden Verteuerung deutscher Exporte auf den Weltmärkten.³

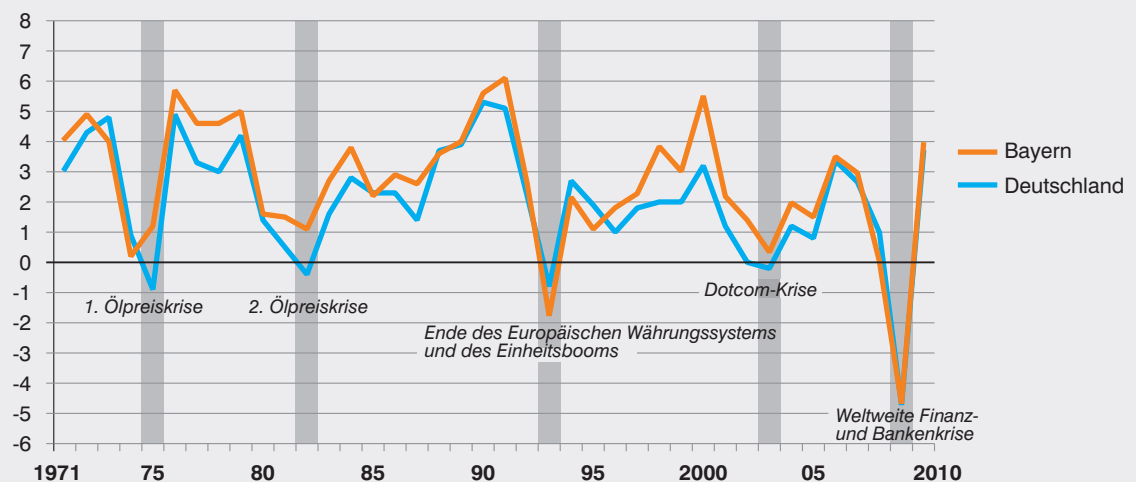
Obgleich die Aufwertung der heimischen Währung Importe verbilligt, konnte die sukzessive Aufwertung der DM nach der Wechselkursfreigabe die Folgen

² Vgl. beispielsweise Abelshauser, W. (2004), Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München, S. 297. Der Tiefpunkt der Rezession wurde allerdings bereits im Frühjahr 1967, also vor Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes, erreicht. Vgl. beispielsweise Jahresgutachten 1967/68 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 8, Ziffer 17. Die aufgrund des Gesetzes ergriffenen Maßnahmen wirkten also eher verstärkend auf den bereits beginnenden Aufschwung.

³ Zum System von Bretton Woods vgl. z. B. Eichengreen, B. (1999), Vom Goldstandard zum Euro, Berlin, S. 132–182, insbes. S. 174ff.

Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Bayern und in Deutschland 1971 bis 2010*
in Prozent

Abb. 1



* Bis 1971 früheres Bundesgebiet, ab 1992 Deutschland.

des Ölpreisanstiegs nach Beginn des Jom-Kippur-Krieges im Oktober 1973 kaum ausgleichen. Am 17. Oktober 1973 beschlossen die OPEC-Staaten, den Ölpreis um 70 % auf 5 Dollar je Barrel zu erhöhen. Gleichzeitig erfolgte eine Drosselung der Förderung auf 75 % der Septembermenge. Im Dezember 1973 wurde der Ölpreis auf 12 Dollar je Barrel erhöht. Obgleich er bald wieder etwas sank, lag er während des gesamten Jahres 1974 etwa viermal so hoch wie im Sommer 1973. Der Anstieg der Erdölpreise beschleunigte nochmals die Inflation, die bereits in der Vollbeschäftigungssituation seit 1971 über 5 % betragen hatte auf über 7 % im Jahr 1974. In Folge kam es in Deutschland zu einer Welle sehr hoher Lohnabschlüsse, teilweise im zweistelligen Bereich (Klunker-Runde).⁴

Diese Belastungen spiegeln sich im Rückgang der Wachstumsraten in den Jahren 1974 und 1975 wider. Bayern verzeichnete dabei mit einem Wirtschaftswachstum von 0,2 % und 1,2 % zumindest noch positive Wachstumsraten, während Westdeutschland nach einem Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent im Jahr 1974 ein Jahr später mit -0,9 % in die bis dato tiefste Rezession der Nachkriegszeit geriet. Die Rezession von 1974/75 stellt auch eine einschneidende Zäsur auf dem (west-)deutschen Arbeitsmarkt dar. Sie beendete die Phase der Vollbeschäftigung, die spätestens seit 1960 bestanden hatte. Die niedrigen Arbeitslosenzahlen vor 1974 wurden weder in Bayern noch in Deutschland jemals wieder erreicht. Stattdessen entstand eine so genannte Sockelarbeitslosigkeit, die auch im Aufschwung nur langsam abgebaut werden konnte.⁵ Bereits in seinem Jahresgutachten von 1974/75 diagnostizierte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung strukturelle Probleme in Branchen wie der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Metallverarbeitung oder der Bauindustrie und sah Kostennachteile gegenüber dem Ausland.⁶

Der zweite Konjunkturzyklus begann 1976 in Bayern und in Westdeutschland mit sogleich wieder hohen Wachstumsraten. Der Boom dieses zweiten Konjunkturzykluses hielt sowohl in Bayern als auch in Deutschland bis 1979 an. In diesem Jahr kam es zu einem weiteren starken Anstieg des Rohölpreises,

der Mitte 1979 rund 60 % höher lag als im Dezember 1978. Durch die beiden Ölpreiskrisen hatte sich das Öl in weniger als einem Jahrzehnt auf das Fünfeinfache verteuert, mit entsprechenden Wirkungen auf die Inflationsraten der Industrieländer.⁷ Daraufhin erhöhte die US-amerikanische Notenbank zur Bekämpfung der Inflation drastisch ihre Leitzinsen und dämpfte damit auch die Exportnachfrage aus den USA. Zudem wuchs zunächst mit Japan dann auch mit den südostasiatischen Staaten Korea, Singapur, Taiwan und Hongkong allmählich eine zunehmend mächtigere Konkurrenz auf den Weltmärkten heran, die zahlreiche deutsche Hersteller technologisch herausforderte.⁸ Im Jahr 1978 begann mit den Reformen Deng Xiaopings auch der wirtschaftliche Aufstieg Chinas, der sich jedoch erst deutlich später spürbar auf die Weltwirtschaft auswirkte.⁹ Der seit 1980 erkennbare wirtschaftliche Abschwung mündete für Deutschland 1982 in eine weitere Rezession. In Bayern blieb das Wirtschaftswachstum, ähnlich wie schon 1975, mit einer Zunahme um 1,1 % positiv. Auf dem Arbeitsmarkt konnte sich Bayern, wie bereits 1974/75 der Rezession jedoch nicht entziehen. Von 1980 bis 1982 stieg die Arbeitslosigkeit in Bayern im Jahresdurchschnitt von knapp 148 000 Personen auf rund 305 000 an. Der Höchststand wurde mit 362 000 Arbeitslosen im Jahr 1983 erreicht. Auch in Deutschland war 1982 die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl mit über 1,8 Millionen Personen um mehr als das Doppelte höher als 1980 mit knapp 890 000 Personen.

Anders als 1976 (und auch 1968) begann der dritte Konjunkturzyklus des Beobachtungszeitraums eher verhalten. In Bayern wuchs das BIP 1983 preisbereinigt um 2,7 %, in Deutschland um 1,6 %. Während in den Zyklen nach 1967 und 1975 die den Rezessionen unmittelbar folgenden Jahre mit die höchsten Wachstumsraten aufwiesen, traf dies jetzt erst für die Jahre ab 1988 zu. Der Aufschwung nach 1982 fand im Zeichen stagnierender oder gar sinkender Rohstoffpreise statt. In zahlreichen Ländern, vor allem in Großbritannien und den USA vollzog sich ein Wechsel der Wirtschaftsdoktrin weg von einer eher keynesianisch ausgerichteten Nachfragesteuerung zu einer auf die Verbesserung der angebotsseitigen wirtschaftlichen Bedingungen zielende Wirtschaftspolitik. Dies führte zu einem anhaltenden Steuersen-

4 Zur wirtschaftlichen Entwicklung in jenen Jahren vgl. z. B. Schröter, H. (2000), Von der Teilung zur Wiedervereinigung; in North, M. (2000), Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 351–420, insbes. S. 384–391.

5 1973 betrug die Arbeitslosenzahl in Bayern 51 556 Personen, 1975 205 447 Personen. Im folgenden Aufschwung sank die Arbeitslosenzahl nicht mehr unter 146 000 Personen ab. Für Deutschland lässt sich in diesen Jahren eine ähnliche Tendenz erkennen. Allerdings nahm die Arbeitslosigkeit sowohl in Bayern als auch in Deutschland bereits seit 1970 kontinuierlich zu, sodass hierfür nicht nur konjunkturelle Gründe ursächlich sein können. Die Arbeitslosenzahlen befinden sich unter <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Arbeitslose-und-gemeldetes-Stellenangebot/Arbeitslose/Arbeitslose-Nav.html>.

6 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1974/75, Ziffer 108ff. und 131ff.

7 Vgl. Abelshauser, W. (2005), Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn, S. 436, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1979/80, S. 20.

8 Eine interessante Fallstudie für Amateurliteratur findet sich bei Fengler, S. (2006), „Den Markt klar im Sucher“ Krise und Niedergang der Agfa Gevaert AG in den 1960er und 1970er Jahren; in Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2006–2, S. 95–113. Die technologische Herausforderung wurde auch in der zeitgenössischen Literatur bereits erkannt. Vgl. Mensch, G. (1975), Das technologische Patt, Innovationen überwinden die Depression, Frankfurt.

9 Zum tiefgreifenden Wandel in China ab 1978 vgl. beispielsweise Kissinger, H. (2011), China, S. 331ff. München.

10 Die Folgen dieses Wettbewerbs werden unterschiedlich beurteilt. Während er einerseits begrüßt wird, da er die Staaten zu einem effizienten Umgang bei der Verwendung von Steuersenkungen zwingt, sehen andere hierin eher einen ruinösen Konkurrenzkampf, der die Grundlagen des Sozialstaates und staatlicher Regulierung, etwa im Bankensektor aushöhle. Exemplarisch für diese kritische Sicht: Sinn, H.-W. (2003), *The New Systems Competition*, Oxford.

11 Positive Wirkungen einer defizitfinanzierten Steigerung von Rüstungsausgaben auf die Konjunktur sieht beispielsweise Krugman. So sei erst durch die stark ansteigenden Rüstungsausgaben am Vorabend des amerikanischen Kriegseintritts 1941 ein ausreichend großer Fiskalimpuls entstanden, um die Weltwirtschaftskrise in den USA endgültig zu überwinden. Vgl. hierzu Krugman, P. (2012), *Vergesst die Krise*, Frankfurt, S. 52f.

12 Zu den wirtschaftlichen Folgen im Zuge der Wiedervereinigung aus zeitgenössischer Sicht sehr kritisch Sinn H.-W. (1993), *Kaltstart*, München. Rückblickend versöhnlicher Paque, K.-H. (2009), *Die Bilanz, eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit*, München.

13 Vgl. hierzu z.B. Krugman, P. (2009), *Die neue Weltwirtschaftskrise*, Frankfurt/M. S. 54ff., 95ff.

14 Von seinem Höchststand von 9631 Punkten am 10.03.2000 fiel der NEMAX-50-Index bis zum 01.04.2003 auf 339 Punkte. Anschließend wurde der NEMAX-Index in den TecDax-Index übergeleitet.

15 So die Titel zweier Bestseller von H.-W. Sinn aus den Jahren 2003ff. und G. Steingart aus den Jahren 2004ff.

16 Für eine detaillierte Studie zur Vorgeschichte, den Ursachen sowie den Bedingungen für die Durchsetzung der Reform vgl. Hassel, A., Schiller, C. (2010), *Der Fall Hartz IV*, wie es zur Agenda 2010 kam und wie es weitergeht, Frankfurt.

kungs- und Deregulierungswettbewerb der Staaten untereinander, um den Unternehmen möglichst gute Standortbedingungen für Investitionen bieten zu können.¹⁰ Allerdings finden sich in den USA in den achtziger Jahren auch Elemente defizitfinanzierter staatlicher Nachfrage, vor allem bei den Ausgaben für Verteidigung, die durchaus als keynesianische Wirtschaftsstimulierung angesehen werden können.¹¹

Der Nachfrageboom im Zuge der deutschen Wiedervereinigung verlängerte den Konjunkturzyklus. Während sich in den USA und anderen Ländern bereits 1991 eine Rezession ereignete, geschah dies in Deutschland erst 1993. Der Einbruch erfolgte, nachdem das europäische System der Wechselkurse durch spekulative Attacken eines Hedgefonds auseinandergebrochen war und die DM gegenüber den anderen Währungen stark aufwertete. Zugleich mussten die Folgen des Kollabierens der Wirtschaft in den neuen Bundesländern getragen werden.¹² Erstmals seit 1967 wurden die preisbereinigten Änderungsraten des BIP auch in Bayern negativ. Ähnlich wie 1983 begann auch der Aufschwung aus dieser Rezession moderat. Ab Mitte der neunziger Jahre führten verschiedene Schuldenkrisen in Mexiko, Russland und Südostasien zu erheblichen konjunkturellen Belastungen.¹³ In Deutschland wirkten hohe Wiedervereinigungskosten negativ. Ab 1998 stiegen die Wachstumsraten in Deutschland wieder an. Dies geschah im Rahmen der Entwicklung des Internets und der damit verbundenen wirtschaftlichen Erwartungen. In den Jahren 1999 und 2000 führte die Entwicklung zu einer starken Euphorie, die sich vor allem auf den Aktienmärkten auswirkte. Der Neue Markt Index (NEMAX) stieg in den drei Jahren nach seiner Einführung 1997 von 1000 auf über 9500 Punkte im März 2000. Bayern profitierte von diesem Internetboom in besonderem Maße: In den Jahren 1998 bis 2000 vergrößerte sich der Abstand zwischen den bayerischen und den deutschen Wachstumsraten. Auf dem Höhepunkt des Booms im Jahr 2000 nahm das bayerische BIP preisbereinigt um 5,5% zu, während die Wachstumsrate in Deutschland nur 3,2% erreichte. Mit dem Ende des Technologiebooms kam es zu einem deutlichen Rückschlag auf den Aktienmärkten, der bis ins Jahr 2003 andauerte.¹⁴ Gleichzeitig sanken auch die gesamt-

wirtschaftlichen Wachstumsraten ab 2001 und verharrten bis 2005, also über den Beginn des nächsten Konjunkturzyklus hinaus, auf verhältnismäßig niedrigem Niveau. Im Jahr 2003 kam es in Deutschland zu einer leichten Rezession, während das BIP in Bayern, ähnlich wie 1975 und 1982, leicht zunahm. In den Jahren nach 2001 kam es, wie auch schon in früheren Rezessionen, zu einer intensiven Debatte um den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dieser sah sich gegenüber den europäischen Nachbarstaaten, nach der Liberalisierung der Europäischen Kapitalmärkte und der Einführung der gemeinsamen Währung Euro im Jahr 2002, wichtiger Standortvorteile, wie eines großen Binnenmarktes oder vergleichsweise niedriger Zinsen aufgrund der stabilen D-Mark, beraubt. Umso stärker schienen nun die Standortnachteile Deutschlands, wie das im internationalen Vergleich hohe Lohnniveau, die inflexiblen Arbeitsmärkte, demographische Verwerfungen, ein überbordender Sozialstaat und ein anhaltender Reformstau, ins Gewicht zu fallen. Deutschland schien angesichts hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Wirtschaftswachstums der klassische Fall eines absteigenden Superstars zu sein und es wurde die Frage gestellt, ob es noch zu retten sei.¹⁵

Vor dem Hintergrund dieser Diskussionen wurde seitens der Politik im Jahr 2005 unter dem Namen „Agenda 2010“ ein umfangreiches und äußerst umstrittenes Reformpaket für den Arbeitsmarkt verabschiedet. Die Reform beinhaltete unter anderem die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung, eine Reform der Arbeitsverwaltung, die Beschränkung des von der Höhe des letzten Gehalts abhängigen Arbeitslosengeldes auf 12 Monate, der Ausweitung von Leiharbeit sowie eine Verschärfung der Zumutbarkeit von Arbeitsangeboten.¹⁶

Ein Jahr nach Verabschiedung des Reformpakets kam es zu einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums. In Bayern erhöhte sich das preisbereinigte BIP im Jahr 2006 um 3,5%, in Deutschland um 3,4%. Das erhöhte Wirtschaftswachstum ging mit einer deutlichen Ausweitung der Exportüberschüsse vor allem des verarbeitenden Gewerbes einher. Anders als in den angelsächsischen

Ländern entwickelte sich das Baugewerbe in diesem Aufschwung unterdurchschnittlich.¹⁷ Obgleich die Wachstumsraten im Vergleich zu früheren Aufschwüngen nicht außerordentlich hoch ausfielen, zeigten sich schnell Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Von 2005 bis 2008 sank die Zahl der Arbeitslosen in Bayern von knapp 505 000 auf rund 276 000, in Deutschland von 4,9 Millionen auf 3,3 Millionen. Damit gelang erstmals seit den sechziger Jahren ein teilweiser Abbau der Sockelarbeitslosigkeit aus der vorangegangenen Rezession. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wurde durch die schwere weltweite Rezession von 2009 unterbrochen, jedoch bereits ab 2010 wieder fortgesetzt. Auch die vorübergehende Erhöhung der Arbeitslosigkeit fiel 2009 im Vergleich zu früheren Rezessionen äußerst moderat aus, obgleich es sich um die tiefste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit handelte.¹⁸ Dies stand in engem Zusammenhang mit einer vorübergehenden drastischen Verminderung der Arbeitsproduktivität durch Kurzarbeit.

Erwerbstätige

Bei der öffentlichen Diskussion der Beschäftigungslage stehen die Arbeitslosenzahlen im Vordergrund. Gesamtwirtschaftlich nicht weniger bedeutend ist jedoch die Entwicklung der Erwerbstätigen. In Bayern stieg die Zahl der Erwerbstätigen von 1970 bis 2010 von knapp 4,8 Millionen auf gut 6,7 Millionen Personen an. Dies entspricht einer Zunahme um ins-

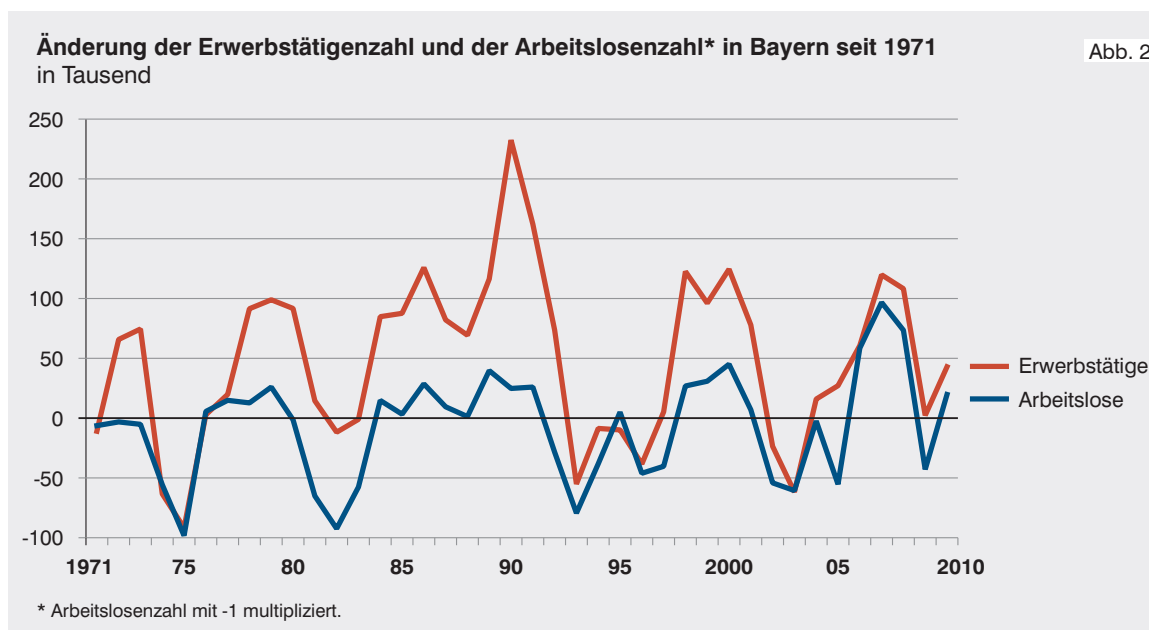
gesamt knapp 40,3%, während die Bevölkerung im gleichen Zeitraum nur um 19,5% anstieg. Im Jahr 2010 war somit ein deutlich größerer Bevölkerungsanteil erwerbstätig als 40 Jahre zuvor. Hinter dieser Entwicklung stehen mehrere grundlegende gesellschaftliche und demographische Veränderungen, wie eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen, oder ein höherer Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren. Die höhere Erwerbsbeteiligung führte jedoch nicht zu einem proportionalen Anstieg des Arbeitsvolumens, da die tariflichen Arbeitszeiten seit 1970 gesunken sind und der Anteil an Teilzeitbeschäftigung zugenommen hat.

Ähnlich wie das Bruttoinlandsprodukt verlief auch die Entwicklung bei den Erwerbstätigen nicht stetig. In den Jahren 1971, 1974/75, 1982/83, 1993–1996 sowie 2002/03 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern ab. Mit Ausnahme des Jahres 1971 fiel in all diese Zeiträume jeweils ein Tiefpunkt im Konjunkturzyklus. Eine Ausnahme hiervon stellt die Rezession des Jahres 2009 dar, die zu keinem Erwerbstätigenrückgang führte. Eine besonders deutliche Zunahme der Erwerbstätigen war in den Jahren zwischen 1983 und 1992 zu verzeichnen, in denen sich die Beschäftigung um rund eine Million Personen bzw. 20,5% erhöhte.

Eine betragsmäßig in etwa identische Abnahme der Erwerbstätigkeit und Zunahme der Arbeitslosig-

17 Vgl. hierzu v. Roncador, T. (2010), Schwere Rezession in Bayern im Jahr 2009, in: Bayern in Zahlen, Ausgabe 07/2010, S. 301, Abbildung 2.

18 Zu den Ursachen der Rezession von 2009 vgl. ebd., S. 299f. Zu den Beschäftigungswirkungen der Rezession vgl. v. Roncador, T. (2010), Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in Bayern im Jahre 2009, in: Bayern in Zahlen, Ausgabe 04/2010, S. 154ff.



keit war in den Jahren 1974/75 und 2003 zu beobachten (vgl. Abb. 2).¹⁹ In den anderen Jahren einer rückläufigen Erwerbstätigkeit war die Zunahme der Arbeitslosenzahlen stärker als der Rückgang der Erwerbstätigen. In den Jahren 1981 und 2005 nahm die Arbeitslosigkeit trotz steigender Erwerbstätigkeit zu. 2005 dürfte dabei die Umstellung der Arbeitslosenstatistik im Zuge der Reformen im Rahmen der Agenda 2010 eine Rolle gespielt haben. 1995 sank die Arbeitslosigkeit bei fallender Erwerbstätigkeit.

In Aufschwungsphasen fiel die Zunahme der Erwerbstätigen meist deutlich stärker aus, als der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Besonders deutlich zeigte sich dies während des sehr starken Anstiegs der Erwerbstätigkeit in den Jahren 1983 bis 1992, als die Erwerbstätigenzahl in Bayern um mehr als eine Million stieg, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit lediglich um etwa 100000 Personen sank. Vor allem in den Jahren nach 1987 spiegelt sich hierin der sehr hohe Anstieg des Erwerbstätigenpotentials durch einen zuwanderungsbedingten deutlichen Bevölkerungsanstieg wider.

Die Zunahme der Erwerbstätigen blieb mit Ausnahme der Jahre 1980, 1993 sowie 2008/09 immer hinter der preisbereinigten Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zurück (vgl. Abb. 3). Dies ist gleichbedeutend mit einer fast permanent steigenden Arbeitsproduktivität. Eine steigende Arbeitsproduktivität kann durch

erhöhten Kapitaleinsatz, technische Innovationen, Fortbildung, Verbesserung der Produktionsabläufe oder auch einer Verlängerung der Arbeitszeiten erreicht werden. Der Produktivitätsanstieg vollzog sich seit 1970 jedoch vor dem Hintergrund sinkender Arbeitszeiten, sodass den technischen Komponenten sogar eine noch höhere Bedeutung zukommt. Eine steigende Arbeitsproduktivität ist letztlich die Voraussetzung für steigende Pro-Kopf-Einkommen und somit für steigenden Wohlstand.

In den Jahren 2008 und vor allem 2009 fiel die Arbeitsproduktivität drastisch. Dies hing mit dem massiven Einsatz von Kurzarbeit während des wirtschaftlichen Einbruchs zusammen. In dieser Rezession wurde erstmals eine sinkende Produktion nicht über den Abbau von Arbeitskräften kompensiert, sondern durch die Verminderung der Arbeitszeit. Eine Ursache für diese erstmalige Entwicklung war, dass im von der Krise besonders stark betroffenen verarbeitenden Gewerbe überwiegend Facharbeitskräfte beschäftigt sind, bei denen es im vorangegangenen Aufschwung einen Mangel gegeben hatte. Offenbar wollten viele Unternehmen ihren Facharbeiterstamm halten und hielten die Rezession für ein relativ kurzfristiges Ereignis.

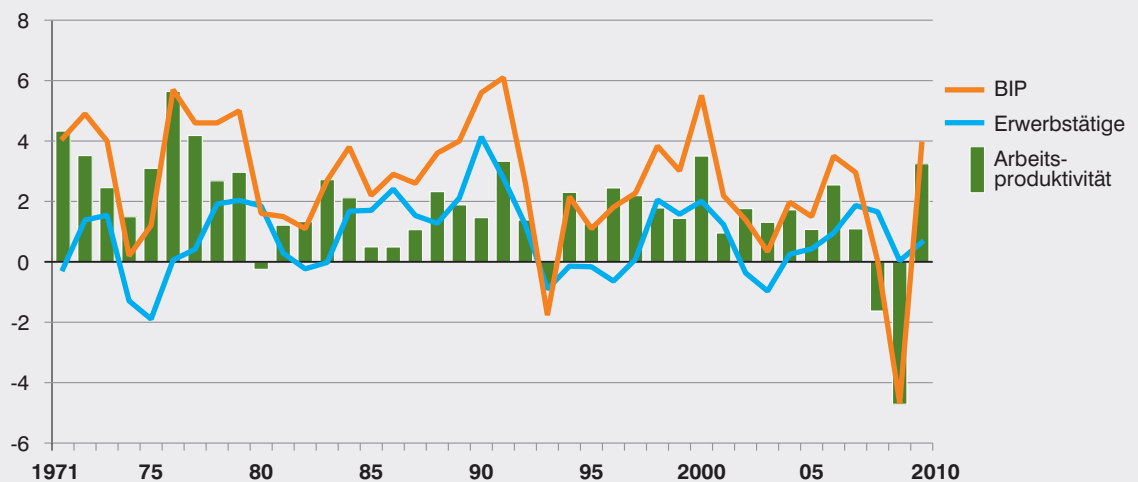
Langfristige Entwicklung in Bayern und Deutschland

In den meisten Jahren des Betrachtungszeitraums

19 Um den Vergleich der in der Regel gegensätzlich verlaufenden Entwicklungen von Arbeitslosen- und Erwerbstätigenzahlen zu erleichtern, wurden die Änderungen der Arbeitslosenzahlen in Abb. 2 mit -1 multipliziert. Steigende Werte zeigen also eine sinkende Arbeitslosigkeit und umgekehrt.

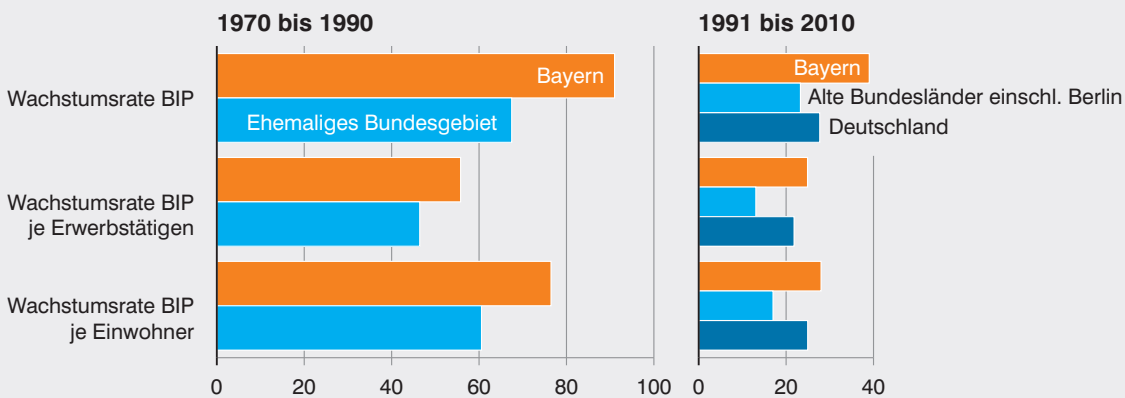
Veränderung der Erwerbstätigenzahl und des BIP sowie der Arbeitsproduktivität in Bayern 1971 bis 2010 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Abb. 3



Reales Wirtschaftswachstum in Bayern und Deutschland 1970 bis 2010
in Prozent

Abb. 4



lag das preisbereinigte Wirtschaftswachstum in Bayern höher als im ehemaligen Bundesgebiet. Von 1970 bis 1990 nahm das Bruttoinlandsprodukt in Bayern um 91,0% zu, während es im ehemaligen Bundesgebiet lediglich um 67,5% zulegte. Auch die Arbeitsproduktivität sowie das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner legten in Bayern stärker zu als im ehemaligen Bundesgebiet (vgl. Abb. 4). Das Wirtschaftswachstum von 1991 bis 2010 lag deutlich niedriger als in den beiden Dekaden zuvor. In Bayern stieg das preisbereinigte BIP von 1991 bis 2010 um insgesamt 39,0%. Bayern verzeichnete damit jedoch noch immer ein höheres Wirtschaftswachstum als die alten Bundesländer (einschließlich Berlin), in welchen das BIP in gleichen Zeitraum lediglich um 23,3% zulegte. In Deutschland insgesamt nahm das BIP um 27,7% zu. Auch beim Wachstum der Arbeitsproduktivität und des BIP je Einwohner lag Bayern vor den alten Bundesländern und Deutschland insgesamt.

In den vergangenen 40 Jahren war die bayerische Wirtschaft einem andauernden Strukturwandel unterworfen. Für die Jahre 1970 bis 1990 lässt dieser sich nur anhand der Anteile der großen Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, produzierendes Gewerbe sowie den Dienstleistungsbereichen an der gesamten Bruttowertschöpfung darstellen (vgl. Abb. 5). Im Jahr 1970 entfielen in Bayern 5,2% der gesamten Bruttowertschöpfung auf die Landwirtschaft. Das produzierende Gewerbe vereinigte 47,3% der Bruttowertschöpfung auf sich, während

47,4% auf die Dienstleistungsbereiche entfielen. Auch im früheren Bundesgebiet hielten sich die Anteile der Dienstleistungsbereiche und des produzierenden Gewerbes (jeweils 48,3%) die Waage, während der Anteil der Land- und Forstwirtschaft etwas unterhalb des bayerischen lag.

Im Jahr 1990 waren sowohl Bayern als auch das frühere Bundesgebiet hingegen bereits Dienstleistungsgesellschaften. Mit Anteilen von 59,8% in Bayern und 61,0% im früheren Bundesgebiet entfiel der deutlich größte Anteil an der Bruttowertschöpfung auf die Dienstleistungsbereiche. Das Produzierende Gewerbe kam auf 38,2% bzw. 37,6%, während die Land- und Forstwirtschaft auf Anteile von weniger als 2% gefallen war.

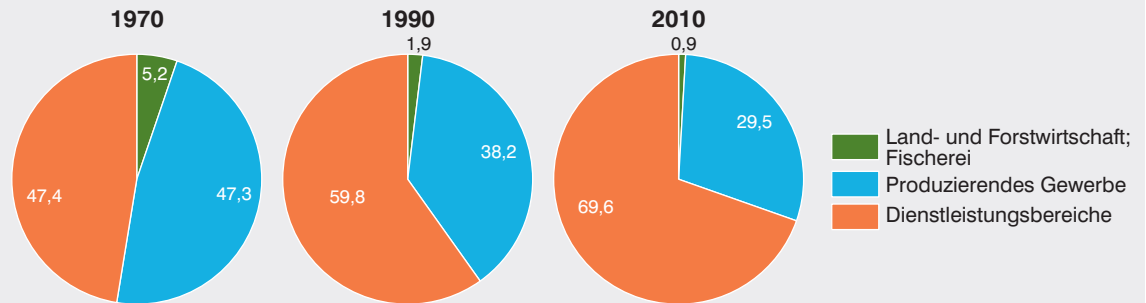
Der Trend zu den Dienstleistungsbereichen setzte sich bis zum Jahr 2010 weiter fort. Der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung sank in Bayern und in Deutschland auf unter 1%. Derjenige der Dienstleistungsbereiche stieg auf 69,6% in Bayern bzw. 71,2% in Deutschland. Entsprechend rückläufig waren die Anteile des Produzierenden Gewerbes.

In grober Zusammenfassung markierten die letzten 40 Jahre somit den Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, wie ihn Jean Fourastié bereits in den fünfziger Jahren in seiner Theorie des sektoralen Übergangs vorausgesagt hatte.²⁰ Dies

²⁰ Vgl. Fourastié, J. (1954), Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln. In der Terminologie der VGR werden mit dem Begriff „Sektoren“ Wirtschaftseinheiten institutionell abgegrenzt, die sich in ihrem wirtschaftlichen Verhalten ähneln. Beispiele sind Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften oder Private Haushalte. Insofern wäre die Bezeichnung „Theorie des wirtschaftlichen Übergangs“ passender.

Anteil der Wirtschaftsbereiche an der gesamten Bruttowertschöpfung in Bayern 1970, 1990 und 2010
in Prozent

Abb. 5



ist jedoch eine sehr vereinfachende Beschreibung, da auch die Auslagerung von Dienstleistungen, die 1970 noch innerhalb von Industrieunternehmen erbracht wurden, auf eigenständige Dienstleistungsunternehmen zu einer Verschiebung der Bruttowertschöpfung zugunsten der Dienstleistungsbereiche führt. Somit wurde der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft nur teilweise durch eine tatsächliche Veränderung der Tätigkeiten verursacht, sondern auch durch organisatorische Änderungen.

6). Auffällig ist der Bedeutungsverlust des Baugewerbes, das 1994 noch einen Anteil von rund 6% an der gesamten Bruttowertschöpfung erreichen konnte und 2008 nur noch auf knapp 4,3% kam. Entgegengesetzt entwickelte sich der Maschinenbau und mit größeren Schwankungen auch die Automobilindustrie. Beide Wirtschaftszweige konnten schließlich den Anteil des Baugewerbes überholen. Leicht rückläufig war das Ernährungsgewerbe, während die chemische Industrie auf niedrigem Niveau stagnierte.

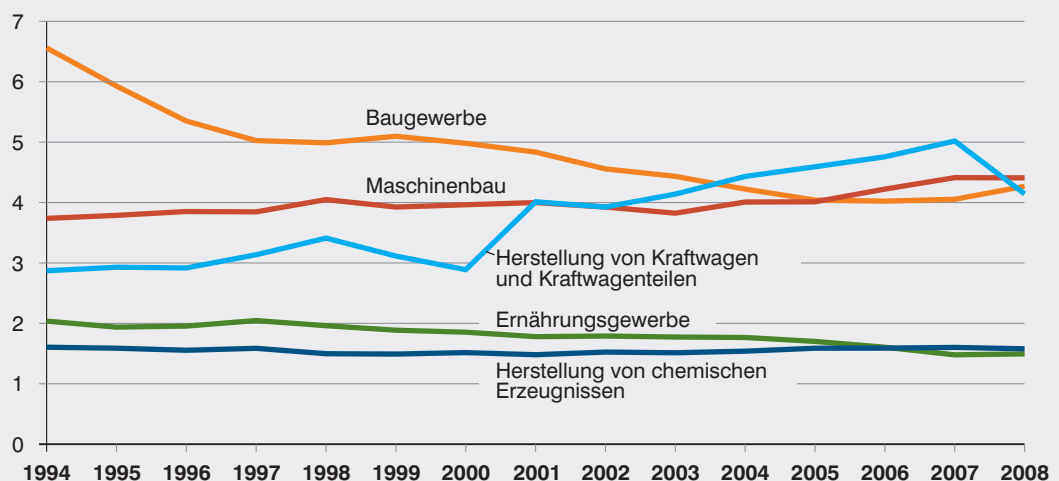
Für die Jahre 1994 bis 2008²¹ lässt sich das Produzierende Gewerbe weiter untergliedern. Anhand von ausgewählten Branchen des Produzierenden Gewerbes zeigt sich, dass es innerhalb des Bereiches sehr unterschiedliche Entwicklungen gab (vgl. Abb.

Die Dienstleistungsbereiche lassen sich für die Jahre 1991 bis 2008 ebenfalls weiter untergliedern (vgl. Abb. 7). Hier zeigt vor allem das Grundstücks- und Wohnungswesen deutlich steigende Anteile an der gesamten Bruttowertschöpfung. Gleiches

²¹ Zum Rechenstand März 2011 lagen die Jahre 2009 und 2010 nur als Fortschreibungen vor, sodass hier noch keine detaillierte Untergliederung möglich ist.

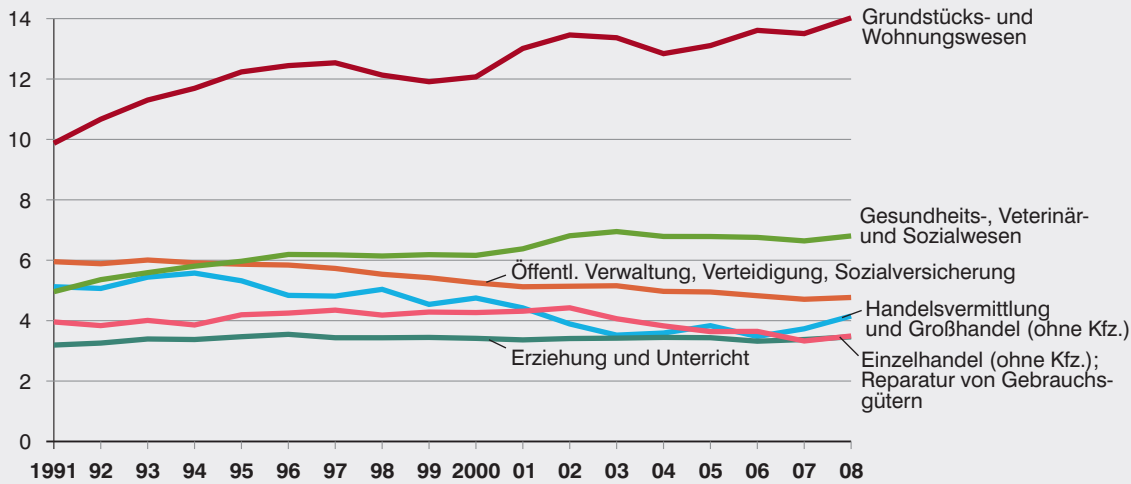
Anteil ausgewählter Bereiche des Produzierenden Gewerbes Bayerns an der gesamten Bruttowertschöpfung 1994 bis 2008
in Prozent

Abb. 6



Anteil ausgewählter Dienstleistungsbereiche an der gesamten Bruttowertschöpfung in Bayern 1991 bis 2008
in Prozent

Abb. 7



gilt in abgeschwächter Form auch für das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen. Rückläufig waren hingegen der Bereich Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung sowie phasenweise die Handelsvermittlung und der Großhandel. Der Anteil der Bruttowertschöpfung im Einzelhandel sank nach einem Anstieg von 1991 bis 2002 ab dem Jahr 2002, der Anteil des Erziehungswesens stagnierte während der gesamten Beobachtungszeit.

Diese Ausführungen zeigen, dass das Modell von Fourastié den strukturellen Wandel zu vereinfachend wiedergibt. Die Entwicklung nach 1991 verlief kei-

neswegs geradlinig in Richtung zur Dienstleistungsgesellschaft. So gab es im Produzierenden Gewerbe Bereiche mit steigenden Anteilen an der Bruttowertschöpfung, während es bei den Dienstleistungsbereichen auch stagnierende oder sogar rückläufige Branchen gab. Interessant ist auch der rückläufige Anteil des Baugewerbes bei gleichzeitig starker Ausweitung des Grundstücks- und Wohnungswesens. Hier trat offenbar der Neubau zugunsten der Bestandsverwaltung zunehmend in den Hintergrund. Daneben mag auch die Auslagerung von Dienstleistungen aus dem Baugewerbe im Rahmen von organisatorischen Änderungen eine Rolle gespielt haben.

Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung in Bayern 2011

Marion Geiger, Master in Economics

Die Entwicklung der Verdienste setzte sich im Jahr 2011 für die Arbeitnehmer sehr erfreulich fort. Nachdem die Arbeitnehmer im Krisenjahr 2009 einige Einschnitte hinnehmen mussten, war bereits 2010 eine Erholung spürbar. Ein weiterer Schub bei den Verdiensten konnte dann im Jahr 2011 beobachtet werden. So ist bei den Bruttomonatsverdiensten (ohne Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Wirtschaftszweig Verkehr und Lagerei sogar ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 5,7 % festzustellen. Im Gesamtdurchschnitt aller Wirtschaftszweige erhöhten sich die Verdienste um 2,7 % auf 3 430 Euro. Bei den Sonderzahlungen zeigte sich im Verarbeitenden Gewerbe ein sehr starker Anstieg um 18,0 % gegenüber dem Jahr 2010.

Informationen zur Statistik

Bei der Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden quartalsweise ca. 5 000 bayerische Betriebe aus nahezu allen Branchen der Wirtschaft befragt. Die Betriebe werden nach einem mathematisch-statistischen Verfahren ausgewählt. Auch die Bereiche Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie Erziehung und Unterricht werden seit Anfang 2009 in die Erhebung einbezogen. Die Daten zu diesen Bereichen werden jedoch aus der Personalstandstatistik geschätzt und nicht separat erhoben. Nicht erfasst werden die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei und Fischzucht sowie die privaten Haushalte.

Die Merkmale, die bei der Vierteljährlichen Verdiensterhebung erfasst werden, sind geregelt im Gesetz über die Statistik der Verdienste und Arbeitskosten (VerdStatG) vom 21. Dezember 2006 und lassen sich normalerweise aus den Lohnabrechnungssystemen der Betriebe gewinnen. Erfragt werden die Anzahl der Beschäftigten, die bezahlten Arbeitsstunden, die Bruttoverdienste und die sogenannten Sonderzahlungen. Sonderzahlungen sind unregelmäßige Zahlungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Abfindungen, Gewinnbeteiligungen etc., die nach den Lohnsteuerrichtlinien unter „sonstige Bezüge“ fallen. Die Angaben der

Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden untergliedert nach der Art der Beschäftigung (in Vollzeit, Teilzeit, geringfügig beschäftigt), nach dem Geschlecht und nach der beruflichen Qualifikation abgefragt.

Die Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden quartalsweise (im Internetauftritt des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung¹ und in Form eines Statistischen Berichtes) veröffentlicht und informieren über Entwicklung und Höhe der Verdienste und der Wochenarbeitszeiten von Arbeitnehmern. Zusätzlich werden nach Abschluss eines Jahres die Daten zu Jahresdurchschnitten zusammengefasst.

Die Daten aus der Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden für Konjunktur- und Strukturstatistiken sowie zur kurzfristigen Abbildung der Entwicklung der Arbeitszeiten und der Bruttoverdienste verwendet. Außerdem dienen sie zur Berechnung von Vergleichseinkommen im Sozialrecht. Nutzer der Daten der Erhebung sind z.B. die Tarifpartner und private Personen für Gehaltsverhandlungen. Zudem fließen die Daten in die Berechnung der Arbeitnehmerentgelte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und in die Berechnung des europäischen Arbeitskostenindex ein.

¹ <https://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/index.php?themenreihe=N1100C>

Tab. 1 Durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit sowie durchschnittliche Bruttomonatsverdienste und Sonderzahlungen vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in Bayern 2011 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Bezahlte Wochenarbeitszeit		Bruttomonatsverdienste				Sonderzahlungen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	ohne Sonderzahlungen	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Stunden	%	€	%	€	%	€	%
Produzierendes Gewerbe								
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	40,0	1,3	3 343	4,1	3 056	3,3	(287)	(13,0)
Verarbeitendes Gewerbe	38,2	1,6	4 090	5,4	3 571	3,7	519	18,0
Energieversorgung	38,4	0,8	4 816	2,1	4 201	2,2	(615)	(1,2)
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	41,2	0,2	3 089	4,0	2 906	4,0	(184)	(3,4)
Baugewerbe	39,2	1,8	3 027	3,0	2 854	3,4	(173)	(-3,9)
Zusammen	38,4	1,6	3 958	5,1	3 486	3,8	472	16,3
Dienstleistungsbereich								
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen ..	39,0	-0,3	3 727	3,4	3 304	2,7	422	9,6
Verkehr und Lagerei	40,2	0,2	3 076	3,6	2 850	5,7	227	6,6
Gastgewerbe	39,6	0,8	2 105	2,7	2 025	2,5	/	/
Information und Kommunikation	39,1	0,8	5 332	3,3	4 643	2,7	689	6,8
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ..	38,7	0,0	5 307	2,1	4 375	1,7	932	4,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	38,0	-0,3	4 116	2,4	3 625	3,8	/	/
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	39,3	0,5	5 434	2,5	4 541	1,7	/	/
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen ...	38,8	-0,3	2 355	3,2	2 227	2,6	(129)	(15,2)
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	39,9	-1,2	3 291	1,7	3 090	1,1	202	12,8
Erziehung und Unterricht	40,0	-2,2	4 104	0,1	3 851	-0,2	253	4,5
Gesundheits- und Sozialwesen	39,3	0,3	3 540	2,6	3 301	2,4	239	6,2
Kunst, Unterhaltung und Erholung	39,0	0,5	/	/	/	/	/	/
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	39,0	0,5	3 498	3,9	3 190	2,9	/	/
Zusammen	39,4	-0,3	3 771	2,4	3 387	1,9	384	7,6
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen								
Insgesamt	38,9	0,3	3 852	3,6	3 430	2,7	423	11,9

Struktur der Arbeitnehmer

Die insgesamt bei der Vierteljährlichen Verdiensterhebung nachgewiesenen Arbeitnehmer im Jahr 2011 verteilen sich auf ca. 35% im Produzierenden Gewerbe und ca. 65% im Dienstleistungsbereich. Von der Gesamtzahl der Arbeitnehmer waren etwa 70% vollzeit-, 20% teilzeit- und 10% geringfügig beschäftigt. 56,5% der Arbeitnehmer waren Männer und 43,5% Frauen. Insgesamt zeigt sich bei der Betrachtung der Zahlen von 2007 bis 2011, dass die Struktur der Arbeitnehmer nur wenig schwankt. So waren im Jahr 2007 ebenfalls ca. 35% im Produzierenden Gewerbe und ca. 65% der Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich tätig. Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer hatten einen Anteil von ca. 71%, Teilzeitbeschäftigte von ca. 18% und geringfügig Beschäftigte von ca. 11%. Auch die Verteilung der Geschlechter war im Jahr 2007 ähnlich wie im Jahr 2011, sie lag bei 56,9% Männer und 43,1% Frauen. Die Struktur der Arbeitnehmer, die durch die Vierteljährliche Verdiensterhebung nachgewiesen wird, ist also weitestgehend konstant geblieben.

Ergebnisse 2011 im Kontext der Ergebnisse von 2009 und 2010

Die Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung des Jahres 2011 und die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind in Tabelle 1 dargestellt. Insgesamt zeigt sich, dass der Bruttomonatsverdienst im Jahr 2011 weiter gestiegen ist. Während sich von 2009 auf 2010 der durchschnittliche Monatsverdienst (inkl. Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer bereits um 2,7% erhöht hat, konnte von 2010 auf 2011 ein noch stärkerer Zuwachs von 3,6% erreicht werden. Der Bruttomonatsverdienst (inkl. Sonderzahlungen) stieg damit bei den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich auf 3 852 Euro. Vergleicht man dazu die Veränderung des Verbraucherpreisindex von 2009 auf 2010 (Anstieg um 1,1%) und die Veränderung von 2010 auf 2011 (Anstieg um 2,3%) ist zu erkennen, dass der Zuwachs am realen Verdienst von 2009 auf 2010 höher war als der Zuwachs von 2010 auf 2011. In beiden Jahren ist der Verdienst jedoch real und nominal gestiegen.

Tab. 2 **Durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit, durchschnittliche Bruttomonats- und Bruttostundenverdienste* vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in Bayern 2011 in den Wirtschaftszweigen Maschinenbau und Fahrzeugbau**

Wirtschaftszweige	Bezahlte Wochenarbeitszeit		Bruttomonatsverdienste (ohne Sonderzahlungen)		Bruttostundenverdienste (ohne Sonderzahlungen)	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Stunden	%	€	%	€	%
Verarbeitendes Gewerbe	38,2	1,6	3 571	3,7	21,52	2,2
darunter						
Maschinenbau	37,7	3,6	3 778	5,5	23,05	1,8
Fahrzeugbau	36,8	1,7	4 151	4,3	25,99	2,7

* ohne Sonderzahlungen.

Auch die Verdienste ohne Sonderzahlungen stiegen im Durchschnitt über alle Branchen um (nominal) 2,7 % auf 3 430 Euro. Sehr stark zugelegt haben die teilweise konjunkturabhängigen Sonderzahlungen, bei denen nach der starken Absenkung um 10 % im Jahr 2009, im Jahr 2010 bereits ein Anstieg um 2,8 % und in 2011 nochmals um 11,9 % verzeichnet wurde. Die Sonderzahlungen belaufen sich für das Jahr 2011 im Durchschnitt auf 423 Euro pro Monat.

Auch an der unterschiedlichen Entwicklung der Sonderzahlungen im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich ist die konjunkturabhängige Komponente der Sonderzahlungen sichtbar. Während im Krisenjahr 2009 die Sonderzahlungen im Produzierenden Gewerbe besonders stark zurückgingen (-13,7 %), erholten sie sich im Jahr 2010 etwas und stiegen um 3,5 %. In 2011 konnten die Sonderzahlungen nochmals um 16,3 % zulegen und belaufen sich nun auf 472 Euro pro Monat. Im Dienstleistungsbereich fiel der Rückgang der Sonderzahlungen im Krisenjahr moderater aus (-6,7 %) und wurde im Jahr 2010 dann um 2,3 % und in 2011 um 7,6 % erhöht.

Bei der bezahlten Wochenarbeitszeit gab es über alle Wirtschaftszweige einen kleinen Anstieg um 0,3 % auf 38,9 Stunden. Während im Produzierenden Gewerbe für 2011 ein Zuwachs um 1,6 % (auf 38,4 Stunden) beobachtet werden konnte, sank im Dienstleistungsbereich die bezahlte Wochenarbeitszeit um 0,3 % (auf 39,4 Stunden).

Den höchsten durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst (inkl. Sonderzahlungen) erzielten Personen, die im Wirtschaftszweig „Erbringung von freiberuf-

lichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ tätig waren (5 434 Euro). Nicht einmal die Hälfte davon und damit den geringsten durchschnittlichen Verdienst erhielten die Arbeitnehmer des Gastgewerbes mit 2 105 Euro. Es zeigt sich beim Vergleich des Bruttomonatsverdienstes (sowohl gesamt als auch ohne Sonderzahlungen), dass die Unterschiede zwischen den Wirtschaftszweigen im Produzierenden Gewerbe geringer sind. Im Dienstleistungsbereich dagegen sind die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste sehr heterogen.

In den für Bayern besonders wichtigen Wirtschaftszweigen des Maschinenbaus und des Fahrzeugbaus treten die positive Entwicklung der Verdienste und auch der Anstieg der bezahlten Wochenarbeitszeit im Jahr 2011 noch stärker auf als beim gesamten Durchschnitt des Produzierenden Gewerbes (vgl. Tabelle 2). Einen sehr starken Zuwachs gab es vor allem im Wirtschaftszweig Maschinenbau bei der bezahlten Wochenarbeitszeit. Dies schlägt sich dann auch in den sehr stark gestiegenen Bruttomonatsverdiensten (ohne Sonderzahlungen) nieder. Hier verzeichnet der Maschinenbau einen höheren Anstieg als der Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Der Bruttostundenverdienst ist jedoch gegenüber 2010 nicht so stark angestiegen wie der des Verarbeitenden Gewerbes im Durchschnitt.

Beim Fahrzeugbau dagegen sind die Bruttostundenverdienste im Vergleich zum Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes stärker gestiegen. Auch beim Bruttomonatsverdienst (ohne Sonderzahlungen) liegt der Zuwachs beim Fahrzeugbau über dem des Verarbeitenden Gewerbes.

Tab. 3 Entwicklung der bezahlten Wochenarbeitszeit und des Stundenverdienstes mit Sonderzahlungen von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern in Bayern von 2007 bis 2011 im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Jahre	Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungsbereich	
	bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst insgesamt (inkl. Sonderzahlungen)	bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst insgesamt (inkl. Sonderzahlungen)
	Stunden	€	Stunden	€
2007	38,4	21,83	39,3	20,01
2008	38,4	22,39	39,4	20,69
2009	36,8	22,55	39,4	21,22
2010	37,8	22,91	39,5	21,46
2011	38,4	23,74	39,4	22,05

Veränderungen im Zeitablauf von 2007 bis 2011

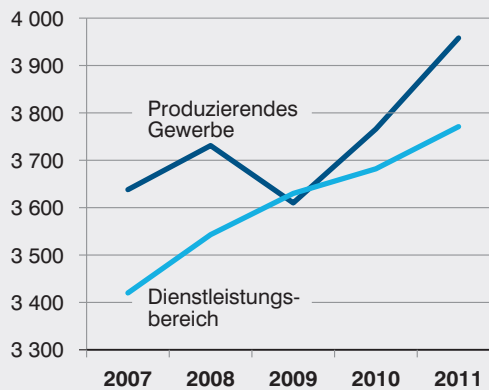
Die Verdienste gegenüber dem Vorjahr sind im Jahr 2011 insgesamt weiter gestiegen. Es ist festzustellen, dass die Verdienste des Produzierenden Gewerbes stärker angestiegen sind als die des Dienstleistungsbereichs.

Beim Vergleich der Bruttomonatsverdienste (inkl. Sonderzahlungen) von 2010 auf 2011, ist zu erkennen, dass das Produzierende Gewerbe einen Anstieg um 5,1 % auf 3 958 Euro, der Dienstleistungsbereich dagegen lediglich einen Anstieg um 2,4 % auf 3 771 Euro zu verzeichnen hat. In den Jahren 2007, 2008, 2010 und 2011 lagen die Bruttomonatsverdienste (inkl. Sonderzahlungen) im Produzierenden Gewerbe über denen des Dienstleistungsbereichs. Im Gegensatz dazu war in den Zeiten der Wirtschaftskrise 2009 der Bruttomonatsverdienst im Produzierenden Gewerbe etwas geringer (3 610 Euro) als im Dienstleistungsbereich (3 630 Euro). Ein Zeitvergleich des Bruttomonatsverdienstes von 2007 bis 2011 zeigt, dass das Produzierende Gewerbe stärker auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten, wie das Krisenjahr 2009 und die anschließende Erholung der Wirtschaft, reagiert hat (vgl. Abbildung 1).

Wird der Stundenverdienst (inkl. Sonderzahlungen) in die Analyse einbezogen, ist ersichtlich, dass der deutliche Rückgang bei den Bruttomonatsverdiensten im Krisenjahr 2009 nicht auf eine Abnahme der Stundenverdienste zurückzuführen ist, sondern die Ursache vielmehr ausschließlich im Rückgang der bezahlten Wochenarbeitszeit liegt. Tabelle 3 zeigt, dass sich der Stundenverdienst in jedem Jahr erhöht hat, auch wenn der Anstieg im Krisenjahr 2009 geringer ausfiel.

Bruttomonatsverdienste* vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern 2007 bis 2011 in Euro

Abb. 1



* inklusive Sonderzahlungen.

An der bezahlten Wochenarbeitszeit ist der Abschwung im Jahr 2009 deutlich erkennbar. In den Jahren 2007 und 2008 war die bezahlte Wochenarbeitszeit im Produzierenden Gewerbe konstant bei 38,4 Stunden. 2009 gab es dann einen Einbruch auf 36,8 Stunden. Anschließend stieg im Jahr 2010 die Arbeitszeit wieder auf 37,8 Stunden und war nun in 2011 wieder auf der Höhe von 38,4; also der Höhe vor dem Krisenjahr 2009. Im Dienstleistungsbereich dagegen zeigen sich bei der bezahlten Wochenarbeitszeit zwar sehr kleine Schwankungen, sie blieb jedoch weitestgehend unberührt von der Krise 2009. Es ist anzumerken, dass die Verdiensteinbußen beim Bruttomonatsverdienst im Jahr 2009 teilweise durch das Kurzarbeitergeld ausgeglichen wurden. Diese Ausgleichszahlungen werden als Transferzahlungen in der Vierteljährlichen Verdiensterhebung jedoch nicht berücksichtigt.

Tab. 4 Anteil der Bruttostundenverdienste* vollzeitbeschäftigter Frauen an den Bruttostundenverdiensten* vollzeitbeschäftigter Männer in Bayern 2011

Geschlecht	Insgesamt	Leistungsgruppe 1	Leistungsgruppe 2	Leistungsgruppe 3	Leistungsgruppe 4	Leistungsgruppe 5
Männer	100	100	100	100	100	100
Frauen	77,9	72,5	84,8	88,7	85,2	95,2

* inkl. Sonderzahlungen.

Frauen arbeiten öfter Teilzeit/Teilzeitbeschäftigte verdienen weniger

Wie auch in den vorhergehenden Jahren ist in 2011 zu erkennen, dass Frauen mehr Teilzeit arbeiten als Männer. Von den gesamten weiblichen Arbeitnehmern sind ca. 54 % vollzeit- und ca. 46 % teilzeitbeschäftigt. Bei den männlichen Arbeitnehmern dagegen gehen ca. 95 % einer Vollzeitbeschäftigung nach.

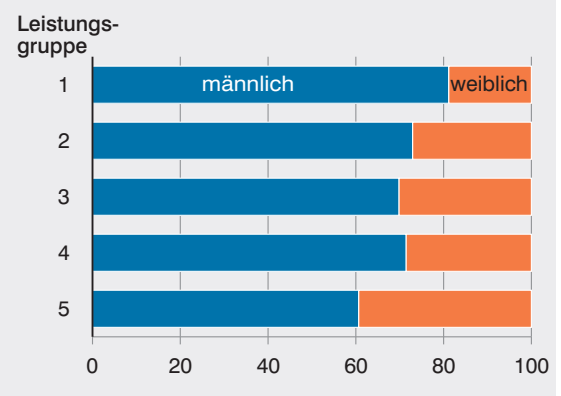
Ein Vergleich der Bruttostundenverdienste zeigt, dass vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in allen Leistungsgruppen einen höheren Stundenverdienst (inkl. Sonderzahlungen) erhalten als teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer. Besonders hervorzuheben ist dabei der Unterschied in den Stundenverdiensten der Leistungsgruppe 1.² Bei den hochqualifizierten Arbeitnehmern dieser Leistungsgruppe verdient der teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer fast 30 % weniger als ein Vollzeitmitarbeiter. Tendenziell ist festzustellen, dass mit abnehmender beruflicher Qualifikation die Unterschiede im Bruttostundenverdienst zwischen vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern kleiner werden.

Frauen verdienen weniger als Männer

Die Verteilung vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer zwischen Frauen und Männern in den einzelnen Leistungsgruppen zeigt, dass grundsätzlich mehr Männer in höheren Positionen arbeiten. Von den gesamten Arbeitnehmern der Leistungsgruppe 1 sind lediglich 18,8 % weiblich. Abbildung 2 veranschaulicht, dass von den jeweiligen Gesamtarbeitnehmern in den einzelnen Leistungsgruppen tendenziell in Leistungsgruppen mit geringerer Qualifikation der Anteil an Frauen zunimmt.

Deutliche geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede sind in allen Leistungsgruppen zu erkennen. Ganz besonders hoch ist der Unterschied jedoch in Leistungsgruppe 1, bei der eine Frau im

Abb. 2 Anteil weiblicher und männlicher vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in Bayern 2011 in den einzelnen Leistungsgruppen in Prozent



Durchschnitt lediglich 72,5 % des Bruttostundenverdienstes eines Mannes erhält. Der Unterschied im Bruttostundenverdienst (inkl. Sonderzahlungen) ist in der Tabelle 4 dargestellt. Dort ist der Stundenverdienst einer Frau in Prozent vom Stundenverdienst eines Mannes angegeben. Es ist die Tendenz festzustellen, dass bei Leistungsgruppen mit geringerer Qualifikation die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen abnehmen.

Betrachtet man die geschlechtsspezifischen Unterschiede des Bruttostundenverdienstes (ohne Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Zeitablauf von 2007 bis 2011 ist zu erkennen, dass sich die Verhältnisse der Verdienste nur wenig verändert hat. Trotzdem ist anhand der Daten ersichtlich, dass sich bei Leistungsgruppen mit höherer Qualifikation die geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiede leicht vergrößert haben, während bei Leistungsgruppen mit geringerer Qualifikation die Unterschiede leicht geschrumpft sind. So verdiente eine Frau in Leistungsgruppe 1 im Jahr 2007 79,4 % vom Verdienst eines Mannes. Im Jahr 2011 dagegen erhielt eine Frau in Leistungsgruppe 1 lediglich 77,2 % des Verdienstes eines Mannes. In der Leis-

² Aus den Erläuterungen zum Fragebogen: „Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer/-innen in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Hierzu zählen z. B. auch angestellte Geschäftsführer/-innen, sofern deren Verdienst zumindest noch teilweise erfolgsunabhängige Zahlungen enthält. Eingeschlossen sind ferner alle Arbeitnehmer/-innen, die in größeren Führungsbereichen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (z. B. Abteilungsleiter/-innen) und Arbeitnehmer/-innen, mit Tätigkeiten, die umfassende kaufmännische oder technische Fachkenntnisse erfordern. In der Regel werden die Fachkenntnisse durch ein Hochschulstudium erworben. Die Tätigkeiten werden selbstständig ausgeführt.“; https://www.statistik.bayern.de/medien/statistik/erhebungen/verdiensterhebung/erlaeu-terungen_zur_vierteljaehr-lichen_verdiensterhebung.pdf

tungsgruppe 5³ dagegen verdiente eine Frau im Jahr 2007 93,1% und im Jahr 2011 93,6% des Verdienstes eines Mannes in derselben Leistungsgruppe.

Fazit

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung zeigt, dass die Bruttostundenverdienste seit 2007 zwar angestiegen, im Krisenjahr 2009 die Bruttononatsverdienste aufgrund der geringeren bezahlten Arbeitszeit jedoch gesunken sind. Ebenfalls sind starke

Unterschiede in der Höhe des Anstiegs bezogen auf die Leistungsgruppen und auf die Wirtschaftszweige erkennbar. Durch die Vierteljährliche Verdiensterhebung können neben aktuellen Zahlen der Verdienste viele brisante Themen anhand von Daten belegt werden. So ist in anhand der Daten beispielsweise ersichtlich, dass Frauen und Männer selbst in der gleichen Leistungsgruppe unterschiedliche Stundenverdienste haben und Frauen weniger verdienen als Männer.

³ Aus den Erläuterungen zum Fragebogen: „Leistungsgruppe 5: Ungelernte Arbeitnehmer/-innen mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist. Das erforderliche Wissen und die notwendigen Fertigkeiten können durch Anlernen von bis zu drei Monaten vermittelt werden.“; https://www.statistik.bayern.de/medien/statistik/erhebungen/verdiensterhebung/erlaeuterungen_zur_vierteljaehrlichen_verdiensterhebung.pdf

ZENSUS 2011: Erhebungsteil Sonderbereiche

Marion Geiger, Master in Economics, Doris Styhler, B.A. in Sozialökonomik

Die Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen (ABl. EU Nr. L 218 S. 14) verpflichtet die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, im Jahr 2011 Zensusdaten zu erheben. Aufgrund dieser EU-Verordnung und dem daraus resultierenden Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahre 2011 (Zensusgesetz 2011 – ZensG 2011) wurde in Deutschland zum Stichtag 9. Mai 2011 der Zensus 2011 bestimmt. Im Zensusgesetz sind die durchzuführenden Erhebungen und die zu erfragenden Merkmale genau festgelegt. Zuständig für die Durchführung des Zensus 2011 waren und sind die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Aus diesem Grund wurde auch im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (LfStatD) der Zensus zum Stichtag 9. Mai 2011 durchgeführt.

Der Zensus 2011 wird grundsätzlich registergestützt durchgeführt. Dies bedeutet, dass vorwiegend Daten aus Verwaltungsregistern genutzt wurden, die durch primärstatistische Erhebungen ergänzt wurden. Im Einzelnen waren diese Erhebungen:

- a) Gebäude- und Wohnungszählung,
- b) Haushaltebefragung (Haushaltsstichprobe),
- c) Befragungen an Sonderanschriften,
- d) Wiederholungsbefragung und
- e) Primärstatistische Rückfragen.

Im Folgenden wird speziell auf die Befragungen an Sonderanschriften beziehungsweise die Befragungen in sogenannten Sonderbereichen eingegangen.

Sonderbereiche beim Zensus 2011

Sonderbereiche sind laut § 2 Abs. 5 Satz 1 bis 3 ZensG 2011: „... Gemeinschafts-, Anstalts- und Notunterkünfte, Wohnheime und ähnliche Unterkünfte. Unter Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften sind Einrichtungen zu verstehen, die der in der Regel längerfristigen Unterbringung und Versorgung von Personen mit einem spezifischen Unterbringungsbedarf dienen. Anschriften, unter denen Wohnungslose gemeldet sind, werden als Notunterkünfte gezählt.“

Abb. 1



Aufgrund von Untersuchungen aus dem Jahr 2001 ist der amtlichen Statistik bekannt, dass es in den Sonderbereichen außergewöhnlich hohe Melderegisterfehler im Einwohnermeldebestand gibt. Diese

Fehler entstehen größtenteils durch eine hohe Zahl an nicht rechtzeitig registrierten Zu- und Fortzügen an diesen Anschriften. Damit die von einem Zensus geforderte Genauigkeit der Ergebnisse nicht durch diese Besonderheit beeinträchtigt wird, sind alle Bewohner von Sonderbereichen nach § 8 ZensG 2011 in Form einer Vollerhebung zu ermitteln.

Weitere Gründe für die Sonderbehandlung von den Anschriften mit Sonderbereichen sind, neben dem unzureichenden Meldeverhalten der Bewohner, die hohe Fluktuation sowie der Schutz der Bewohner vor sozialer Benachteiligung.

Sensible und nicht-sensible Sonderbereiche

Sonderbereiche werden in sogenannte sensible und nicht-sensible Sonderbereiche unterteilt. Die Unterteilung dient dazu festzustellen, welches Erhebungsverfahren durchzuführen ist.

Zu sensiblen Sonderbereichen gehören generell Einrichtungen, bei denen das Bekanntwerden, dass eine Person dort lebt, eine soziale Benachteiligung für sie zur Folge haben könnte (vgl. § 2 Abs. 5 Satz 4 ZensG 2011). Die Befragung an diesen Anschriften findet nicht bei den Bewohnern direkt, sondern ausschließlich über die Einrichtungsleitung statt. Die Bewohner eines sensiblen Bereiches sind von der Erhebung durch die Einrichtungsleitung zu informieren.

In nicht-sensiblen Sonderbereichen dagegen erfolgt die „besondere“ Erfassung lediglich aufgrund der Tatsache, dass die Fluktuation sehr hoch und/oder das Meldeverhalten unzureichend ist. In der Regel findet eine direkte Befragung der Bewohner durch einen Erhebungsbeauftragten statt. Ausnahmen von der direkten Befragung der Bewohner können bei den nicht-sensiblen Sonderbereichen entstehen, wenn z. B. Bewohner einer Einrichtung noch minderjährig sind oder aufgrund der gesundheitlichen Verfassung nicht in der Lage sind, selbst Auskunft zu geben. In diesen Fällen erfolgt – wie in sensiblen Bereichen – die Befragung nicht bei den Bewohnern selbst, sondern über die Einrichtungsleitung. Von Bedeutung ist dies insbesondere bei Alten- und Pflegeheimen. Hier ist es durchaus möglich, dass ein Teil der Personen über die Einrichtungsleitung erhoben wird, wenn die Bewohner nicht selbst Auskunft geben können (z. B. Personen mit fortgeschrittener Demenz).¹ Die vorliegenden Sachverhalte und die daraus resultierende Vorgehensweise bei der Befragung können teilweise nur durch den Erhebungsbeauftragten vor Ort endgültig geklärt werden.

Die folgende Tabelle 1 zeigt eine Einteilung der Sonderbereichsarten in sensible und nicht-sensible Sonderbereiche.

Es gibt die Besonderheit, dass an einer Anschrift mehrere Sonderbereiche/Sonderbereichsarten sein

¹ Der Unterschied zu den sensiblen Bereichen liegt darin, dass nicht der gesamte Bereich ausschließlich über die Einrichtungsleitung erhoben wird, sondern dies von der Befähigung der einzelnen Personen abhängt. Wer in einem Alten- und Pflegeheim selbst Auskunft geben kann, wird nicht über die Einrichtungsleitung erhoben, sondern muss persönlich befragt werden. Nur für jede nicht auskunftsfähige Person im nicht-sensiblen Sonderbereich füllt somit die Einrichtungsleitung den persönlichen Fragebogen gemeinsam mit dem Erhebungsbeauftragten aus.

Tab. 1 Einteilung der Sonderbereiche

Sensible Sonderbereiche	Nicht-sensible Sonderbereiche
<ul style="list-style-type: none"> – Behinderten(wohn)heime – Krankenhäuser, z. B. <ul style="list-style-type: none"> • Palliativstationen • Stationäre Hospize • Psychiatrische Kliniken • Maßregelvollzugseinrichtungen – Flüchtlingsunterkünfte – Justizvollzugsanstalten – (Not-)Unterkünfte für Wohnungslose – Kinder- und Jugendheime (können sowohl sensible als auch nicht-sensible Sonderbereiche sein) – Mutter- und Kindheime (können sowohl sensible als auch nicht-sensible Sonderbereiche sein) 	<ul style="list-style-type: none"> – Studentenwohnheime – Kinder- und Jugendheime (können sowohl sensible als auch nicht-sensible Sonderbereiche sein) – Mutter- und Kindheime (können sowohl sensible als auch nicht-sensible Sonderbereiche sein) – Arbeiterheime – Sonstige (Wohn-)Heime – Alten-/Pflegeheime – Internate – Schulen des Gesundheitswesens – Klöster

können. Aus der Zusammensetzung der einzelnen Bereichsarten an einer Anschrift ergibt sich die Art der Sonderanschrift und damit die weitere Behandlung dieser Anschrift im gesamten Zensus. Beispielsweise folgt daraus, ob die Anschrift in die Auswahlgrundlage für die Haushaltsstichprobe fällt und/oder ob die Anschrift für die Gebäude- und Wohnungszählung relevant ist.

Befinden sich an einer Anschrift also nur sensible Sonderbereiche, wird diese Anschrift sensible Sonderanschrift genannt. Befinden sich an einer Anschrift nur nicht-sensible Sonderbereiche, wird die Anschrift als nicht-sensible Sonderanschrift bezeichnet. Zusätzlich gibt es noch die sogenannten Mischanschriften, an deren sich mindestens ein sensibler Bereich und ein nicht-sensibler Bereich befinden. Grundsätzlich gilt, dass die Erhebung in nicht-sensiblen Sonderbereichen durch eine direkte Befragung und die in sensiblen Bereichen per Erfassungsbogen erfolgt. In Mischanschriften werden also beide Erhebungsformen angewandt.

Beispiel: In der Musterstraße 2 in 27777 Musterstadt gibt es ein Studentenwohnheim im 3. und 4. Stock des Hauses (Bereich 1). Im 1. und 2. Stock des Hauses befindet sich ein Behindertenwohnheim (Bereich 2). Das Studentenwohnheim ist ein nicht-sensibler Bereich, das Behindertenwohnheim dagegen ein sensibler Bereich. Beide Bereiche zusammen an einer Anschrift ergeben als Sonderanschriftenart eine Mischanschrift. Im Studentenwohnheim befragt der Erhebungsbeauftragte jeden Studierenden persönlich oder aber der Studierende beantwortet den Fragebogen per Post oder online. Im Behindertenwohnheim dagegen wird die Befragung mit der Einrichtungsleitung per Erfassungsbogen durchgeführt.

Erhebungsorganisation: Sonderanschriftenregister

Um die Erhebung in den Sonderbereichen durchführen zu können, wurde ein sogenanntes Sonderanschriftenregister aufgebaut. Mit diesem Instrument wurden Anschriften, an denen sich Sonderbereiche befinden, identifiziert und in einzelne Sonderbereichsarten bzw. in sensibel oder nicht-sensibel eingeteilt. Grundlage für den Aufbau des Sonderanschriftenregisters waren interne Statistiken des LfStaD und eine Vorbefragung bei verschiedenen

Institutionen (Dachverbände, Studentenwerke etc.) und den Gemeinden. Das daraus entstandene Sonderanschriftenregister ist dabei als ein sich ständig änderndes Register zu verstehen. Während der gesamten Vorbereitungs- und Erhebungsphase des Zensus 2011 wurden ständig neu erworbene Erkenntnisse in das Register eingearbeitet. So wurden beispielsweise auch die Erhebungsstellen (die für die Erhebung in den Landkreisen und kreisfreien Städten eingerichtet wurden) um Mithilfe gebeten, da diese vor Ort bessere Kenntnisse haben.

Die Abgrenzung der einzelnen Sonderbereichsarten stellte die Statistischen Ämter der Länder jedoch in der praktischen Durchführung vor einige Herausforderungen. Einzelne Problemstellungen mit denen umgegangen werden musste, sind nachfolgend kurz dargestellt:

- Es ergab sich die Schwierigkeit der genauen Abgrenzung zu anderen Sonderbereichen, beispielsweise die Abgrenzung eines Altenheimes vom betreuten Wohnen für Senioren. Erschwerend kam hier hinzu, dass diese Bereiche an der gleichen Anschrift untergebracht sind und selbst die Einrichtungsleitung keine Unterscheidung trifft.
- Die konkreten Anschriften mussten hinsichtlich der Übereinstimmung ihrer Charakteristika mit den Merkmalen überprüft werden, die einen Sonderbereich darstellen. Dabei ergaben sich oftmals Fälle, bei denen einzelne Anschriften zwar einen Teil der Merkmale eines Sonderbereichs aufwiesen, nicht jedoch über alle kennzeichnenden Charakteristika eines Sonderbereichs verfügten.
- Bei einzelnen Anschriften ließ die Nutzungsbezeichnung nicht auf den ersten Blick vermuten, dass die Anschrift sämtliche Merkmale eines Sonderbereichs erfüllt. So existieren beispielsweise Unterkünfte, die der Definition eines Arbeiterwohnheims entsprechen, im Geschäftsverkehr jedoch als Hotel auftreten.

Diese und eine Vielzahl weiterer Probleme führten zu vielen Telefonaten mit Einrichtungsleitungen. Es musste häufig im Einzelfall mit möglichst umfassenden Informationen und Rücksprache mit der Einrichtungsleitung unter Zuhilfenahme des Zensusgesetzes entschieden werden, welcher Art der Sonderbereich zugeordnet werden kann bzw.

Unterschiedliche Erhebungsformen in den Sonderbereichen

Für die Erhebung in den Sonderbereichen bedeutet dies, dass für die Befragung drei unterschiedliche Fragebogen zum Einsatz kommen: Die Daten der Bewohner in sensiblen Sonderbereichen wurden mit einem eigenen Erhebungsbogen erhoben, die Daten in nicht-sensiblen Sonderbereichen dagegen entweder über den Fragebogen Wohnheim/Gemeinschaftsunterkünfte oder über den kombinierten Fragebogen. Der kombinierte Fragebogen kam zum Einsatz, wenn eine nicht-sensible Sonderanschrift gleichzeitig in die Stichprobe gezogen wurde. Der kombinierte Fragebogen enthält neben den Angaben zur Person auch noch Fragen zur Zuwanderung, zur Bildung und Ausbildung sowie zur Erwerbstätigkeit und Angaben zum Beruf. Diese zusätzlichen Fragen sind analog dem Fragebogen der

Abb. 2

Bayern in Zahlen 5 | 2012

Haushaltsstichprobe. Die Abbildung 2 vermittelt einen Eindruck von den unterschiedlichen Fragebogenarten.

Die Auskunftspflicht gilt nach § 18 Abs. 5 ZensG 2011 für alle an der Anschrift im Sonderbereich wohnenden Personen bzw. für die Einrichtungsleitung in sensiblen Sonderbereichen. Die Möglichkeiten der Auskunftserteilung sind in allen Sonderbereichen (sensibel, nicht-sensibel) gleich. Die Auskünfte können mündlich gegenüber den Erhebungsbeauftragten (persönliches Interview), schriftlich (per Post) oder elektronisch gegeben werden. Der einzige Unterschied besteht in der Person, die die Auskünfte erteilt: in der Regel der Einrichtungsleiter in sensiblen Sonderbereichen und der einzelne Bewohner in den nicht-sensiblen Sonderbereichen.

Erhebungsmerkmale und Hilfsmerkmale an Anschriften mit Sonderbereichen

Nach § 8 Abs. 1 ZensG 2011 stellten die statistischen Ämter der Länder für alle Anschriften mit Sonderbereichen folgende Daten der dort wohnenden Personen fest:

1. als Erhebungsmerkmale:
 - a) Monat und Jahr der Geburt,
 - b) Geschlecht,
 - c) Familienstand,
 - d) Staatsangehörigkeiten,
 - e) Tag des Bezugs der Wohnung oder des Beginns der Unterbringung,
 - f) Geburtsstaat,
 - g) ob die Person unter der Anschrift in einem Haushalt nach § 2 Abs. 1 Satz 4 bis 6 ZensG 2011 lebt,
 - h) Wohnungsstatus,
2. als Hilfsmerkmale:
 - a) Familienname, frühere Namen und Vornamen,
 - b) Tag der Geburt (Tag ohne Monats- und Jahresangabe),
 - c) Geburtsort.

Die Hilfsmerkmale wurden von den Erhebungsmerkmalen zum frühestmöglichen Zeitpunkt getrennt und werden spätestens vier Jahre nach dem Berichtszeitpunkt gelöscht (§19 ZensG 2011).

Erhebung in sensiblen Sonderbereichen

Die Erhebung in sensiblen Sonderbereichen ist ausschließlich über die Einrichtungsleitung abgelaufen, d. h. die Bewohner wurden zwar über die Erhebung informiert, gaben aber selbst keine Auskunft. Die Auskunftspflicht lag hier bei den Einrichtungsleitungen. Die Einrichtungsleitungen in Bayern haben in verstärktem Maße die in diesen Fällen besonders empfohlene Möglichkeit der Online-Meldungen genutzt. Circa 77% der übermittelten Erhebungsbogen gingen online ein, während die restlichen, etwa 23% der Erhebungsbogen, in Papierform ausgefüllt wurden.

Die Vorteile der Online-Meldung waren in dieser Meldart besonders:

- Zeit- und Arbeitsersparnis,
- kein Papiereingang in den Erhebungsstellen,
- keine manuelle Erfassung in den Landesämtern und
- erste Plausibilitätsprüfungen bereits beim Auskunftspflichtigen.

Erhebung in nicht-sensiblen Sonderbereichen

Der Ablauf der Erhebung war in den nicht-sensiblen Sonderbereichen identisch, unabhängig davon, ob der Fragebogen Wohnheim/Gemeinschaftsunterkünfte oder der kombinierte Fragebogen zum Einsatz kam.

Der Erhebungsbeauftragte nahm Kontakt mit den auskunftspflichtigen Personen auf. Er kündigte sich mit einem Erstankündigungsschreiben bei den zu befragenden Personen an. Meistens führte der Erhebungsbeauftragte das Interview durch, da eine Online-Meldung für den Auskunftspflichtigen oft zu umständlich für die wenigen Fragen erschien. Dies hatte zur Folge, dass 97% der beim LfStaD eingegangenen Auskünfte aus nicht-sensiblen Sonderbereichen in Papierform eingegangen sind, wogegen lediglich 3% der Auskünfte durch die Auskunftspflichtigen online übermittelt wurden.

Besonderheiten in der Erhebung

Bei einigen sensiblen Sonderbereichen konnte eine zentrale Datenlieferung erreicht werden. Daten der Personen, die in den Bundeswehr- bzw. Bundes-

polizeikasernen wohnen, wurden zentral über das Bundesministerium der Verteidigung bzw. das Bundesministerium des Innern geliefert. In Bayern hat zudem noch eine zentrale Datenlieferung für die bayrischen Landespolizeikasernen und alle Justizvollzugsanstalten stattgefunden.

Anzahl der Wohnheime und Gemeinschaftsunterkünfte

In Bayern gab es zum Stichtag 9. Mai 2011 insgesamt 7442 verschiedene Sonderbereiche, die zur



Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl zu berücksichtigen waren. In der Abbildung 3 sind die unterschiedlichen Erhebungsformen in den Sonderbereichen prozentual dargestellt. Nur ein geringer Teil der Sonderbereiche (circa 6%) wurden mit dem kombinierten Fragebogen befragt.

Ablauf bzw. Durchführung der Erhebung

Die Erhebung in Sonderbereichen ist aufgrund der einzelnen Sonderbereichsarten teilweise unterschiedlich abgelaufen. Grundsätzlich war die Durchführung der Erhebung in den Sonderbereichen Aufgabe der unter anderem dafür eingerichteten Erhebungsstellen. Diese organisierten den Ablauf und nahmen die ausgefüllten Fragebogen/Erfassungsbogen entgegen. Die Rückläufe der Bogen wur-

den anschließend von einem Fahrdienst sicher ins LfStaD transportiert. Die darauffolgende Verarbeitung der Fragebogen erfolgte im LfStaD.

In den sensiblen Sonderbereichen wurden die Einrichtungsleitungen vor dem Stichtag von den Leitern/Mitarbeitern der Erhebungsstellen kontaktiert und über die Auskunftspflicht bzw. die Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen informiert. In diesem ersten Gespräch wurde bereits die Möglichkeit der Online-Meldung angeraten. Die Einrichtungsleitungen erhielten zum Stichtag ein Erstkündigungsschreiben mit Gesetzesinformationen und einen Flyer per Post. Je nachdem, für welche Art der Auskunftserteilung sich die Einrichtungsleitung entschieden hat, wurden die Personendaten entweder auf einem Erfassungsbogen erfasst und an einen Erhebungsbeauftragten übergeben oder es wurde eine Online-Meldung vorgenommen.

In den nicht-sensiblen Sonderbereichen erfolgte die Erhebung durch einen Erhebungsbeauftragten. In einigen dieser Sonderbereiche war es jedoch sinnvoll, vorab mit der Einrichtungsleitung in Kontakt zu treten. Gerade in Alten- und Pflegeheimen konnte dadurch die Situation vor Ort erfragt werden, um die spätere Erhebung zu erleichtern und besser zu organisieren. Alle Bewohner in nicht-sensiblen Sonderbereichen erhielten ein Erstkündigungsschreiben mit einem Terminvorschlag für das Interview sowie einem Beiblatt mit Gesetzesinformationen und einen Flyer. Der Erhebungsbeauftragte ist, soweit nicht anders mit der auskunftspflichtigen Person vereinbart, zum angekündigten Termin erschienen und führte das Interview durch. In den nicht-sensiblen Sonderbereichen haben sich fast alle Personen dazu entschlossen, eine direkte Befragung mit dem Erhebungsbeauftragten durchzuführen.

Ausblick

Derzeit ist die Aufbereitungsphase in den Sonderbereichen noch nicht abgeschlossen. Die Ergebnisse werden gemeinsam mit den weiteren primärstatistischen Daten des Zensus 2011 veröffentlicht.

Darstellung von Studienverläufen mittels Differenzenfolgen – ein systemtheoretischer Ansatz zur Schwund- und Erfolgsquotenberechnung

Dr. Raimund Rödel

Im vorliegenden Beitrag wird ein neuer Ansatz vorgestellt, um mit Hilfe von Daten der amtlichen Statistik quantitative Aussagen zum Studienerfolg und zum Studienabbruch im Hochschulsystem Bayerns und Deutschlands zu treffen. Diese Thematik findet in der aktuellen Hochschulforschung zunehmende Beachtung. In der methodischen Diskussion zur Abschätzung des Studienerfolgs in Deutschland dominieren aktuell zwei unterschiedliche Vorgehensweisen, ein Ansatz des Statistischen Bundesamts (StBA, 2011) und die Studienabbruchstudien der HIS-GmbH (Heublein et al., 2008). Beide sind durch die Schwierigkeit gekennzeichnet, dass die amtliche Studenten- und Prüfungsstatistik nur retrospektive Merkmale zum Studienverlauf enthält, die zudem nur eingeschränkt belastbar sind. Das Grundproblem in der Erfolgs- oder Studienabbrecherquotenschätzung von StBA und HIS war daher bislang, dass sich vor allem Effekte wie der Wechsel der Hochschule, des Studienfachs oder der Abschlussart nicht direkt verfolgen ließen und über aufwendige Schätzverfahren berücksichtigt werden mussten.

Das hier vorgestellte Verfahren kann diese Probleme zu einem Teil überbrücken. Im Gegensatz zur Herangehensweise des StBA (die folgenden Anmerkungen gelten abgewandelt auch für das Verfahren der HIS-GmbH) werden hierzu die Erfolgsquoten nicht über einen Summenvergleich zwischen Studienanfängern und Absolventen ermittelt. Vielmehr werden über eine Differenzenfolge zeitlich vollständig aufgelöste Schwundbilanzen erzeugt. Das ist möglich, da anhand von Zeitpunkt und Ort der Ersteinschreibung jede Zuwanderung bis auf die Ebene einer Hochschule kontrolliert werden kann. Der Studienerfolg wird danach nicht anhand der Summe der Studierenden eines Anfängerjahrgangs bestimmt, sondern die erfolgreichen Absolventen werden mit all jenen Studierenden verglichen, die das Hochschulsystem insgesamt verlassen. Diese geänderte Perspektive auf den Output des Hochschulsystems ermöglicht es, dass der Hochschulwechsel oder auch der Wechsel des Studienfaches und der Abschlussart explizit im Verfahren berücksichtigt werden können.

Zwar entfällt durch diese Orientierung die bisherige Problematik, das Wanderungs- und Wechselverhalten der Studierenden bei der Erfolgsquotenberechnung abzuschätzen. Es soll jedoch erwähnt werden, dass erst mit einer vollständigen Studienverlaufsstatistik Fragestellungen, wie beispielsweise zur sozialen Vererbung von Bildung oder zum Einfluss der Hochschulausstattung, beantwortet werden können. Hier reicht die bloße Ermittlung von Erfolgsquoten nicht aus. Darüber hinaus werden Studierende, die das betrachtete Hochschulsystem verlassen, unabhängig vom weiteren Studienverlauf, nicht als Erfolg gewertet.

Einführung

Der Studienverlauf von Studenten an einer Hochschule ähnelt einem System mit zahlreichen Eingangs- und Verlustgrößen. Eine Gruppe von Studierenden beginnt ihr Studium in einem Semester. In den Folgesemestern wechseln einige von ihnen die

Hochschule, etliche vielleicht nur in eine benachbarte Stadt, andere in ein benachbartes Bundesland. Einige Studierende wiederum setzen das Studium von einer anderen Hochschule kommend fort und schließlich verlässt eine gewisse Zahl die Hochschule nach wenigen Semestern dauerhaft. So unter-

scheidet sich die Gruppe der Studierenden, die ihr Studium an einer Hochschule abschließt, oft deutlich von der Anfängergruppe.

Diese Schilderung ist Ausgangspunkt für eine Vielzahl von Fragestellungen, die sich mit Aspekten wie Studienerfolg, Studienabbruch, wechselaktiven Studierenden und der Anziehungs- oder Bindungskraft von Hochschulen oder Studienfächern beschäftigen. Um hierauf quantitative Antworten geben zu können, wurde bisher vorgeschlagen, entweder retrospektive Befragungen einer Studienanfängerkohorte (Studienanfängerjahrgang) durchzuführen oder eine momentan in Deutschland noch nicht vorhandene Studienverlaufsstatistik, die den Studienfortschritt jedes Studierenden erfasst, zu nutzen (Beck, 2007, S. 87). Als dritte Variante schlägt Beck, 2007 (S. 87) vor, einen Summenvergleich zwischen einer Studienanfängerkohorte aus der Studentenstatistik und den zugehörigen Absolventen aus der Prüfungsstatistik vorzunehmen.

Über einen umgekehrten Weg ermitteln Heublein et al. (2008) die Schwund- und Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen, indem sie einem bekannten Absolventenjahrgang eine mittels eines Schätzverfahrens generierte Anfängerkohorte gegenüberstellen. Ein solches Vorgehen stellt ebenfalls einen Summenvergleich mit dem Anspruch dar, die Kriterien für die Auswahl der korrespondierenden Studienanfängerzahl möglichst realistisch zu bestimmen.

Um den Studienerfolg von deutschen Studierenden mit Migrationshintergrund zu ermitteln, hat Weegen (2010) das Verfahren des Summenvergleichs so ausgeweitet, dass einer Absolventensumme mehrerer Jahrgänge die Anfängersumme einer gleichen Zahl von Jahrgängen gegenübergestellt wird. Die Anfängerjahrgänge starten dabei n Semester vor den Absolventenjahrgängen, wobei n der Median der Studiendauer ist. Das damit erhaltene Studienerfolgsniveau ist jedoch lediglich dazu geeignet, den Studienerfolg verschiedener Gruppen in relativer Position zu vergleichen.

Das Grundproblem aller dieser Ansätze ist bislang, dass sich die Anfängerkohorte von der Absolven-

tenkohorte aufgrund von Zu- und Abwanderungen – wie eingangs beschrieben – stark unterscheidet. Diese Wanderungsbewegungen können damit das Ergebnis von Summenvergleichen mehr oder weniger stark verzerren und werden je nach Autor unterschiedlich korrigiert.

Vor diesem Hintergrund betonen Heublein & Wolter (2011), dass gerade bei Aussagen über Studiendenschwund und Studienabbrecher sehr leicht eine schwierige Zusammenfassung von „...Fluktuation und Mobilität...“ vorgenommen werden kann. Berechnet man Angaben zum Erfolg im Hochschulsystem, ist daher immer zu bedenken, dass eine Fluktuation nicht notwendigerweise nur Studienabbrecher beinhalten muss. In einem solchen Fall wird im betrachteten Hochschulsystem lediglich keine erfolgreiche Prüfung festgestellt, wobei aber keine Aussage über einen beispielsweise möglichen Abschluss im Ausland getroffen werden kann. Diese Sichtweise ist bei Erfolgsquoten zielführend, da hier nur die von den Hochschulen selbst oder den Hochschulen eines Landes generierten Erfolge betrachtet werden sollen.

Um Erfolgsquoten vernünftig zu berechnen, muss jedoch zusätzlich die Mobilität von Studierenden (mithin die Wanderungsbewegung vor dem Ausscheiden aus dem Hochschulsystem) korrekt ermittelt werden. Hierzu konstatiert Willand (2007), dass sich die Wanderungsbewegungen von Studierenden entweder aufgrund der Angaben zum Studium im Vorsemester (die in der Studentenstatistik enthalten sind) oder aufgrund von Wechselbewegungen gegenüber der Ersteinschreibung abschätzen ließen. Für letzteres wird allerdings vorgeschlagen, die bisherige Studentenstatistik um das Studienfach bei der Ersteinschreibung zu ergänzen.

Die skizzierten Schwierigkeiten, Wanderungsbewegungen bei Summenvergleichen ausreichend zu berücksichtigen, sollen mit dem hier vorgestellten Verfahren umgangen werden. Entscheidend ist hierbei, dass quasi Bedingungen wie in einem Experiment nachgebildet werden, wo ein störender Faktor ausgeschlossen wird. Dieser störende Faktor umfasst die Zuwanderungen. Indem anhand des Merkmals des Ortes der Ersteinschreibung aber jede Zuwande-

rung bis auf die Ebene einer Hochschule kontrolliert werden kann, lassen sich über einen Differenzenfilter zeitlich vollständig aufgelöste Schwundbilanzen erzeugen und später für die Erfolgsquotenberechnung verwenden.

Systemtheoretische Grundlagen zur Abbildung von Studienverläufen mit der Studentenstatistik

Die Bilanzierung von Zu- und Abwanderungen im bayerischen Hochschulsystem

In diesem Aufsatz wird die Zahl der Studierenden in Bayern als ein System betrachtet, für das sich Zu- und Abwanderungen bilanzieren lassen. Das bayerische Hochschulsystem umfasst dabei alle Hochschulen des Freistaates. Für diese stellt die Studentenstatistik als Stichtagsstatistik eine Momentaufnahme zur Anzahl der Studierenden bereit. Neben Angaben zum Studienfach und zur angestrebten Abschlussprüfung werden für jeden Studierenden auch das Jahr, das Semester sowie die Hochschule der ersten Einschreibung erfasst. Diese Merkmale können zur eindeutigen Identifikation einer Kohorte von Studienanfängern verwendet werden. So wird bei der Erfolgsquotenschätzung des StBA (StBA, 2011) der Zeitpunkt der Ersteinschreibung genutzt, um einem Studienanfängerjahrgang die entsprechende Absolventenkohorte aus der Prüfungsstatistik gegenüberzustellen.

Die zu jedem Stichtag eines Wintersemesters (in Bayern ebenfalls eines Sommersemesters) verfügbaren Angaben zur Erstimmatrikulation können jedoch auch verwendet werden, um einen Anfängerjahrgang im gesamten Zeitverlauf seines Studiums an einer Hochschule oder im Hochschulsystem Bayerns zu verfolgen. Faktisch wird so eine fest definierte Anfängerkohorte über zeitlich aufeinanderfolgende Semester als Zustandsgröße beobachtet, wobei man deren Studienverlauf als Änderung von Zustandsgrößen auffasst (Abbildung 1). Aus systemtheoretischer Sicht sind dabei folgende zwei Aspekte bedeutsam, mit denen letztlich der Studienverlauf einer Kohorte von Erstimmatrikulierten analysiert werden kann:

1. Die Anfängerkohorte ist durch stabile Merkmale im Zeitverlauf – und damit zeitinvariante Merkmale – eindeutig definiert. Zwar können mit Hilfe dieser

zeitinvarianten Merkmale keine Studierenden als Individuen im Zeitverlauf beobachtet werden. Jedoch lässt sich der Bestand der Anfängerkohorte eindeutig nachvollziehen und es besteht die Möglichkeit,

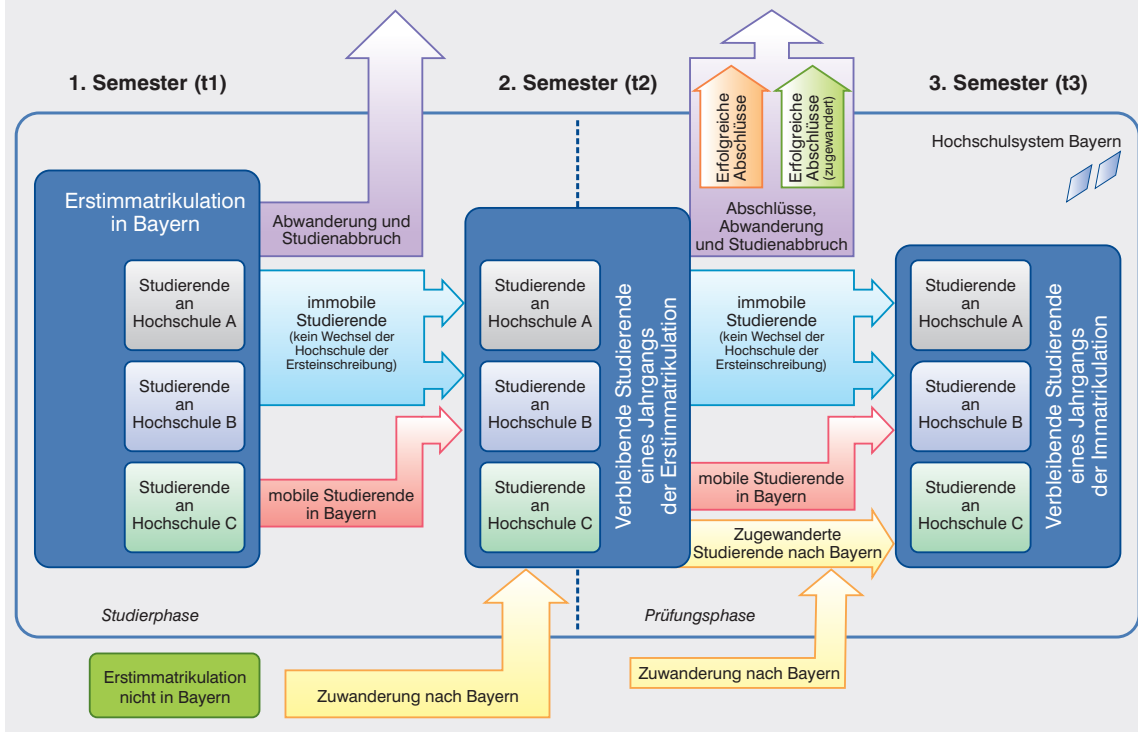
2. die Zu- und Abgänge in der definierten Studierendenkohorte genau zu bilanzieren. Die Differenz des Bestandes zwischen einem Semester und dem zeitlich unmittelbar vorhergehendem Semester ergibt dabei die Veränderungsbilanz oder die Summe aller Zu- und Abwanderungen. Berechnet man diese Änderungen zwischen den Zustandsgrößen im Zeitverlauf als Differenzen des Bestandes zwischen allen aufeinanderfolgenden Semestern t und $t-1$, so erhält man eine Differenzenfolge, die zeitreihenanalytisch als **Differenzenfilter** bezeichnet wird.

Im zeitreihenanalytischen Verständnis separiert ein Differenzenfilter den stabilen (Trend)Anteil einer Zeitreihe und stellt damit gezielt nur den Schwankungsanteil zwischen zwei Zeitpunkten dar. Überträgt man diese Sichtweise auf eine Systembetrachtung, so widerspiegeln die Differenzen (ΔZ) des Studierendenbestandes (Z) zwischen zwei jeweils aufeinanderfolgenden Semestern t und $t-1$ die Schwankungen im Studierendenbestand und somit die Summe aller Wanderungsbewegungen in den Studierendenbestand hinein und aus diesem heraus.

Abbildung 1 stellt in einem Überblick alle Wanderungsbewegungen dar, die einerseits in das System hineinführen (Zuwanderungen, auch Systeminput I) und ebenso aus dem System herausführen (Abwanderungen, auch Systemoutput O). Will man nun lediglich die Outputbilanz für das Gesamtsystem der Studierenden in Bayern erhalten, lässt sich der Effekt der Zuwanderung von Studierenden nach Bayern durch folgenden Ansatz kontrollieren: Die Kohorte der Erstimmatrikulierten wird zusätzlich zu Jahr (und Semester) der Ersteinschreibung fixiert. Damit wird methodisch das Problem der Zuwanderung von Studierenden nach Bayern separiert. Unter dieser Vor-aussetzung können alle Verluste zwischen dem Studierendenbestand zweier Semester als Systemoutput aus der Anfängerkohorte der Erstima-

Abb. 1

Schematische Darstellung der Veränderungsbilanz für eine Anfängerkohorte im Hochschulsystem in Bayern zwischen drei Semestern



trikultierten aus dem Hochschulsystem Bayerns aufgefasst werden. Diese lassen sich als Zustandsdifferenz wie folgt berechnen:

$$\Delta Z_t = Z_{t-1} - Z_t$$

(Gleichung 1)

Die hier getroffenen Aussagen beschreiben damit vollständig die Wanderungsbewegungen eines gegenüber Zuwanderung von außen abgekoppelten Hochschulsystems. Jede Zuwanderung nach Bayern – also von außerhalb des Systems – wird gesondert erfasst. Die hiermit verbundenen Zugewinne treten anfangs als negative Verluste in der Gesamtbilanz auf (siehe auch in Abbildung 4). Im Zeitverlauf wechseln die im Differenzenfilter enthaltenen Zustandsdifferenzen später in echte Verluste ($O_{BY\text{extern}}$) und lassen damit erkennen, wie die zugewanderten Studierenden das Hochschulsystem wieder verlassen. Die Verlustbilanz von Studierenden, die nicht in Bayern erstimmatrikuliert wurden, kann daher direkt mit den Verlustbilanzen aus der bayerischen Anfängerkohorte (O_{BY}) verrechnet

werden. Die realen, aus der Zuwanderung entstehenden, Verluste berechnen sich damit allein aus den positiven Zustandsdifferenzen.

$$O_{BY\text{extern}} = \sum_t (\text{Max}(\Delta Z_t, 0))$$

(Gleichung 2)

Damit wird der Systemoutput zusätzlich erhöht. Die Gesamtverluste (Gesamtoutput – O_{Ges}) ergeben sich demnach wie in Gleichung 3 ausgedrückt:

$$O_{\text{Ges}} = O_{BY\text{extern}} + O_{BY}$$

(Gleichung 3)

In Abbildung 1 sind zusätzlich die Wanderungen innerhalb des Hochschulsystems (wie ein Hochschulwechsel innerhalb Bayerns) eingetragen. Für die Erstellung der Gesamtbilanz müssen diese zwar zunächst nicht beachtet werden. Indem das Modell in Abbildung 1 jedoch um eine sogenannte immobile Kohorte erweitert wird, lässt sich zeigen, dass die Zuwanderung nicht nur auf der Ebene des Bundeslandes, sondern auch auf Hochschulebene kontro-

liert werden kann und die Studierendendifferenz zwischen zwei Semestern damit nur den Systemoutput ausweist.

Dazu werden, analog zur oben beschriebenen Herangehensweise für die gesamte Outputbilanz, die Wanderungsbewegungen innerhalb des Hochschulsystems Bayerns – und damit für das Teilsystem einzelner Hochschulen – wie folgt bilanziert: Für die Erstimmatrikulierten aus Bayern wird für jedes zeitlich folgende Semester festgehalten, ob sie sich weiterhin an der Hochschule der Ersteinschreibung (Hochschule der Ersteinschreibung = aktuelle Hochschule) befinden. Diese immobile Kohorte hat also bis zu einem betrachteten Zeitpunkt keinen Hochschulwechsel vollzogen. Für eine beispielhaft gewählte Anfängerkohorte aus dem WS 2000/01 galt dieser Zustand bis zum 4. Hochschulsemester für fast 95 % aller bayerischen Erstimmatrikulierten.

Aus der Zustandsdifferenz zwischen allen Erstimmatrikulierten und der Zustandsdifferenz der immobilen Kohorte ergibt sich eine mobile Kohorte, die innerhalb eines Teilsystems des bayerischen Hochschulsystems – nämlich zwischen verschiedenen bayerischen Hochschulen – wechselt.

Solange der Blick hierbei auf dem gesamten bayerischen Hochschulsystem verbleibt, kann der Output, also die Abwanderung aus dem bayerischen Hochschulsystem, ohne besondere Berücksichtigung der mobilen und immobilen Kohorte berechnet werden.

Für die Veränderungsbilanz im Teilsystem einer einzelnen Hochschule (oder Hochschulgruppe) wird der Wanderungsbetrag der mobilen Kohorte jedoch als zusätzliche Bilanzgröße benötigt. Indem über den Umweg einer immobilen Kohorte eine mobile, zwischen bayerischen Hochschulen wandernde Kohorte, bilanziert wird, kann die vollständige Zuwanderung nicht nur für das Gesamtsystem, sondern auch für jedes einzelne Teilsystem einer Hochschule erfasst werden.

Diese Möglichkeit einer Kontrolle der Zahl der hinzuwandernden Studierenden ist der Schlüssel dazu, den Bestand eines Studienanfängerjahrganges über

mehrere Semester als ein System ohne Einflüsse von außen zu betrachten. In einem solchen System widerspiegeln die Bestandsänderungen zwischen zwei Zeitpunkten tatsächlich nur noch die internen Wechselbewegungen und Verluste aus dem System. Über genau diesen Ansatz kann die Schwierigkeit der bisher von StBA und HIS durchgeführten Erfolgs- (oder Abbrecher-) quotenberechnung überwunden werden, Wanderungs- oder Wechselbewegungen durch ein externes Verfahren aufwendig abschätzen zu müssen.

Allerdings muss hierfür zunächst noch das folgende Problem betrachtet werden: Da sich die Wechselbewegung und die Abwanderung in den Zustandsdifferenzen zweier Teilsysteme überlagern können, muss in der theoretischen Betrachtung zwischen der Variante eines – gegenüber dem Gesamtsystem – ausgeglichenen und unausgeglichenen Teilsystems differenziert werden.

Die darauf aufbauende, korrekte Berücksichtigung des Wechsels von Studierendengruppen zwischen jeder Art eines Teilsystems für die Outputbilanzen wird in den folgenden beiden Kapiteln daher anhand der Erfolgsquotenberechnung am Beispiel eines Prüfungsgruppenwechsels (Teilsystem Prüfungsgruppen) veranschaulicht.

Bilanzierung von Wanderungen und Erfolgsquotenschätzung in ausgeglichenen Teilsystemen

In den bisherigen Ausführungen wurde beschrieben, wie sich die Zuwanderung in den Bestand einer Studienanfängerkohorte separieren lässt, so dass die Veränderung des Studierendenbestandes nur die Verluste aus dem Gesamtsystem und die internen Wechselbewegungen repräsentiert.

In diesem Abschnitt soll nun beschrieben werden, wie in einem derart eingeschränkten System, ohne Zuwanderung von außen, das Wechselverhalten allein über die Zustandsdifferenzen (ΔZ) zwischen zwei Semestern quantifiziert werden kann. Allerdings wird hierbei zuerst noch die wichtige Einschränkung vorgenommen, dass während einer Zuwanderung keine Verluste auftreten, also zunächst keine Abwanderung aus dem System erfolgt.

Für diesen einfacheren Fall soll folgendes Gedankenexperiment durchgeführt werden:

In einem Gefäß befinden sich weiße Kugeln. Alle in diesem ersten Gefäß befindlichen Kugeln werden zugleich in ein zweites leeres Gefäß und ein drittes mit roter Farbe geschüttet.

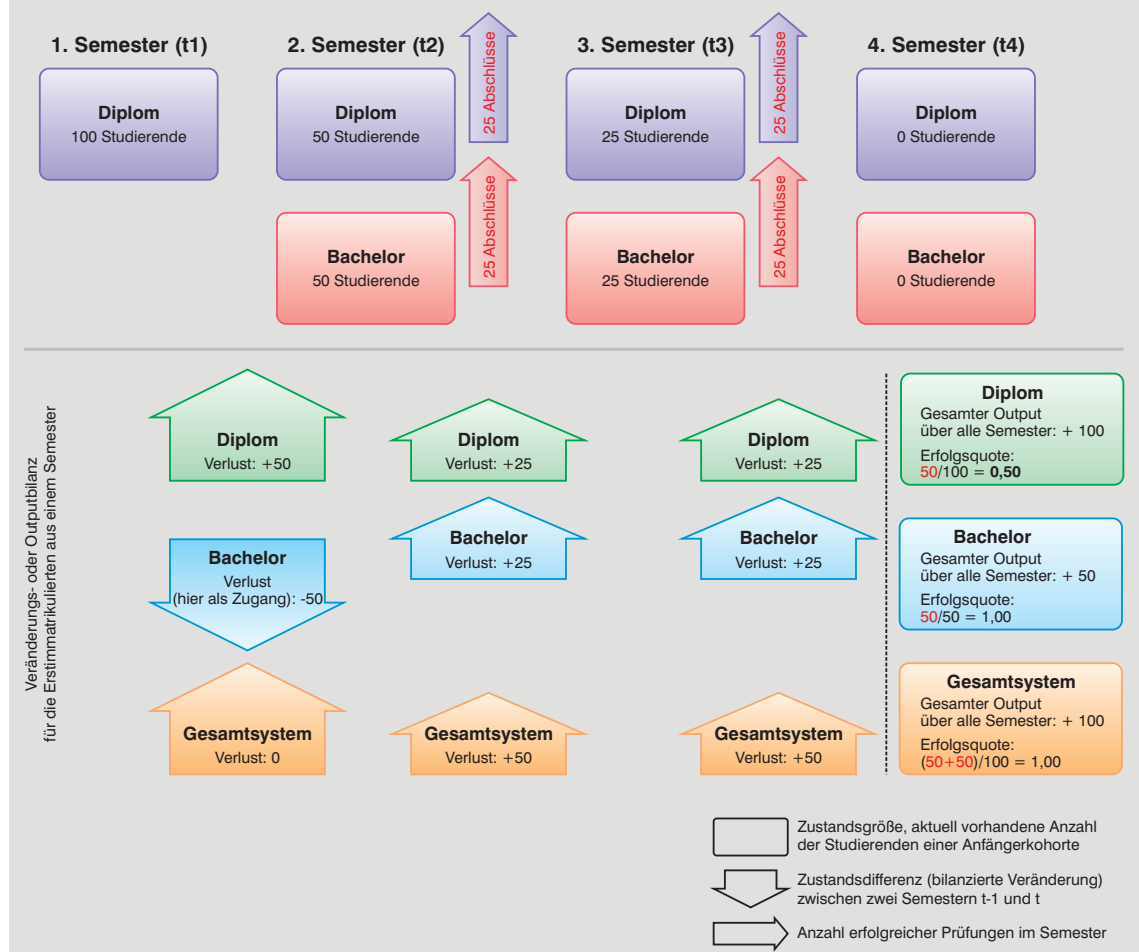
- 1 Wie viele weiße Kugeln sind verlorengegangen (also nicht mehr weiß), wenn man nur die Anzahl der verbleibenden weißen Kugeln zählt? Hier ist die Antwort einfach, die Anzahl ergibt sich aus der Differenz zwischen der Anzahl der Kugeln im zweiten und der im ersten Gefäß.
- 2 Wie viele rote Kugeln hat man nach dem Umschütten, wenn keine weißen Kugeln verloren gegangen sind? Auch hier ist die Antwort wieder einfach. Entweder, die Anzahl der roten Kugeln ist gleich dem Betrag der Differenz aus Antwort 1 (also die Anzahl

nicht mehr vorhandener weißer Kugeln) oder man zählt einfach die Anzahl der roten Kugeln selbst.

Dieses Gedankenexperiment ist trivial und lässt sich ohne Umstände auf ein Beispiel übertragen, das den Studienverlauf bei einem Wechsel der Abschlussart beschreibt (s. Abbildung 2). Von 100 Studierenden, die ein Diplomstudium begonnen haben, existieren im Folgesemester nur noch 50. Damit ergibt sich zwischen den Zeitpunkten t1 und t2 ein Verlust von 50 Diplomstudierenden. Gleichzeitig betrachtet man eine Gruppe von Bachelorstudierenden mit dem gleichen Jahr der Ersteinschreibung wie die Diplomstudenten. Im zweiten Semester tauchen plötzlich 50 Bachelorstudierende auf. Aus der Bestandsdifferenz zwischen dem Zeitpunkt t1 (Null Bachelorstudenten) und t2 (50 Bachelorstudenten) ergibt sich ein „Verlust“ von minus 50 Bachelorstudierenden, was mit

Schematisches Beispiel zur Abbildung der Veränderungsbilanz bei einem Prüfungsgruppenwechsel
Optimistisches Modell

Abb. 2



einem tatsächlichen Zugang durch Wechsel der angestrebten Abschlussart – und gleichzeitig einem Anfangsbestand – von 50 Studierenden gleichzusetzen ist (4. Zeile in Abbildung 2). Wichtig ist, dass zwischen dem ersten und dem zweiten Semester im Gesamtsystem keine Verluste auftreten. Die Zuwanderung ist ohnehin ausgeschlossen worden.

Im zweiten Semester sind insgesamt 100 Studierende vorhanden, von denen allerdings 50 die Abschlussart wechselten. Diese Annahme bedeutet eine Einschränkung des oben beschriebenen Gedankenexperiments, so dass während des Umschüttens keine Kugeln neben die Gefäße fallen. Damit wird hier zunächst der Sonderfall eines ausgeglichenen Gesamtsystems betrachtet, in dem während der Wechselbewegung keine Verluste nach außen auftreten und damit der Betrag aller durch Wechsel hervorgerufenen Verluste in einem einzelnen Teilsystem stets gleich dem Anfangsbestand in diesem Teilsystem, quasi also ausgeglichen, ist.

Um für ein solches ausgeglichenes Teilsystem Angaben zum Studienerfolg dieser Gruppe von 100 Studierenden zu treffen, ist in Abbildung 2 im oberen Teil (als Pfeil) die jeweilige Anzahl der erfolgreichen Prüfungen (= Abschlüsse) ab dem 3. Semester (t_3) eingetragen. Berechnet man die Erfolgsquote gegenüber dem Output, hat das Gesamtsystem bis zum Zeitpunkt t_3 (also bis zum dritten Semester) bei 50 Abschlüssen und gleichzeitig 50 verlorenen Studierenden eine Gesamteffektivität von 1 (entspricht 100 %), weil tatsächlich 50 Verlusten aus dem System auch 50 erfolgreiche Studierende gegenüberstehen.

Über die Erfolgsquote kann zum Zeitpunkt t_3 allerdings noch keine endgültige Aussage getroffen werden, da der zukünftige Prüfungserfolg der verbleibenden Studierenden zum Zeitpunkt t_3 nur in einem Intervall mit einer oberen und unteren Grenze geschätzt werden kann.

Angenommen, in einem weiteren fiktiven (und letzten) Semester wäre die Zahl aller Diplom- und Bachelor-Studierenden gleich null. Damit haben wiederum jeweils 25, insgesamt 50 Studierende, das Hochschulsystem verlassen. Im optimistischen Fall

nimmt man an, dass im 4. Semester ebenfalls nochmals 25 erfolgreiche Diplom- und Bachelorabschlüsse auftreten. Dann ergäbe sich eine endgültige Erfolgsquote von 0,5 für die Diplomstudierenden und 1 für die Bachelorstudierenden. Das Gesamtsystem wiese weiterhin die bereits genannte Erfolgsquote von 1 auf (Abb. 2).

Im pessimistischen Fall (Abb. 3) verlassen im fiktiven 4. Semester alle Studierenden das Hochschulsystem, allerdings alle verbleibenden Studierenden aus dem 3. Semester ohne Abschluss. In diesem Fall ergäbe sich eine endgültige Erfolgsquote von 0,25 für die Diplomstudierenden und 0,5 für die Bachelorstudierenden. Das Gesamtsystem wiese in diesem Fall auch nur eine Erfolgsquote von 0,5 auf.

Es ist also sinnvoll, die endgültige Erfolgsquote erst zu einem Zeitpunkt zu bestimmen, wenn nur noch sehr wenige Studierende der anfänglichen Erstimmatrikuliertenkohorte im Gesamtsystem verblieben sind oder der Verlauf der Abschlusswahrscheinlichkeit der verbleibenden Kohorte muss geschätzt werden. Diese Randbedingung wird auch in der Methodik zur Erfolgsquotenberechnung des StBA formuliert. Das StBA schätzt die Abschlusswahrscheinlichkeit für den Teil der noch im Hochschulsystem verbliebenen Studierenden mit einem polynomischen Regressionsansatz, der als „nicht unproblematisch“ (StBA (2011), S. 5) beschrieben wird, zudem inhaltlich schlecht zu begründen ist.¹

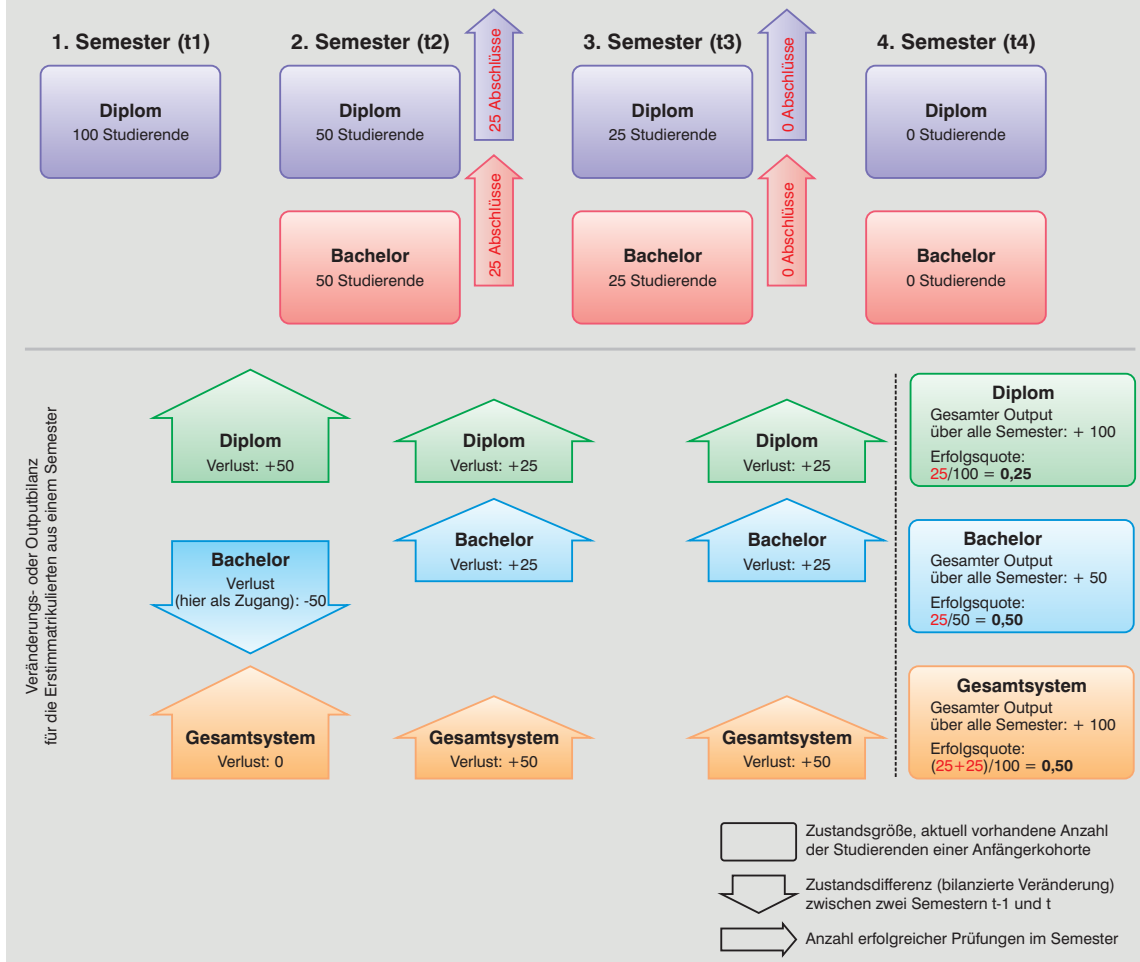
Notwendige Erweiterung für die Bilanzierung von Wanderungsbewegungen in unausgeglichenen Teilsystemen

Die Bilanz der Wanderungsbewegungen in dem im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen ausgeglichenen Teilsystem kann die an den Hochschulen beobachtete Realität nicht ausreichend wiedergeben. Von entscheidender Bedeutung ist dabei, dass leicht Situationen auftreten können, wo der Wechsel von Studierenden zwischen Teilsystemen (= interne Wanderung) und gleichzeitige Abwanderungen zusammenfallen. Allein aus der Bestandsdifferenz zwischen zwei Zeitpunkten kann dann nicht abgelesen werden, welcher Anteil dem Wechsel und welcher der Abwanderung zuzuordnen ist.

¹ Alternativ könnten bei Anwendung des hier beschriebenen Verfahrens der Erfolgsquotenberechnung aber die Abschlüsse und der Gesamtoutput aus dem Hochschulsystem einfacher über die Zeitachse fortgeschrieben werden. Dann böte sich für die Vorwärtsprogression des Gesamtoutputs und der zukünftigen erfolgreichen Abschlüsse eine Exponentialfunktion an, die die Abnahme der Studierendenkohorte als Zerfall modelliert und damit auch eine plausible Modellannahme darstellen würde. Eine exponentielle Regression würde auch mit nur wenigen Stützstellen inhaltlich vernünftig interpretierbare Ergebnisse liefern. Zudem ist es ohnehin nicht erforderlich, die beiden Bilanzgrößen Gesamtoutput und Abschlüsse fortzuschreiben (oder zu erfassen), bis keine Studierenden der Anfangskohorte mehr im Hochschulsystem enthalten ist. Analog zur optimistischen und pessimistischen Schätzung in Abbildung 2 und 3 lässt sich zeigen, dass bei nur noch 10 % verbliebenen Studierenden die Erfolgsquote in einem Genauigkeitsintervall von $\pm 10\%$ und bei nur noch 1 % verbliebenen Studierenden die Erfolgsquote in einem Genauigkeitsintervall von $\pm 1\%$ ermittelt werden kann. Je nach tolerierter Ungenauigkeit kann damit die Vorwärtsprogression auch zeitiger beendet werden.

Schematisches Beispiel zur Abbildung der Veränderungsbilanz bei einem Prüfungsgruppenwechsel Pessimistisches Modell

Abb. 3



Tatsächlich ist eine Aussage über Verluste, die zeitgleich mit einem systeminternen Wechsel der Abschlussart erfolgen, nicht für einzelne Zeitschritte selbst möglich. Jedoch können die während einer solchen internen Zuwanderung aufgetretenen Verluste als Summe über die realisierte Zeitachse berechnet werden.

Wichtig ist hierbei nochmals, dass durch den Ansatz, die Zuwanderung „von außen“ in das Hochschulsystem zu kontrollieren, nur echte Verluste und systeminterne Wechsel beobachtet werden können. In einem System ohne externe Zuwanderung gilt aber, dass jedweder (positive) Zugewinn in einem Teilsystem durch einen internen Wechsel im Gesamtsystem hervorgerufen wird. Dabei wird ein Zugewinn durch eine negative Zustandsdifferenz ΔZ_t ausgedrückt.

Im Gesamtsystem tritt dagegen kein Wechsel auf. Alle Zustandsdifferenzen sind eindeutig als Verluste definiert. Das Gesamtsystem kann daher auch als ausgeglichenes System beschrieben werden, da der Anfangsbestand an Studierenden (B_{Anfang}) vollständig das System verlässt. Das ist gleichbedeutend mit den maximal möglichen Verlusten (V_{Max}), somit ergibt die Summe aller Zustandsdifferenzen auch alle bislang beobachtbaren Verluste. Um die Studierenden auch aus dem letzten beobachteten Zeitschritt aus dem System zu entlassen, wird dieser Restbestand (R_{Ende}) ebenfalls noch entfernt, wie es ebenfalls in Bild 2 für die optimistische Modellannahme beschrieben ist. In einem derart ausgeglichenen System gilt:

$$B_{\text{Anfang}} = \sum_t (\Delta Z_t) + R_{\text{Ende}} = V_{\text{Max}}$$

(Gleichung 4)

In einem Teilsystem kann es dagegen vorkommen, dass die Verluste aus der Summe der positiven Zustandsdifferenzen (nur diese repräsentieren beobachtbare Verluste) und dem Restbestand den Betrag der Anfangskohorte übersteigen. Dieser Fall tritt nämlich genau dann ein, wenn sich Verluste und systeminterne Wechsel in den Zustandsdifferenzen überlagern. Hier gilt dann:

$$B_{\text{Anfang}} < \sum_t \text{Max}(\Delta Z_t, 0) + R_{\text{Ende}} \quad (\text{Gleichung 5})$$

In einem solchen Teilsystem bedeutet eine positive Zustandsdifferenz zwischen $t-1$ und t (Wert in t kleiner als in $t-1$), dass zwar einige Studierende das System verlassen, dieser Verlust aber durch in das System wechselnde Studierende teilweise aufgehoben werden kann. Insgesamt überwiegen jedoch die abwandernden Studierenden. (Es ist jedoch auch eine Situation vorstellbar, wo sich Verlust und Hinzuwechsel von Studierenden aufheben und die Zustandsdifferenz Null beträgt.)

Daher kann in einem nicht ausgeglichenen Teilsystem wie in Gleichung 5 die Summe der beobachteten Verluste nicht alle tatsächlich realisierten Verluste abbilden. Diese Differenz ε zwischen den beobachteten und den tatsächlichen Verlusten gilt es, zu finden.

Dazu soll der Blick zunächst wieder auf das Gesamtsystem gerichtet werden. Die Zahl der maximal möglichen Prüfungen (P_{Max}) kann wie in Abbildung 2 ermittelt werden, wenn zu den bereits abgelegten Prüfungen $\sum_t (P_t)$ der Kohorte noch der Restbestand der Studierenden im letzten Semester addiert wird. Damit wird unterstellt, dass alle Studierenden aus dem Restbestand noch eine erfolgreiche Prüfung ablegen könnten (Optimistisches Modell in Abb. 2).

$$P_{\text{Max}} = \sum_t (P_t) + R_{\text{Ende}} \quad (\text{Gleichung 6})$$

Um nun im Gesamtsystem eine Erfolgsquote von 1 zu erhalten (Zahl der Prüfungen ist gleich Zahl der Verluste), müssen genau so viele Studierende das Hochschulsystem verlassen haben wie P_{Max} . Weiter gedacht heißt das, dass alle über die Zahl der maxi-

mal möglichen Prüfung gehenden Verluste aus dem System tatsächlich die Zahl der nichterfolgreichen Studenten (N) repräsentieren.

$$N = V_{\text{Max}} - P_{\text{Max}} \quad (\text{Gleichung 7})$$

Im unausgegliehenen Teilsystem tritt aber durch zusätzliche Wechselbewegungen (z. B. Studierende wechseln in ein Bachelorstudium) folgendes Phänomen auf: Da sich Verluste und interne Zuwanderung überlagern, können in den Zustandsdifferenzen nur unvollständige Verluste beobachtet werden. Diese beobachteten Verluste V_{beob} sind alle positiven Zustandsdifferenzen.

In solch einem unausgegliehenen Fall ist die Zahl der maximal möglichen Prüfungen (P_{Max}) höher als die beobachteten Verluste und der Restbestand an Studierenden und würde damit unsinnigerweise eine Erfolgsquote größer als Eins ergeben. Wegen der Überlagerung von Verlust und interner Zuwanderung kann damit das Teilsystem noch nicht einmal eine Erfolgsquote von 1 erreichen, da die Differenz zwischen den beobachteten und den tatsächlichen Verlusten fehlt, die ε entspricht. Diese fehlenden Verluste können für den Fall einer Erfolgsquote von 1 jedoch nach Gleichung 6 ermittelt werden.

$$\varepsilon = P_{\text{Max}} - \sum_t (\text{Max}(\Delta Z_t, 0)) + R_{\text{Ende}} \quad (\text{Gleichung 8})$$

Ist ε positiv, sind die bis dahin beobachteten Verluste V_{beob} unvollständig und müssen zusätzlich noch um ε ergänzt werden. Ist ε dagegen negativ, wurden trotz der Überlagerung von Verlust und interner Zuwanderung bereits einige Verluste mehr realisiert, als für eine Mindest Erfolgsquote von 1 notwendig wären.

Aus dem Vergleich mit dem Verhalten des Gesamtsystems wird nun deutlich, dass dann überhaupt keine systeminterne Zuwanderung aufgetreten ist, wenn alle Zustandsdifferenzen ΔZ_t positiv sind, also:

$$\sum_t (\Delta Z_t) = \sum_t (\text{Max}(\Delta Z_t, 0)) \quad (\text{Gleichung 9})$$

Nur in einem solchen Fall ist wie im Gesamtsystem der Wert ε aus Gleichung 8 gleich der tatsächlichen Zahl der nicht erfolgreichen Studenten (N) aus dem betrachteten Teilsystem.

Führt man die gerade beschriebenen Gedankengänge für ein Teilsystem fort, wird deutlich, dass die in den negativen Zustandsdifferenzen $\sum_t (\text{Min}(\Delta Z_t, 0))$ ausgedrückten internen Wechsler schließlich auch noch das Teilsystem verlassen müssen, damit die maximal möglichen Verluste (V_{Max}) realisiert werden.

Da in dem Wert für ε (Gleichung 8) die zu P_{Max} fehlenden oder überschüssigen Verluste ausgedrückt werden, gilt damit in einem unausgeglichenes Teilsystem für die maximal möglichen Verluste (V_{Max})

$$V_{\text{Max}} = \sum_t (\text{Max}(\Delta Z_t, 0) + R_{\text{Ende}} + \varepsilon - \sum_t (\text{Min}(\Delta Z_t, 0)))$$

(Gleichung 10)

In der Rückschau auf das Gesamtsystem, in dem keine systeminternen Wechsel (und keine Zuwanderung von außen) auftreten, wird deutlich, dass Gleichung 10 verkürzt wie Gleichung 4 geschrieben werden kann, da jeder systeminterne Wechsel ausgeschlossen ist und damit ε wie auch $\sum_t (\text{Min}(\Delta Z_t, 0))$ gleich Null sind.

Da in Gleichung 6 unterstellt wurde, dass die größtmögliche Anzahl von Prüfungen erreicht wird, indem alle Studierenden aus dem Restbestand noch eine erfolgreiche Prüfung ablegen würden, kann eine Erfolgsquote mit diesem Ansatz zunächst nur als eine obere und untere Grenze angegeben werden. Gleichung 6 beschreibt dabei die obere Grenze für eine optimistische Modellannahme ähnlich wie in Abbildung 2. Werden die Studierenden aus dem Restbestand (R_{Ende}) nicht zur Zahl der maximal möglichen Prüfungen gezählt, ergibt sich das P_{Max} für die untere Grenze der Erfolgsquote gemäß einer pessimistischen Modellannahme ähnlich wie in Abbildung 3. Eine bessere Schätzung der Erfolgsquote kann man nur erhalten, wenn man zusätzlich nach einem Verfahren sucht, die Erfolgswahrscheinlichkeit für den Restbestand an Studierenden zu ermitteln. Hierzu bietet es sich an, die untere Grenze der Erfolgsquote – also die mindestens mögliche Erfolgsquote – zu

verwenden und diese als Abschlusswahrscheinlichkeit für den Restbestand an Studierenden (R_{Ende}) anzusetzen. Dieses Verfahren wird in den Beispielrechnungen im folgenden Kapitel gewählt.

Mit dem hier gezeigten Ansatz, die Verlustbilanz auch für ein unausgeglichenes Teilsystem mit internen Wechseln berechnen zu können, ist damit der Weg für eine Erfolgsquotenberechnung in unterschiedlicher fachlicher Tiefe geebnet.

Studienerfolg für die Studienanfängerkohorte des WS 2000/01 im Hochschulsystem Bayern

Um den Studienerfolg an Hochschulen ermitteln zu können, wird einerseits die Zahl der Studierenden einer Anfängerkohorte benötigt, die das Hochschulsystem tatsächlich verlassen. Diese Zahl kann mit den im vorigen Kapitel vorgestellten Wanderungsbilanzen zeitlich voll aufgelöst für jedes Semester erhalten werden.

Zusätzlich wird die Zahl der Absolventen benötigt, die als erfolgreich abgelegte Prüfungen in der Prüfungsstatistik erfasst werden. Anders als in der Studentenstatistik, sind in den sogenannten „kurzen Datensätzen der Prüfungsstatistik“ jedoch weder Angaben zum Zeitpunkt noch zur Hochschule der Erstein-schreibung verzeichnet. Diese werden von der amtlichen Statistik zwar durch eine Zusammenführung von Daten der Studentenstatistik mit der Prüfungsstatistik ergänzt. Diese Zusammenführung gelingt jedoch aus verschiedenen Gründen, wie fehlerhaften Verknüpfungsmerkmalen, nur in etwa 80–90 % der Fälle der Prüfungsstatistik.

Um die Zahl der Absolventen einer Anfängerkohorte trotzdem so gut wie möglich zu bestimmen, wurde daher die Zahl aller erfolgreichen Absolventen aus einem Anfängerjahrgang so aufgeschätzt, dass die Zahl der fehlenden Prüfungen anhand der Verteilung von Prüfungsfällen ohne bekannte Angabe der Erstimmatrikulation approximiert wurde. Das hierbei angewandte Verfahren ist im Info-Kasten Seite 296 beschrieben.

Um zu zeigen, welches Potenzial einer bilanzorientierten Erfolgsquotenschätzung innewohnt, wer-



Aufschätzung der Abschlüsse

Um die Zahl der tatsächlichen Erstabschlüsse einer Alterskohorte zu bestimmen, wurde folgender Weg beschritten: Da die Abschlussart in der Prüfungsstatistik bekannt ist, wurden zunächst alle Erstabschlüsse in einem Berichtsemester gezählt, für die keine Angaben zur Erstimmatrikulation vorlagen ($P_{\text{Immatrikulation_unbekannt}}$). In einem zweiten Schritt wurde der bekannte Anteil (A_{Kohorte}) für die definierte Anfängerkohorte (P_{Kohorte}) an allen in der Prüfungsstatistik eines Semesters gemeldeten Prüfungen (P_{Gesamt}) bestimmt.

$$A_{\text{Kohorte}} = P_{\text{Kohorte}} / P_{\text{Gesamt}}$$

Der aufgerundete Wert aus dem Produkt des Anteils der Anfängerkohorte im Berichtsemester und der Zahl von Prüfungen ohne Angabe zur Erstimmatrikulation ergab den Aufschätzbetrag an Prüfungen (P).

$$P = A_{\text{Kohorte}} * P_{\text{Immatrikulation_unbekannt}}$$

Um diesen Aufschätzbetrag P wurde die Zahl der bekannten Prüfungen der Anfängerkohorte in einem Berichtsemester erhöht.

$$P_{\text{geschätzt}} = P_{\text{Kohorte}} + P$$

Für die Darstellung in Abbildung 4 wurde die Zahl der Prüfungen aus dem Berichtsemester zusätzlich um ein Semester vorwärts verschoben. Diese Verschiebung um +1 Semester bewirkt, dass die erfolgreichen Prüfungen deckungsgleich zu dem Semester liegen, in dem die Verluste aus der Wanderungsbilanz berechnet wurden. Anders ausgedrückt werden die Prüfungserfolge damit erst in dem Semester verrechnet, in dem auch der Output bilanziert wird.

den erste Ergebnisse des Verfahrens für Bayern zunächst anhand der gesamten Kohorte der Erstimmatrikulierten aus dem Wintersemester 2000/01 berechnet. In einem zweiten Beispiel wird zusätzlich die Erfolgsquote für die Bachelorstudierenden aus derselben Anfängerkohorte geschätzt.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden hierbei, analog zum Vorgehen des StBA bei der Erfolgsquotenschätzung, nur Studierende, die einen ersten Studienabschluss anstreben, in die Auswertung einbezogen. Studierende in einem konsekutiven Masterstudiengang wurden dabei ebenso ausgeschlossen wie Studierende, die keinen Abschluss anstreben sowie zusätzlich alle Studierenden mit einer im Ausland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung. Die letztere Gruppe wurde wie im Ansatz des StBA ausgeschlossen, da diese Studierenden zumeist nur einen Gastaufenthalt in Deutschland ohne Abschluss absolvieren und folglich die Erfolgsquote nach unten verzerren würden.

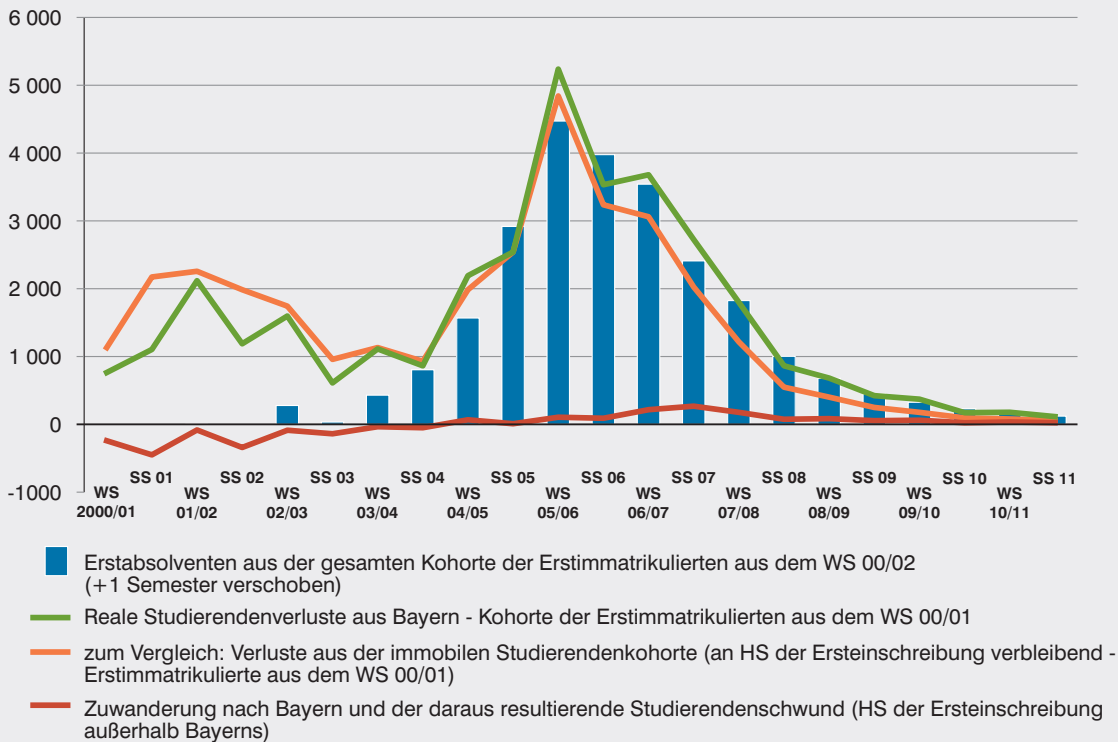
Die Verluste sind jeweils für das Semester angegeben, nach dem die Studierenden das Hochschulsystem verlassen.

Beispiel 1: Abbildung 4 stellt für die Studienanfängerkohorte aus dem WS 2000/01 die berechneten Bilanzgrößen im Zeitverlauf für das Hochschulsystem in Bayern dar. Dabei ist das Diagramm so angelegt, dass alle Größen als Verluste eingezeichnet sind. Die negativen Verluste für die Zuwanderung nach Bayern bis zum Sommersemester 2004 stellen daher effektiv Zuwanderungen dar.

In Abbildung 4 wird deutlich, dass es in den ersten Semestern nach Studienbeginn eine recht gut erkennbare Abwanderung von Studierenden gibt. Vor allem nach dem WS 2001/02 und nach dem WS 2002/04 verlassen etliche Studierende das bayrische Hochschulsystem. Parallel dazu fällt auf, dass die Verluste aus der immobilen Kohorte, also jenen Studierenden, die an der Hochschule der Erstein-

Studienanfängerjahrgang des WS 2000/01 - Verlauf der Verlustgrößen* für das Hochschulsystem in Bayern und geschätzte erfolgreiche Abschlüsse

Abb. 4



* Die Verluste sind jeweils für das Semester angegeben, nach dem die Studierenden das Hochschulsystem verlassen.

schreibung verbleiben, nach dem Sommersemester 2001 und nach dem Sommersemester 2002 recht hoch ausfallen, die Gesamtverluste aus dem bayerischen Hochschulsystem aber nicht ähnlich groß sind. Dieser Effekt widerspiegelt, wie die Studierenden jeweils nach dem Sommersemester die Hochschule wechseln. Der Abstand zwischen den Verlusten aus der immobilien Studierendenkohorte und den realen Studierendenverlusten entspricht dem Teil der Hochschulwechsler in Bayern. Dieses Bild wird dadurch unterstrichen, dass die nach Bayern wechselnden Studierenden ebenfalls aus einem jeweiligen Sommersemester stammen und im folgenden Wintersemester ihr Studium in Bayern fortsetzen.

Die Verluste aus dem bayerischen Hochschulsystem beginnen etwa ab dem Sommersemester 2004 kräftig anzusteigen. Hier beginnt die Abschlussphase für die Studierenden aus der Anfängerkohorte des WS 2000/01. Die meisten Prüfungen werden im 10. Semester abgelegt. Da die Darstellung der er-

folgreichen Abschlüsse in Abbildung 4 um ein Semester vorwärts verschoben wurde, ist dieses Maximum an Abschlüssen in Bild 4 erst im WS 2005/06 erkennbar. Danach fällt die Zahl der Abschlüsse wieder stetig ab und mit ihr die Zahl der Verluste.

Auffällig ist gerade in der Prüfungsphase ab dem Sommersemester 2004, dass zwischen der Zahl der abgelegten Prüfungen und den Verlusten aus dem Hochschulsystem kaum noch eine Differenz besteht. Dieses Bild ist insofern plausibel, als dass Abwanderungen aus dem Hochschulsystem vor allem in der frühen Studierphase stattfinden. Dabei müssen die Abwanderungen nicht notwendigerweise Studienabbrüche darstellen. Vielmehr dürfte sich hinter diesem Effekt eine nicht unerhebliche Zahl von Studierenden verbergen, die ihr Studium an einer anderen Hochschule außerhalb Bayerns fortsetzen. Im Gegenzug ist aber auch eine Zuwanderung von Studierenden nach Bayern zu beobachten, deren Output in die bayerische Erfolgsbilanz eingeht.

Anhand der Wanderungs- und Verlustbilanz aus Abbildung 4 kann nun die Erfolgsquote für die Anfängerkohorte des WS 2000/01 berechnet werden. Definitionsgemäß werden hierbei die erfolgreichen Abschlüsse an den realen Gesamtverlusten aus Bayern gemessen.

Dabei ergibt sich bis zum aktuellen zeitlichen Rand (Studentenstatistik bis zum Sommersemester 2011) ein Gesamtverlust von 33 868 Studierenden aus der Anfängerkohorte. Davon lassen sich 1 288 Verluste aus der Kohorte der nach Bayern zugewanderten Studierenden beobachten. Diesem Verlust stehen hochgeschätzte 25 244 erfolgreiche Erstprüfungen aus der Gesamtkohorte bis zum Wintersemester 2010/11 gegenüber. Damit lässt sich für das bayerische Hochschulsystem bis zum Sommersemester 2011 eine Studienerfolgsquote von 74,54 % schätzen. Der tatsächliche Wert wird in einem Bereich von 73,15 und 75,01 % liegen, da 641 Studierende aus der Anfängerkohorte das bayerische Hochschulsystem noch nicht verlassen haben. Nimmt man allerdings an, dass von den (gerade erwähnten) verbliebenen 641 Studierenden mindestens noch 73,15 % eine erfolgreiche Prüfung ablegen werden, würde sich letztendlich eine dann endgültige Erfolgsquote von 74,51 % ergeben.

Dem Wert von 74,54 % steht eine Erfolgsquote von 77,8 % gegenüber, die das StBA für den gesamten Studienanfängerjahrgang des Jahres 2000 (StBA, 2001, S. 10) angibt. Dieser Wert des StBA basiert auf einer Erfolgsquotenschätzung, bei der die Prüfungsstatistik bis zum Ende des Prüfungsjahres 2009 einbezogen worden ist.

An dieser Stelle soll noch einmal darauf hingewiesen werden, dass bei einer Erfolgsquotenberechnung für das bayerische Hochschulsystem nur die in Bayern abgelegten Abschlüsse gezählt werden. Bei der hier verfolgten Sichtweise wird damit genauso verfahren, wie es das StBA in seinem bisher praktizierten Ansatz vorschlägt: „Wenn also ein Student sein Studium bspw. in Hessen begonnen hat, dann während des Studiums nach Sachsen wechselt und dort sein Studium erfolgreich beendet, geht er als Studienanfänger und als Absolvent in Sachsen ein ...“ (StBA, 2001, S. 4). Deshalb schließt das

hier vorgestellte Verfahren für die Berechnung der Erfolgsquoten auch ausdrücklich die Studierenden als Output ein, die aus der Zuwanderung nach Bayern resultieren. Diese dürften allerdings im Schätzansatz des StBA in abweichender Zahl berücksichtigt worden sein. Diejenigen Studierenden, die aus Bayern abwandern, können jedoch unabhängig vom weiteren Studienverlauf nicht als Erfolg gewertet werden.

Beispiel 2: Die Erfolgsquote für die Bachelorstudierenden der Studienanfängerkohorte aus dem WS 2000/01 muss nach dem skizzierten Ansatz für unausgeglichene Teilsysteme geschätzt werden. Hierfür wurden die wie in Beispiel 1 eingeschränkten Studierenden mit einer Ersteinschreibung im WS 2000/01 ausgewählt, allerdings nur jene, die im 1. oder 2. Studiengang einen Bachelorabschluss anstreben. Zusätzlich wurden die Bachelorstudierenden der Fächer Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg ausgeschlossen, da für diese in einigen Semestern im Rahmen eines „Huckepack“-Bachelors zwar erfolgreiche Abschlüsse, jedoch keine zugehörigen Bachelorstudierenden in der Studentenstatistik gemeldet wurden.

Zu Beginn des WS 2000/01 waren in Bayern insgesamt 423 Bachelorstudierende ersteingeschrieben. Die bilanzierbaren Verluste aus dieser Anfängerkohorte beliefen sich bis zum Sommer-Semester 2011 auf 649 Bachelorstudierende, davon 137 Studierende, welche noch im WS 2011 studierten und das Hochschulsystem daher noch verlassen müssen. Da im WS 2010/11 jedoch bereits 746 Abschlüsse (609 beobachtete und zusätzlich 137 mögliche Prüfungen für den Restbestand) hätten realisiert werden müssen, ergibt sich ein unausgeglichener Bilanzteil von 97 Verlusten, die in den Zustandsdifferenzen verdeckt waren.

Zu den daher mindestens realisierten Verlusten von 746 Studierenden aus der Anfängerkohorte mit bayerischer Ersteinschreibung müssen noch jene 226 Studierenden gezählt werden, die in den ΔZ_t als negative Zustandsdifferenzen auftraten und damit in ein Bachelorstudium wechselten und aus diesem auch wieder entlassen werden müssen. Damit ste-

hen im Teilsystem der Studierenden mit bayerischer Ersteinschreibung insgesamt 746 erfolgreichen Absolventen 972 Verluste gegenüber. Daraus ergibt sich zunächst eine Erfolgsquote von 76,75%. Im letzten Schritt werden jedoch noch die Studierendenverluste aus der Kohorte der nach Bayern zugewanderten Studierenden gezählt. Hier ergeben sich insgesamt 87 mögliche Verluste, davon haben beobachtet bereits 39 Studierende das bayerische Hochschulsystem verlassen und 48 müssen dies als verbliebener Restbestand noch tun.

Für das gesamte bayerische Hochschulsystem ergeben sich damit maximal mögliche Verluste von 1059 Bachelorstudierenden, denen 860 maximal mögliche Abschlüsse gegenüberstehen. Damit erhält man eine obere Grenze für die Erfolgsquote von 81,21%. Unter der pessimistischen Annahme, dass kein Studierender aus dem Restbestand mehr abschließt, liegt die untere Grenze der Erfolgsquote bei 63,74%. Nimmt man dagegen nicht ganz unrealistisch an, dass noch mindestens 63,74% der verblieben Studierenden (aus dem Restbestand) einen Abschluss erhalten, lässt sich eine endgültige Erfolgsquote von 74,87% schätzen.

Mit diesen beiden Beispielen wird deutlich, dass über den Ansatz unausgeglichener Teilsysteme eine Erfolgsquotenschätzung für unterschiedliche fachliche Gliederungen in einem Hochschulsystem durchführbar ist.

Fazit

Der vorliegende Beitrag nähert sich dem Problem einer Erfolgsquotenschätzung mit den Daten der amtlichen Studenten- und Prüfungsstatistik auf einem systemtheoretischen Weg. Die zentrale Idee ist hierbei, die Veränderung des Studierendenbestandes zwischen zwei Semestern zu nutzen, um Aussagen über den Teil der Studierenden zu treffen, die das Hochschulsystem verlassen. Damit ist der Ansatz prädestiniert für Länder, in denen, wie in Bayern, im Wintersemester und im Sommersemester alle Studierenden erfasst werden.

Um den Studienerfolg zu messen, wird beobachtet, wie eine Kohorte von Studienanfängern sukzessive

wieder aus dem Hochschulsystem ausscheidet. Parallel hierzu werden die erfolgreichen Prüfungen aus dieser Kohorte gezählt und als Indikator für den Studienerfolg gewertet.

Um das sukzessive Ausscheiden aus dem Hochschulsystem korrekt zu erfassen, wird dargelegt, wie sich die Zahl der zuvor in die Anfängerkohorte zugewanderten Studierenden separieren lässt. Indem diese zusätzliche Betrachtungsweise eingeführt wird, können die zwischen zwei Semestern auftretenden Differenzen des Studierendenbestandes eindeutig als Verluste aus dem Hochschulsystem berechnet werden. Zusätzlich wird ein Ansatz diskutiert, mit dem sich die Zahl der ausscheidenden Studierenden auch dann bestimmen lässt, wenn diese während des Studiums ihr Abschlussziel verändern.

Durch die mittels des beschriebenen Verfahrens erzeugten Differenzenfilter können zeitlich voll aufgelöste Schwundbilanzen für ausgewählte Studienanfängerkohorten bis auf der Ebene einzelner Hochschulen ermittelt werden. Das Wechselverhalten der Studierenden dieser Anfängerkohorte zwischen verschiedenen Abschlussarten oder Studienfächern kann ebenfalls bilanziert werden, jedoch nicht in voller zeitlicher Auflösung. Damit stellt der hier dargelegte Ansatz eine methodische Erweiterung der bisherigen Erfolgsquotenberechnung durch das StBA dar und ergänzt ebenfalls die Schwundquotenberechnung durch die HIS-GmbH. Gleichwohl wird damit das Bestreben, für hochschulstatistische Fragestellungen in naher Zukunft wieder eine Studienverlaufsstatistik nutzen zu können, keineswegs obsolet. Zum einen sind die Schätzungen zur vollständigen Zahl der Absolventen bei einer individuellen Studienverlaufsanalyse dann nicht mehr erforderlich. Zum anderen ergeben sich aus der Möglichkeit, die Erfolgsquoten einzelner Anfängerkohorten berechnen zu können, typische bildungsrelevante Fragestellungen. Hierzu zählen der Einfluss der sozialen Herkunft oder des Geschlechts auf das Bildungsverhalten sowie eine umfassende Beurteilung des Erfolgs der Bildungsreformen. Antworten hierfür lassen sich aber ausschließlich über multivariate Analysen auf der Basis von Studienverlaufsdaten beantworten.

Literatur

- Beck, M. (2007), Erfolgsquoten deutscher Hochschulen. Statistik und Wissenschaft, 11/2007, S. 84–103.
- Heublein, U./Schmelzer, R./Sommer, D./Wank, J. (2008), Die Entwicklung der Schwund- und Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen. Statistische Berechnungen auf der Basis des Absolventenjahrgangs 2006. Projektbericht. HIS Hochschul-Informationssystem GmbH.
- Heublein, U./Wolter, A. (2011), Studienabbruch in Deutschland – Definition, Häufigkeit, Ursachen, Maßnahmen. Zeitschrift für Pädagogik, 2/2011, S. 214–236.
- StBA (2011), Erfolgsquoten 2009. Berechnung für die Studienanfängerjahrgänge 1997 bis 2001. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2011.
- Weegen, M. (2010), Ein Beitrag zum Studienerfolg von deutschen Studierenden mit Migrationshintergrund. Studie gefördert durch das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (MIWFT), Essen. <http://www.uni-due.de/isa/studie.pdf>
- Willand, I. (2007), Studienverlaufsanalysen: Informationsbedarf und Datenverfügbarkeit. Wirtschaft und Statistik, 11/2007, S. 1072–1078.

Datenangebot und Datenzugangswege des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung

Dr. Simone Wagner

Die Daten der amtlichen Statistik sind für Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit für planerische Zwecke und zur Beurteilung der Wirkung von Maßnahmen von herausragender Bedeutung. Daher wurde die Informationsaufgabe der amtlichen Statistik auch gesetzlich im Bundesstatistikgesetz verankert. Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ist fortwährend bemüht, diesem Informationsauftrag gerecht zu werden und seine Daten der breiten Öffentlichkeit unter Wahrung des Statistikgeheimnisses zur Verfügung zu stellen. Dieser Beitrag stellt daher das Datenangebot des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung sowie die unterschiedlichen Zugangswege zu diesen Daten vor und geht auf aktuelle Entwicklungen zur weiteren Verbesserung des Datenzugangs ein.

Einleitung

Statistik wird häufig als Übel der modernen Welt angesehen und mit negativ besetzten Begriffen wie Bürokratie, Kostenfaktor oder auch Zahlenfriedhof assoziiert. Gleichzeitig sind Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit jedoch in hohem Maße auf die Daten der amtlichen Statistik angewiesen. Ohne die zuverlässigen, aktuellen Daten können keine Reformprozesse gelingen, da belastbare und objektive Informationen zu konkreten Handlungsbedarfen erst durch eine quantitative Situationsanalyse des gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Problembereichs auf Basis der Daten der amtlichen Statistik gewonnen werden (Hahlen 2009; Randizio-Plath 2003; Westerhoff 2007). Dementsprechend betonte bereits das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Volkszählung vom 15. Dezember 1983, dass „[E](e)rst die Kenntnis der relevanten Daten [...] [schafft] die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage (schafft).“ (BVerfGE 65, 1 (47)). Die amtliche Statistik ist somit als „Spiegel der Gesellschaft“ zu verstehen – sie bildet die Grundlage vielfältiger Entscheidungen, deckt Probleme und Zukunftsfragen auf und dient der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Tatsachenfeststellung, als Bemessungsgröße für politische und soziale Ansprüche und zur Überprüfung der Ergebnisse politischen und wirtschaftlichen Handelns (Randizio-Plath 2003; Westerhoff 2007).

Auf Basis der Daten können relevante wirtschaftspolitische Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung – wie Wachstum, Strukturwandel und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im regionalen als auch internationalen Vergleich – zum Konjunkturverlauf und zur Preisentwicklung und Geldwertstabilität gewonnen werden. Die amtliche Statistik hält aber auch Daten für brisante arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fragestellungen – wie zur Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaats und zum demographischen Wandel – bereit. So können auf Basis der Daten u. a. Rentenanpassungen vorgenommen oder infrastrukturelle Erfordernisse (z. B. Planung von Schulen, Ausbildung von Lehrkräften etc.) aufgedeckt werden (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2005; Hahlen 2009; Westerhoff 2007). Auf europäischer Ebene werden auf Basis der amtlichen Daten u. a. die Konvergenzkriterien der Wirtschafts- und Währungsunion ermittelt, die europäischen Strukturfonds- und Kohäsionsmittel verteilt und die jährlichen Strukturindikatoren zur Evaluierung der so genannten Lissaboner Ziele festgelegt. Die Bedeutung der Daten für den Erweiterungs- und Integrationsprozess der EU wurde vor allem angesichts der Krise Griechenlands deutlich (Hahlen 2005; Randizio-Plath 2003; Prodi 2002).

Doch auch aus Sicht der Wirtschaft ist die amtliche Statistik in weiten Teilen unverzichtbar. So können die amtlichen Daten der Handelsstatistiken, der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie zu

Produktion und Investitionen von Unternehmen für Standortentscheidungen, Markt- und Wettbewerbsanalysen – beispielsweise vor der Einführung eines Produktes, zur Absatzplanung und Entwicklung von Marketingstrategien, zur Beurteilung der Exportchancen, zur Beurteilung der Arbeitskosten, Aufwandsstruktur und Produktivität und für Investitionsentscheidungen – herangezogen werden (Amler 2005; Nitschke/Schoder 2004).

Aufgrund ihrer weitreichenden Bedeutung für vielfältige Lebensbereiche hat die amtliche Statistik die Aufgabe, die informationelle Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Ihre Daten und Ergebnisse sollen jedermann – der Politik, den Interessenvertretern, der Wirtschaft und der Wissenschaft – zugänglich sein und sind somit als öffentliches Gut zu verstehen (BDI 2011, Brugger 2003; Hahlen 2009, Westerhoff 2007). Ihre Informationsaufgabe wurde sogar gesetzlich verankert – so soll die amtliche Statistik gemäß §1 BStatG „laufend Daten über Massenerscheinungen [zu] erheben, [zu] sammeln, auf[zubereiten, dar[zustellen und [zu] analysieren“. Die ihr zu Grunde liegenden Grundsätze der Objektivität, Neutralität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit gewährleisten dabei, dass verlässliche statistische Ergebnisse, die von allen gesellschaftlichen Gruppen als vertrauenswürdig anerkannt werden können, gewonnen werden.

Um dem gesetzlich verankerten Informationsauftrag gerecht zu werden, ist das Bayerische Landes-

amt für Statistik und Datenverarbeitung fortwährend bemüht, den Zugang zu den Daten für die breite Öffentlichkeit zu erleichtern und die Daten nutzerfreundlich zur Verfügung zu stellen. Insbesondere die Fortschritte der IuK-Technologie eröffnen dabei neue Möglichkeiten einer komfortablen, nutzerfreundlichen Darbietung der statistischen Ergebnisse.

Dieser Beitrag zielt darauf ab, einen Überblick über das Datenangebot des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung zu geben. Der erste Abschnitt stellt cursorisch das Datenspektrum vor. Darauf aufbauend skizziert der zweite Abschnitt die unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu den amtlichen Daten und gewährt einen tieferen Einblick in ausgewählte Internet-basierte Zugriffsmöglichkeiten. Schließlich schließt der Beitrag mit einem Ausblick auf Entwicklungen zur Verbesserung des Datenzugangs.

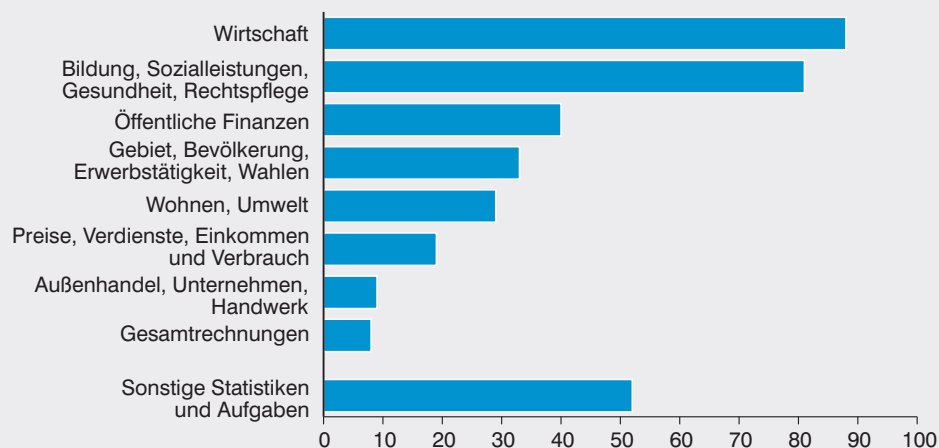
Das Datenspektrum des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung

Abgesehen von wenigen Ausnahmen – beispielsweise den vom statistischen Genehmigungsausschuss angeordneten Erhebungen – sind die vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung durchgeführten Statistiken gesetzlich normiert, d. h. sie wurden per Gesetz angeordnet.

Insgesamt werden 359 Statistiken bereitgestellt (Stand Dezember 2011). Konkret handelt es sich hierbei um 249 EU- und Bundesstatistiken, 41 Landes- oder Geschäftsstatistiken sowie 66 sons-

Statistiken des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung nach thematischen Bereichen

Abb. 1



tige Statistiken und Aufgaben, wobei eine weitreichende Themenpalette abgedeckt wird. Abbildung 1 gliedert die erhobenen Statistiken nach ihren thematischen Bereichen.

Unter der Rubrik „Wirtschaft“ werden relevante Informationen zu den einzelnen Wirtschaftsbereichen aufgeführt. So stehen für die Land- und Forstwirtschaft u. a. Angaben zu Zahl und Größe der Betriebe und den Ernteerträgen zur Verfügung. Die Statistiken zum Verarbeitenden Gewerbe liefern wichtige Informationen für laufende Konjunkturbeobachtungen – wie Auftragseingangs-, Produktions- und Umsatzindizes. Aufschluss über die konjunkturelle Situation und die strukturelle Entwicklung der Bauwirtschaft geben die Erhebungen des Baugewerbes. Über die Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Dienstleistungssektor informiert die jährliche Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich. Zudem sind relevante Daten zum bayerischen Tourismus, zum Verkehr – u. a. zu den Verkehrsleistungen im Nahverkehr und zum Güterumschlag ausgewählter bayerischer Häfen, zum Straßenverkehr – wie die Unfallstatistik und die Erfassung des Kraftfahrzeugbestands, enthalten.

Informationen zum Schul- und Hochschul-, Sozial-, Gesundheits- und Rechtswesen sind im Themenblock „Bildung, Sozialleistungen, Gesundheit und Rechtspflege“ zu finden. Auf Basis der Schul- und Hochschuldaten sind vielfältige Analysen – beispielsweise Vorausberechnungen zur Entwicklung der Schüler-/Studentenzahlen sowie zum Lehrerberdarf – möglich. Mit den Sozialstatistiken werden Informationen zur Sozialhilfe, zur sozialen Pflegeversicherung und zu den Kindertageseinrichtungen erfasst. Zum Gesundheitswesen werden von der amtlichen Statistik lediglich die Krankenhaus- und Todesursachenstatistik erhoben. Weitere Informationen, z. B. zu den im Gesundheitswesen beschäftigten Personen, können über das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit oder das Robert Koch Institut bezogen werden. Zur Rechtspflege werden sowohl verfahrens- als auch personenbezogene Statistiken bereitgestellt. Die verfahrensbezogenen Statistiken befassen sich mit dem Geschäftsanfall der Staatsanwaltschaften, Straf-, Familien- und Zivilgerichte. Die personenbezogenen Statistiken betrachten dagegen die einzelnen Verurteilten (Strafverfolgungs-, Strafvollzugs- und Bewährungshilfestatistik).

Der Abschnitt „Öffentliche Haushalte“ umfasst u. a. Angaben zu den Einnahmen und Ausgaben des Staates und der Kommunen nach Art und Aufgabenbereichen sowie zur Entwicklung der Verschuldung von Staat und Kommunen.

Unter der Rubrik „Gebiet, Bevölkerung, Private Haushalte, Erwerbstätigkeit“ werden Informationen zum Staatsgebiet, seiner administrativen Gliederung, zu Bevölkerungsstand und -bewegung (Geburten, Sterbe-, Eheschließungszahlen und Wanderungen) und zum demographischen Wandel bereitgestellt. Die Informationen zu den privaten Haushalten – wie Anzahl und Größe – basieren auf den Angaben des Mikrozensus, einer jährlich durchgeführten, repräsentativen 1-%-Haushaltsstichprobe. Ferner werden von der Bundesagentur für Arbeit Informationen zur Höhe der Beschäftigung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bereitgestellt.

Der Bereich „Wohnen, Umwelt“ stellt Informationen zum Wohnungsbestand und zur Bautätigkeit sowie verlässliche Daten zu den verschiedenen umweltpolitischen Themenbereichen – wie die Erfassung der anfallenden Abfallmenge, die Wasserversorgung oder die Höhe der Umweltinvestitionen – bereit.

Ausführliche Informationen zur Preisentwicklung im Konsumbereich und der wichtigsten Gütermärkte im Zeitverlauf werden im Rahmen der Preisstatistik zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse werden zumeist in Form von Messzahlen und Indizes – beispielsweise Verbraucherpreisindex – nachgewiesen. Ferner beinhaltet die Rubrik „Preise, Verdienste, Einkommen und Verbrauch“ auch Informationen zur konjunkturellen Entwicklung der (effektiven) Bruttoverdienste, der Arbeitszeiten und der Arbeitskosten. Außerdem werden Angaben zur Wohnsituation und Ausstattung von privaten Haushalten sowie zu ihren Einnahmen und Ausgaben bereitgestellt. Die Informationen werden im Rahmen der laufenden Wirtschaftsrechnungen und der fünfjährigen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bei Haushalten aller Bevölkerungsgruppen auf freiwilliger Basis erhoben.

Unter der Rubrik „Außenhandel, Unternehmen, Handwerk“ werden weitere relevante wirtschaftsstatische Informationen bereitgestellt. Die enthaltenen Außenhandelsstatistiken, welche den grenzüber-

schreitenden Warenverkehr Deutschlands mit dem Ausland abbilden, sind ein Schlüsselindikator für die Wirtschaftsentwicklung und können u. a. Unternehmen bei der Durchführung von Marktstudien und der Festlegung ihrer Handelsstrategie helfen. Ferner können durch Auswertungen des statistischen Unternehmensregisters, einer regelmäßig aktualisierten Datenbank mit Unternehmen und Betrieben aus nahezu allen Wirtschaftsbereichen mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die wirtschaftlichen Strukturen dargestellt werden. Zudem stehen Informationen zur Gewerbeanzeigen- und Insolvenzzstatistik sowie zu den Beschäftigten und Umsätzen im Handwerk bereit.¹

Gesamtrechnungen stellen keine direkten eigenständigen Erhebungen dar, sondern werden aus bereits erhobenen Daten berechnet, um komplexe Zusammenhänge in möglichst einfacher Form abzubilden. So zielt die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) darauf ab, das Wirtschaftsgeschehen einer Volkswirtschaft für einen zurückliegenden, d. h. abgeschlossenen Zeitraum quantitativ möglichst umfassend zu beschreiben und die Zusammenhänge im Wirtschaftskreislauf zu verdeutlichen. Die zentralen Schwerpunkte dieses statistischen Werks mehrerer Teilrechnungen bilden dabei die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts. Bereitgestellt werden wichtige Daten für die Beurteilung und Gestaltung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sowie weiterer Politikbereiche. Bei der UGR, als um den Faktor „Natur“ ergänzte Erweiterungsrechnung der VGR, handelt es sich um ein Rechenwerk auf Basis verschiedener Statistiken. Betrachtet werden Beanspruchung und Zerstörungsgrad der Natur durch Wirtschaft und private Haushalte und zu ihrem Schutz ergriffene Maßnahmen. Im Rahmen der Berechnungen wird der Produktionsfaktor Umwelt quantifiziert und mit ökonomischen Größen in Beziehung gesetzt.

Diese knappe Übersicht zu den einzelnen Themenbereichen zeigt, welch breitgefächertes Datenspektrum das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für Interessenten bereithält. Eine systematische Aufstellung aller Erhebungen und erhobenen Merkmale als Nachschlagewerk in Form eines Da-

tenkatalogs existiert zwar nicht, doch können sich Interessenten auf anderen Wegen einen qualifizierten Überblick zum Datenangebot verschaffen.

So listet das Veröffentlichungsverzeichnis sämtliche Veröffentlichungen auf.² Über die Rubrik „Statistische Berichte“ können Erhebungen zu interessierenden Themenbereichen gesucht werden. Zudem ist eine Schlagwortsuche nach einzelnen Merkmalen über das Sachverzeichnis möglich.

Einen tiefen Einblick in das statistische Datenangebot können Interessenten darüber hinaus über das Statistische Jahrbuch gewinnen. Über die Inhaltsübersicht kann Aufschluss über das Datenangebot zu interessierenden Themen gewonnen werden. Das detaillierte Sachverzeichnis enthält alle wichtigen Stichwörter ggf. mit Querverweisen und bietet die Möglichkeit, nach einzelnen, interessierenden Schlagworten zu suchen.

Schließlich kann auch über die Statistische Auskunftsdatenbank GENESIS-Online (Gemeinsames Neues Statistisches Informationssystem), welche mit über 1 200 Merkmalen aus 104 Statistiken (Stand: Mai 2012) einen breiten Querschnitt über die amtlichen Statistikdaten abbildet, ein grober Überblick zum Datenangebot des LfStaD gewonnen werden.

Möglichkeiten des Zugriffs auf die Daten der amtlichen Statistik

Besteht konkretes Interesse an den Daten der amtlichen Statistik, eröffnen sich dem Interessenten unterschiedliche Wege, auf die Daten der amtlichen Statistik zuzugreifen. Maßgeblich wird das Veröffentlichungsangebot des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung durch seinen gesetzlichen Informationsauftrag geprägt. Es lässt sich daher grob in die Kategorien Gemeinsames Datenangebot, Sonderveröffentlichungen und Auftragsarbeiten unterteilen.

Alle Daten zur Gewährleistung der informationellen Grundversorgung der breiten Öffentlichkeit (= Gemeinsames Datenangebot (GDA)) sowie weitere standardisierte Datenangebote – beispielsweise Sonderveröffentlichungen, regionalstatistische Informationen oder auch Verzeichnisse – können über den Internetauftritt des Bayerischen Landesamtes

¹ Seit dem Berichtsjahr 2008 wird die statistische Erhebung bei den Unternehmen vollständig durch eine Auswertung der unterjährigen Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit und der Finanzverwaltungen ersetzt, sodass rund 41 000 Stichprobenunternehmen von ihrer Auskunftspflicht befreit werden konnten.

² Dieses ist über den Internetauftritt des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung www.statistik.bayern.de abrufbar.

für Statistik und Datenverarbeitung aufgerufen werden. Werden über diese „Standardprodukte“ hinausgehende Leistungen nachgefragt, können über den Statistischen Auskunftsdienst maßgeschneiderte Datenbereitstellungen angefordert werden. Wissenschaftler können für ihre Anfragen zudem auf die im Forschungsdatenzentrum vorgehaltenen Einzeldaten zurückgreifen.

Das Internetangebot des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung

Der Internetauftritt des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung bietet Interessenten ein breites Spektrum seines Datenangebots: Unter der Rubrik „Veröffentlichungen, Verzeichnisse“ können alle Veröffentlichungen des Bayerischen Landes-

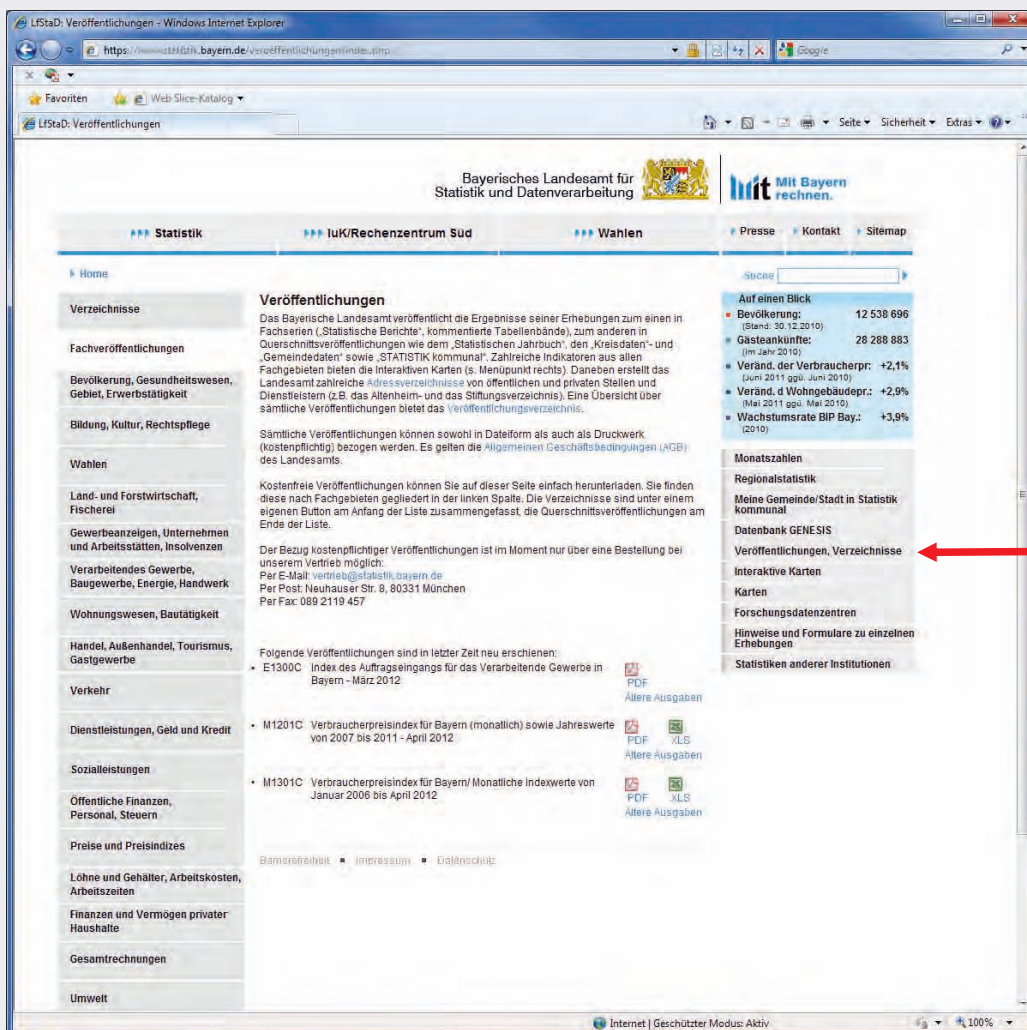
amtes für Statistik und Datenverarbeitung aufgerufen werden. Zudem können über die Online-Datenbank Genesis die amtlichen Daten selbständig und flexibel zusammengestellt und abgerufen werden und schließlich werden über den Internetauftritt auch zahlreiche regionalstatistische Informationen bereitgestellt.

Die Veröffentlichungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung im Internet

Unter der Rubrik „Veröffentlichungen, Verzeichnisse“ werden alle Veröffentlichungen – d.h. Fachserien, Querschnitts- sowie Gemeinschaftsveröffentlichungen und Adressverzeichnisse – aufgelistet (s. Abbildung 2).

Die Veröffentlichungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung im Internet

Abb. 2



Die informationelle Grundversorgung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung steht der breiten Öffentlichkeit in Form der statistischen Berichte zum kostenlosen Download zur Verfügung. Diese decken den allgemeinen Informationsbedarf der Gesellschaft ab, indem sie das neueste Zahlenmaterial für jede Statistik in tabellarischer Form, zumeist in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung und zum Teil kurz kommentiert, zusammenstellen. Teilweise wird die Aufbereitung sogar um Zeitreihen, graphische Darstellungen und methodische Erläuterungen ergänzt.

Über den gesetzlich geforderten Informationsauftrag hinaus werden die statistischen Daten vertiefend in Querschnittsveröffentlichungen dargestellt und analysiert. So zeichnet das statistische Jahrbuch jährlich ein umfassendes Bild über die aktuellen demographischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten und Entwicklungen in Bayern und ermöglicht neben der Bereitstellung aktueller Zahlen auch Vergleiche mit früheren Zeiträumen. Die monatlich erscheinende Fachzeitschrift „Bayern in Zahlen“ sowie die Sonderveröffentlichungen stellen die statistischen Ergebnisse in einen größeren Zusammenhang und nehmen auf aktuelle Entwicklungen Bezug. Die regionalstatistische Veröffentlichung „Gemeindedaten“ stellt schließlich detaillierte statistische Informationen, u. a. zu Bevölkerung, Bildung, wirtschaftlichen Verhältnissen und Finanzen, für alle Gemeinden, Kreise, Regionen und Regierungsbezirke bereit. Diese das gesetzlich geforderte Veröffentlichungsspektrum übersteigenden Aufbereitungen werden kostenpflichtig abgegeben und können online geordert werden. In Kürze wird auch ein direkter Abruf dieser kostenpflichtigen Veröffentlichungen über das Internet in Verbindung mit einer e-Payment Funktion möglich sein.

Das Statistische Informationssystem GENESIS-Online

Interessenten können sich viele amtliche Daten auch über das statistische Informationssystem GENESIS-Online im Internet abrufen. Diese Datenbank bietet einen ständig aktualisierten, nachfrage-

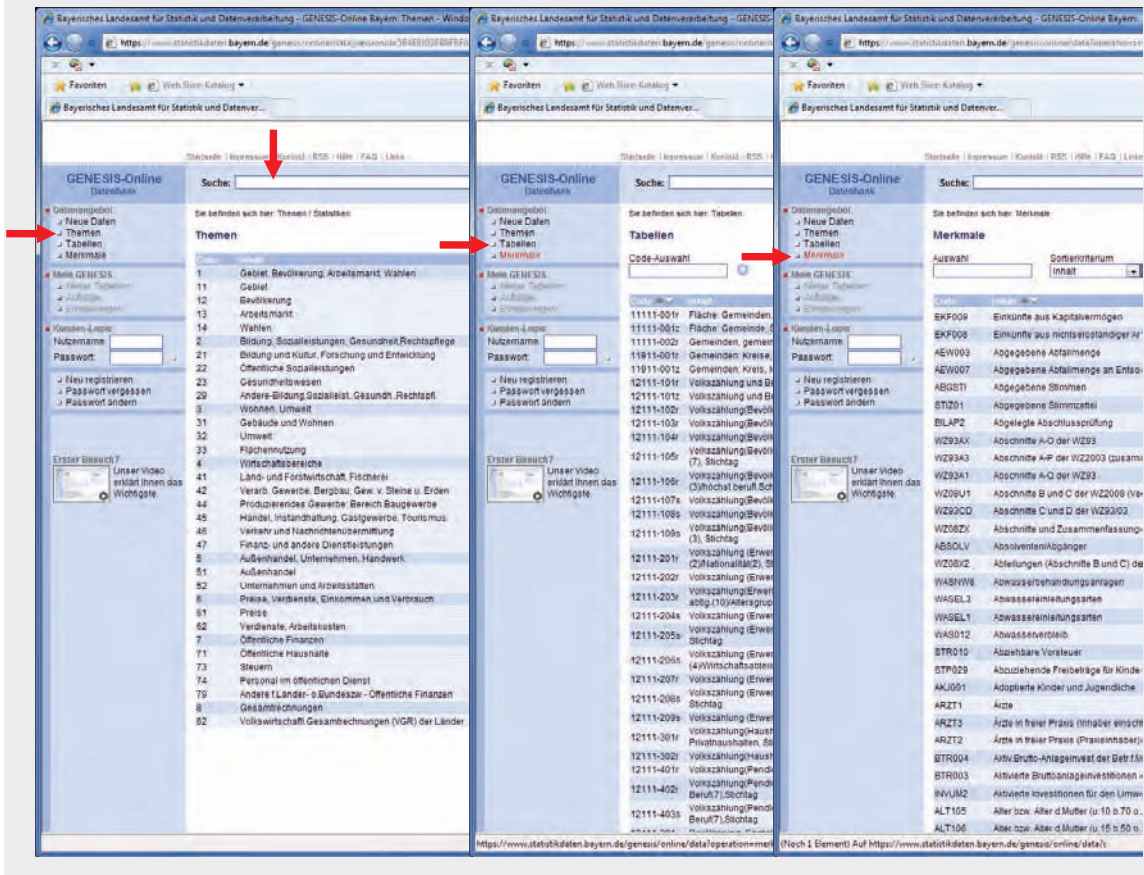
orientierten Querschnitt der amtlichen Statistikdaten für Recherchezwecke und zum Online-Abruf an, welcher im Rahmen der informationellen Grundversorgung kostenlos bereitgestellt wird. Über die Rubrik „Datenbank GENESIS“ ist die Datenbank direkt mit dem Internetauftritt des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung verlinkt, wobei der Zugriff sowohl über einen Gastzugang, als auch als registrierter Nutzer möglich ist. Registrierte Nutzer können eine größere Datenmenge abrufen und auf einen größeren Umfang an Funktionalitäten – beispielsweise die Speicherung einer individuellen Auswahl – zugreifen. Zur Recherche stehen vier unterschiedliche Wege – die thematische Recherche, die Recherche über die vordefinierten Abruftabellen, die Recherche auf Basis von Merkmalen sowie die Recherche über Stichworte – zur Verfügung. Abbildung 3 stellt die unterschiedlichen Möglichkeiten, sich mittels Genesis-Online einen Überblick über das Datenangebot zu verschaffen, dar.

Die Recherche nach Themen führt zu einer Übersicht über alle in Genesis-Online enthaltenen Statistikbereiche. Ausgehend vom interessierenden Themenbereich kann der Nutzer über die zu diesem Bereich zugehörigen Statistiken hin zu den entsprechenden vordefinierten Abruftabellen der jeweiligen Statistik verzweigen. Abbildung 4 visualisiert die Nutzerführung bei der thematischen Suche.

Zudem bietet Genesis-Online die Möglichkeit, interessierende Daten über die in Genesis-Online vordefinierten Abruftabellen zu suchen. Die aktuell in Genesis-Online enthaltenen 807 Abruftabellen können über die Rubrik „Tabellen“ aufgerufen werden. Recherchiert werden kann entweder über die Eingabe von Teilen oder des vollständigen Tabellen-codes oder über die unter der Rubrik „Inhalt“ gelisteten, den Tabelleninhalt beschreibenden Texte/Überschriften. Wurde zum interessierenden Merkmal bzw. der gewünschten Merkmalskombination eine geeignete Tabelle gefunden, kann unmittelbar mit dem Tabellenabruf fortgefahren werden (vgl. Abbildung 5).

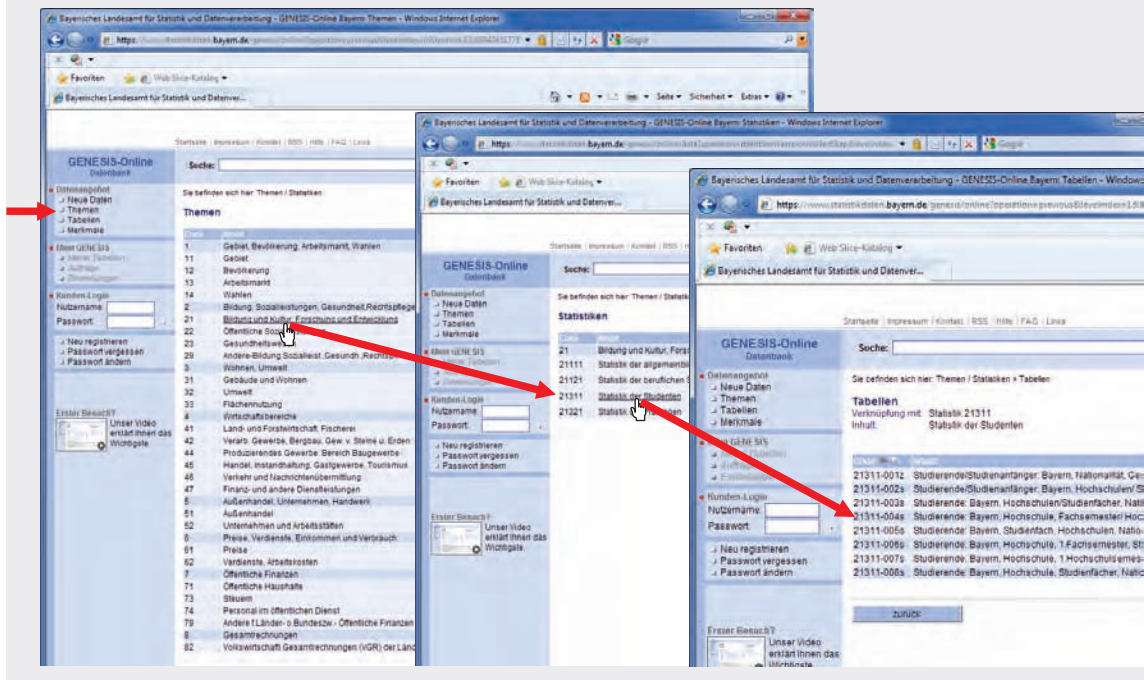
Überblick über das Datenangebot in Genesis-Online

Abb. 3



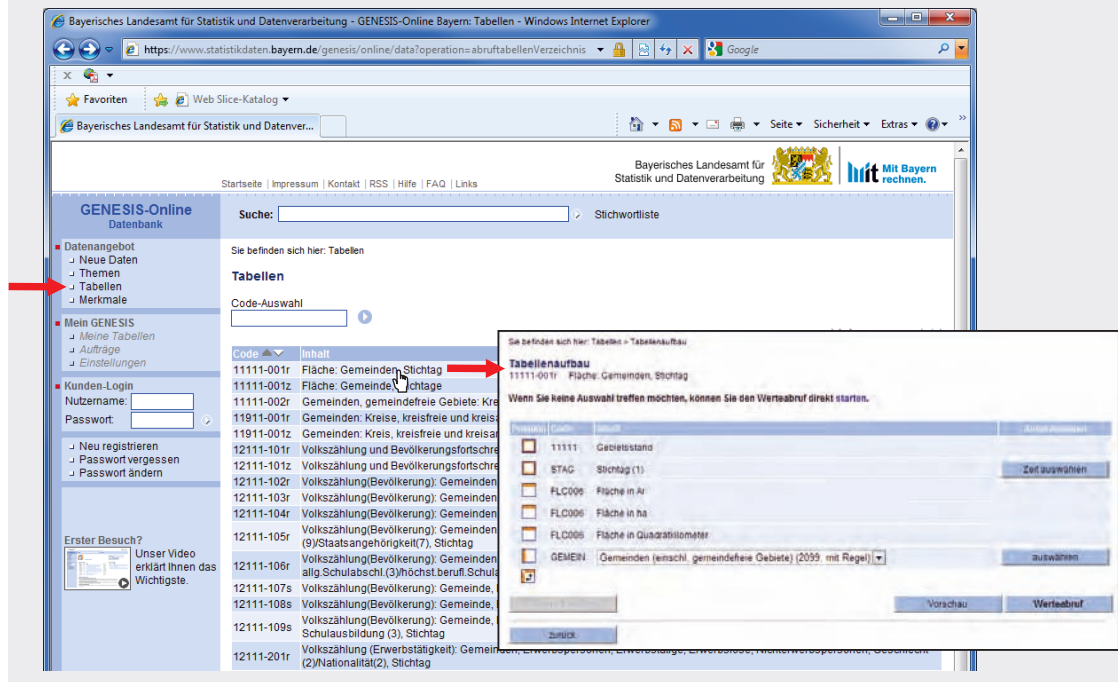
Nutzerführung durch die thematische Suche

Abb. 4



Recherche über vordefinierte Abruftabellen

Abb. 5



Eine Suche ist auch auf Basis der in Genesis Online eingepflegten Merkmale über das in der Datenbank vorgehaltene Merkmalsverzeichnis möglich. Die Suchergebnisse können zusätzlich durch eine genauere Definition/Eingrenzung des gesuchten Merkmalstyps im Vorfeld eingegrenzt werden, d. h. es kann entweder undifferenziert nach allen Merkmalen, oder lediglich nach Wert- oder klassifizierenden Merkmalen gesucht werden. Innerhalb des Merkmalsverzeichnisses werden zu den einzelnen Merkmalen Metadaten in Form von Erläuterungen zum Merkmal selbst sowie Informationen zum Merkmalstyp und zur Anzahl der Merkmalsausprägungen bereitgestellt. Ferner können über das Merkmalsverzeichnis die Statistiken, in denen das Merkmal vorkommt, aufgelistet werden und es kann direkt auf die Abruftabellen, welche das gesuchte Merkmal enthalten, zugegriffen und sogleich mit dem Tabellenabruf begonnen werden. Abbildung 6 illustriert die Optionen der Suche auf Basis des Merkmalsverzeichnisses.

Schließlich kann in Genesis-Online auch nach interessierenden Stichworten recherchiert werden. Ein Stichwort kann entweder vollkommen frei über die Suchfunktion eingegeben oder über eine vordefinierte Stichwortliste ausgewählt werden.

Wird mit der freien Texteingabe gearbeitet, werden in der „Trefferliste“ alle zum gesuchten Stichwort verfügbaren Abruftabellen und Statistiken sowie alle dem Stichwort thematisch-inhaltlich zugeordneten Merkmale angezeigt. Über die Rubrik „Statistiken“ kann wiederum auf die in der Statistik enthaltenen Merkmale, Erläuterungen und die zugehörigen Abruftabellen verzweigt werden und zu den angezeigten Merkmalen kann – analog der Recherche über das Merkmalsverzeichnis – auf die Metadaten des Merkmals und die zum Merkmal zugehörigen Abruftabellen und Statistiken verlinkt werden. Abbildung 7 veranschaulicht die Suche auf Basis der freien Texteingabe.

Neben dem bloßen Durchblättern der Stichwortliste kann der Suchlauf mittels einer freien Texteingabe über das Feld „Auswahl“ zusätzlich eingegrenzt werden. Angezeigt werden dann alle zu dem gesuchten Stichwort in der Stichwortliste recherchierbaren Begriffe. Analog zur Suche über die freie Texteingabe können zu den aufgelisteten Begriffen in der Trefferübersicht weiterführende Informationen und die Abruftabellen aufgerufen werden (vgl. Abbildung 8).

Optionen der Suche im Merkmalkatalog

Abb. 6

Sie befinden sich hier: Merkmale > Information

Information

- Merkmal**
Code: ASCHU1
Inhalt: Art der allg. bildenden Schulen (ausgew. Schularten)
- Erläuterung**
Hinweis: Dieses Merkmal ist vom Typ 'und zwar'. Bei diesem Gliederungstyp kann die Summe der Werte der ausgegliederten Merkmalsausprägungen kleiner, gleich oder größer als die Gesamtsumme der Merkmalsträger sein!

zurück

Code	Inhalt	Info	Typ	Ausprägungen	Tabellen	Statistiken
ASCHU1	Art der allg. bildenden Schulen (ausgew. Schularten)		sachlich	21		
ALLSCH	Art der allgemein bildenden Schulen		sachlich	2		
BSCHU1	Art der beruflichen Schulen		sachlich	11		
BSCHU3	Art der beruflichen Schulen		sachlich	17		
BILHS1	Hochschulen		sachlich	80		
RSTATU	Rechtsstatus der Schule		sachlich	2		
SCHUE1	Schüler an Berufsschulen (einschl. sonderpäd.Fö.)		Wert			
SCHULE	Schulen		Wert			

Sie befinden sich hier: Merkmale > Tabellen

Tabellen
Verknüpfung mit: Merkmal ASCHU1
Inhalt: Art der allg. bildenden Schulen (ausgew. Schularten)

Code	Inhalt
21111-201r	Allgemein bildende Schulen: Gemeinden, Schulen, Lehrkräfte, Klassen, Schüler, Unterrichts-bildende Schule (21), Schuljahr (bis 2002/03)
21111-201z	Allgemein bildende Schulen: Gemeinden, Schulen, Lehrkräfte, Klassen, Schüler, Unterrichts-bildende Schule (21), Schuljahre (bis 2002/03)

Sie befinden sich hier: Merkmale > Themen / Statistiken

Statistiken
Verknüpfung mit: Merkmal ASCHU1
Inhalt: Art der allg. bildenden Schulen (ausgew. Schularten)

Code	Inhalt
21111	Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Stichwortsuche auf Basis der freien Texteingabe

Abb. 7

Sie befinden sich hier: Suche

Suche
Treffer: 6
Tabellen: 2
Statistiken: 2
Merkmale: 3

Tabellen

Code	Inhalt
21111-104r	Allgemein bildende Schulen: Gemeinden, Schulen, Rechtsstatus der Schule, Art der allgemein bildenden Schule, Schuljahr (bis 2003/04)
21111-107r	Allgemein bildende Schulen: Kreis, Kreisbezirke, Geschlecht, Klassenstufe, Art der allgemein bildenden Schule, Schuljahr (bis 2003/04)
21111-204r	Allgemein bildende Schulen: Gemeinden, Schulen, Rechtsstatus der Schule, Schuljahr (bis 2002/03)
21121-105r	Berufliche Schulen: Gemeinden, Schulen, Rechtsstatus der Schule, Schuljahr (bis 2003/04)
21121-112r	Berufliche Schulen: Kreis, Kreisbezirke, Geschlecht, Klassenstufe, Art der allgemein bildenden Schule, Schuljahr (bis 2003/04)
21121-205r	Berufliche Schulen: Gemeinden, Schulen, Rechtsstatus der Schule, Schuljahr (bis 2002/03)

Statistiken

Code	Inhalt
21111	Statistik der allgemeinbildenden Schulen
21121	Statistik der beruflichen Schulen

Stichwortsuche

Suche: schule

Stichwörterliste:

- schule
- schularten
- schularten bes. Art (schulartunabh. Orientierungsstufen)
- schularten besonderer Art (Gesamtschulen)
- schularten des Zweiten Bildungswegs

zu den Themen

TOP 5 Tabellen

Code	Inhalt
12411-009r	Bevölkerung Geschlecht Querschnitt
12411-003r	Bevölkerung Geschlecht Stichprobe

Stichwortsuche auf Basis der Stichwortliste

Abb. 8

The screenshot shows the Genesis-Online Bayern web interface. The search bar at the top right contains the text "Stichwortsuche". A red arrow points from this search bar to the search results table. Another red arrow points from the search results table back to the search bar. The search results table displays a list of search results, including "Abendrealschulen", "Abendschulen", and "Abschluss d. Schule zur individuell. Lern". The table has columns for "Code" and "Inhalt".

Code	Inhalt
21111-101r	Allgemein bildende Schulen: Gemeinden, Schulen, Lehrkräfte, Klassen, Schüler, Unterrichtswochenstunden, Art d. bildenden Schule, Schuljahr (ab 2003/04)
21111-101z	Allgemein bildende Schulen: Gemeinden, Schulen, Lehrkräfte, Klassen, Schüler, Unterrichtswochenstunden, Art d. bildenden Schule, Schuljahr (ab 2003/04)
21111-102r	Allgemein bildende Schulen: Gemeinden, Schulen, Lehrkräfte, Klassen, Schüler, Unterrichtswochenstunden, Art d. bildenden Schule, Schuljahr (ab 2003/04)
21111-102z	Allgemein bildende Schulen: Gemeinden, Schulen, Lehrkräfte, Klassen, Schüler, Unterrichtswochenstunden, Art d. bildenden Schule, Schuljahr (ab 2003/04)
21111-103r	Allgemein bildende Schulen: Gemeinde, Schulen, Lehrkräfte, Klassen, Schüler, Unterrichtswochenstunden, Art d. bildenden Schule, Schuljahr (ab 2003/04)
21111-104r	Allgemein bildende Schulen: Gemeinde, Schulen, Lehrkräfte, Klassen, Schüler, Unterrichtswochenstunden, Art d. bildenden Schule, Schuljahr (ab 2003/04)
21111-105r	Allgemein bildende Schulen: Gemeinde, Schulen, Lehrkräfte, Klassen, Schüler, Unterrichtswochenstunden, Art d. bildenden Schule, Schuljahr (ab 2003/04)
21111-106r	Allgemein bildende Schulen: Gemeinde, Schulen, Lehrkräfte, Klassen, Schüler, Unterrichtswochenstunden, Art d. bildenden Schule, Schuljahr (ab 2003/04)
21111-107r	Allgemein bildende Schulen: Kreis, Absolventen, Geschlecht, Nationalität, Art der allgemein bildenden Schule, Schulabschlusses, Schuljahr (ab 2003/04)

Der eigentliche Zugriff auf die im System gespeicherten Daten erfolgt – wie bereits angedeutet – über die Abruftabellen. Abgerufen werden können sowohl Regional-, Zeitreihen-, Struktur- als auch Eckzahlentabellen. Durch variable Elemente können diese zum Teil vom Nutzer flexibel und individualisiert dem eigenen Bedarf entsprechend zusammengestellt, online abgerufen und in verschiedenen Formaten heruntergeladen werden. Im Tabellenaufbau können als variabel eingestellte Sach-, Regional- und Zeitmerkmale individuell an den Nutzerbedarf angepasst werden. Vor dem Abruf der endgültigen Ergebnisse kann die Tabelle über eine Vorschau angezeigt und überprüft werden. Abbildung 9 demonstriert die Vorgehensweise bei der Erstellung der Abruftabellen mit Hilfe des Tabellenassistenten.

Zur weiteren Verwendung können die Ergebnisse in gängige PC-Formate (Excel, CSV, HTML) exportiert bzw. heruntergeladen und zudem in Diagrammen visualisiert werden. Über die Diagrammfunktion können die Daten in unterschiedlichen Diagrammtypen – wie den ein- oder mehrfarbigen Balken-, Linien- und Kreisdiagrammen sowie den insbesondere für Zeitreihendarstellungen geeigneten Datenpunktlinien – konfiguriert werden. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden je Diagramm jedoch maximal sechs Datenreihen angezeigt. In Abbildung 10 wird abschließend die Export- und Diagrammfunktion von Genesis-Online vorgestellt.

Tabellenassistent zur Erstellung der Abruftabellen

Abb. 9

Se befinden sich hier: Tabellen > Tabellenaufbau > Zeitauswahl

Zeitauswahl
Verfügbarer Zeitraum: WS 1999/00 - WS 2010/11

Auswahl
Aktuelle Zeitangaben
Bestimmte Zeitangaben
WS 2010/11
WS 2009/10
WS 2008/09
WS 2007/08
WS 2006/07
WS 2005/06
WS 2004/05
WS 2003/04
WS 2002/03
WS 2001/02
WS 2000/01
WS 1999/00
WS 1998/99

übernehmen zurück

Wenn Sie keine Auswahl treffen möchten, können Sie den Werteabdruck

auswählen

Vorschau Werteabdruck

zurück

Export- und Diagrammfunktion

Abb. 10

Se befinden sich hier: Tabellen > Tabellenaufbau > Ergebnis

Ergebnis - 1311-003s

Diagramm

Studierende: Bayern, Hochschulen/Studienfächer, Nationalität, Geschlecht, Semester

Statistik der Studenten
Studierende (Anzahl)
Bayern
WS 2008/09

angestrebte Abschlussprüfung

	Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	
AP02 Magister	16 436	5 347	11 089	13 258	4 712	8 546	3 178	635	
AP06 Promotion (Abschlussprüfung vorausgesetzt)	6 889	3 635	3 254	5 415	2 857	2 558	1 474	778	

Überblick im Internet zum regionalstatistischen Datenangebot des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung

Abb. 11



Regionalstatistische Daten im Internet

Statistische Daten werden stets mit einem regionalen Bezug erhoben. Über den Internetauftritt des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung werden daher auch zahlreiche regionalstatistische Datenangebote bereitgestellt.

Eine Linksammlung zum regionalstatistischen Datenangebot des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung³ sowie zu regionalstatistischen Gemeinschaftsprojekten des statistischen Verbundes⁴ und grenzüberschreitenden regionalstatistischen Projekten⁵ findet sich unter der Rubrik „Regionalstatistik“ (vgl. Abbildung 11).

Darüber hinaus können regionalstatistische Daten unmittelbar über das interaktive Kartenangebot „Statistik interMaptiv“ aufgerufen werden. Dieses stellt die statistischen Daten kartographisch dar. Insgesamt sind über 150 Indikatoren aus allen Bereichen der Statistik für alle administrativen Gliederungen und die Regionen eingepflegt, sodass räumlich tief gegliederte statistische Informationen häufig bis auf die Gemeindeebene abgerufen und regionale Vergleichsanalysen durchgeführt werden können. Über die Reiterleiste auf der linken Seite der Anwendung

können die interessierende Regionaleinheit ausgewählt (1), überregionale Grenzlinien angezeigt (2), die regionalen Grenzen ausgeblendet (3) und zudem einzelne Gemeinden über eine „Zoomfunktion“ hervorgehoben werden. Ferner kann statt der geographischen eine politische Landkarte eingeblendet werden (4). Abbildung 12 illustriert die unterschiedlichen Einstellungen.

Über das Fenster auf der rechten Seite der Anwendung kann gezielt nach einer bestimmten regionalen Einheit gesucht werden (1). Ferner kann dort eine zweistufige thematische Auswahl vorgenommen werden. Im ersten Schritt ist der interessierende Statistikbereich über die Rubrik „Thema“ festzulegen (2), im zweiten Schritt kann die Thematik über die Rubrik „Unterthema“ weiter eingegrenzt werden (3). Nach getroffener Auswahl werden im unteren Bereich des Fensters alle verfügbaren Indikatoren angezeigt (4). Wird ein Indikator per Mausklick aktiviert, erfolgt seine Darstellung in der entsprechenden thematischen Karte im Hauptfenster. Die regionalen Einheiten werden hinsichtlich des interessierenden Indikators in eine Rangfolge gebracht, gruppiert und in der Karte eingefärbt. Die Bedeutung der Farbgebung kann der Legende im unteren Teil des rechten

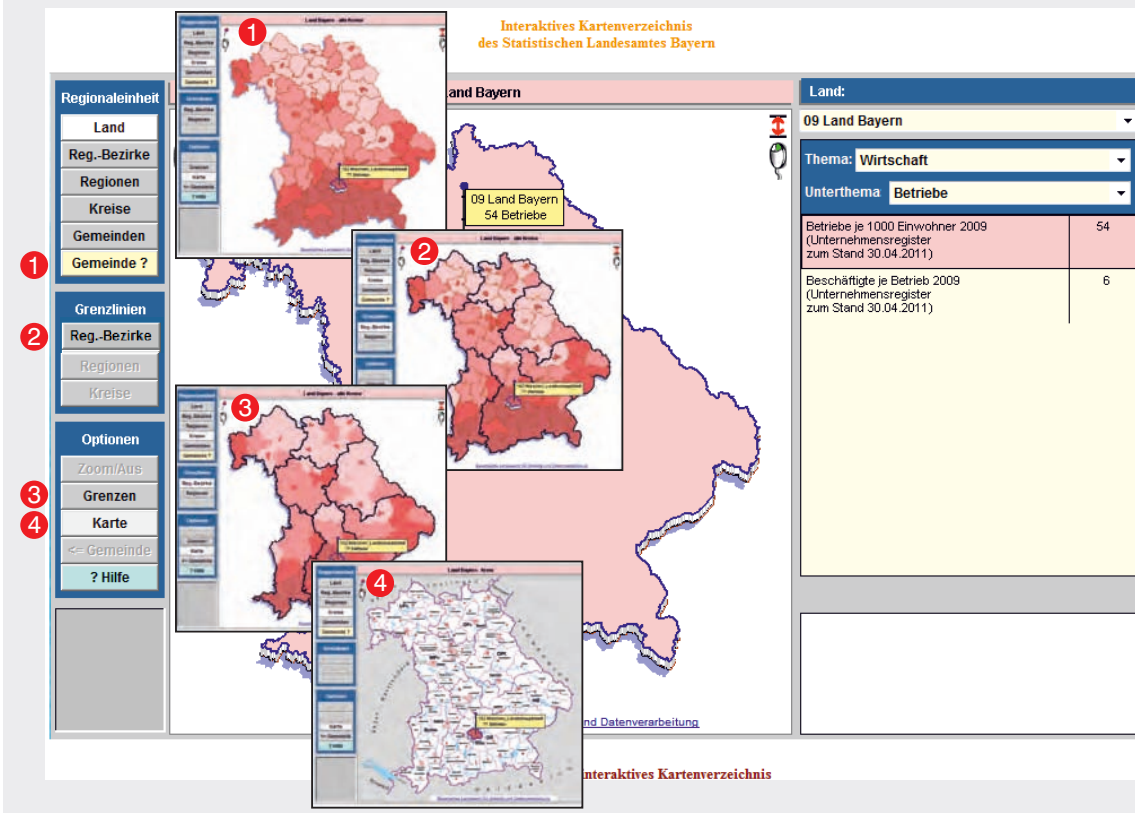
3 Datenbank GENESIS Online, Interaktive Karten, Statistik Kommunal, Gemeindedaten, Kreisdaten – Kreisübersicht im Jahrbuch, Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnungen.

4 Regio-Stat-Katalog, Regionaldatenbank Deutschland, Statistik Lokal, Regionalatlas, Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland.

5 Crossborder Friendship Database (CFDB); Statistikplattform Bodensee.

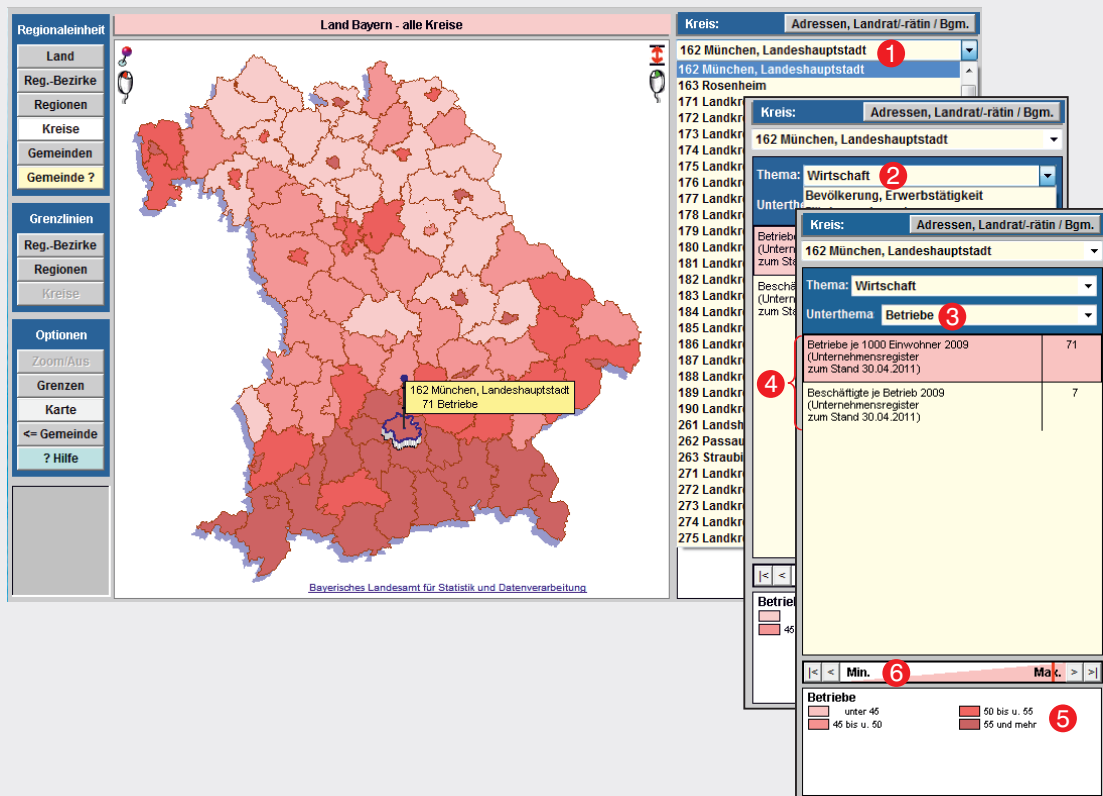
Einstellungen der Kartenanwendung InterMaptiv

Abb. 12



Funktionalitäten der Kartenanwendung InterMaptiv

Abb. 13



Fensters entnommen werden (5). Durch Mausklick auf die einzelnen Ausprägungen der Farblegende können einzelne Wertegruppen in der Karte isoliert dargestellt werden, sodass die räumliche und typologische Verteilung einer Klasse optisch erfasst werden kann. Zudem kann über die Schaltfläche „Min./Max.“ in der Rangfolge der ausgewählten regionalen Einheit navigiert oder zum höchsten und niedrigsten Wert gesprungen werden (6). Abbildung 13 illustriert die in der Beschreibung dargestellten Funktionalitäten der Anwendung interMaptiv.

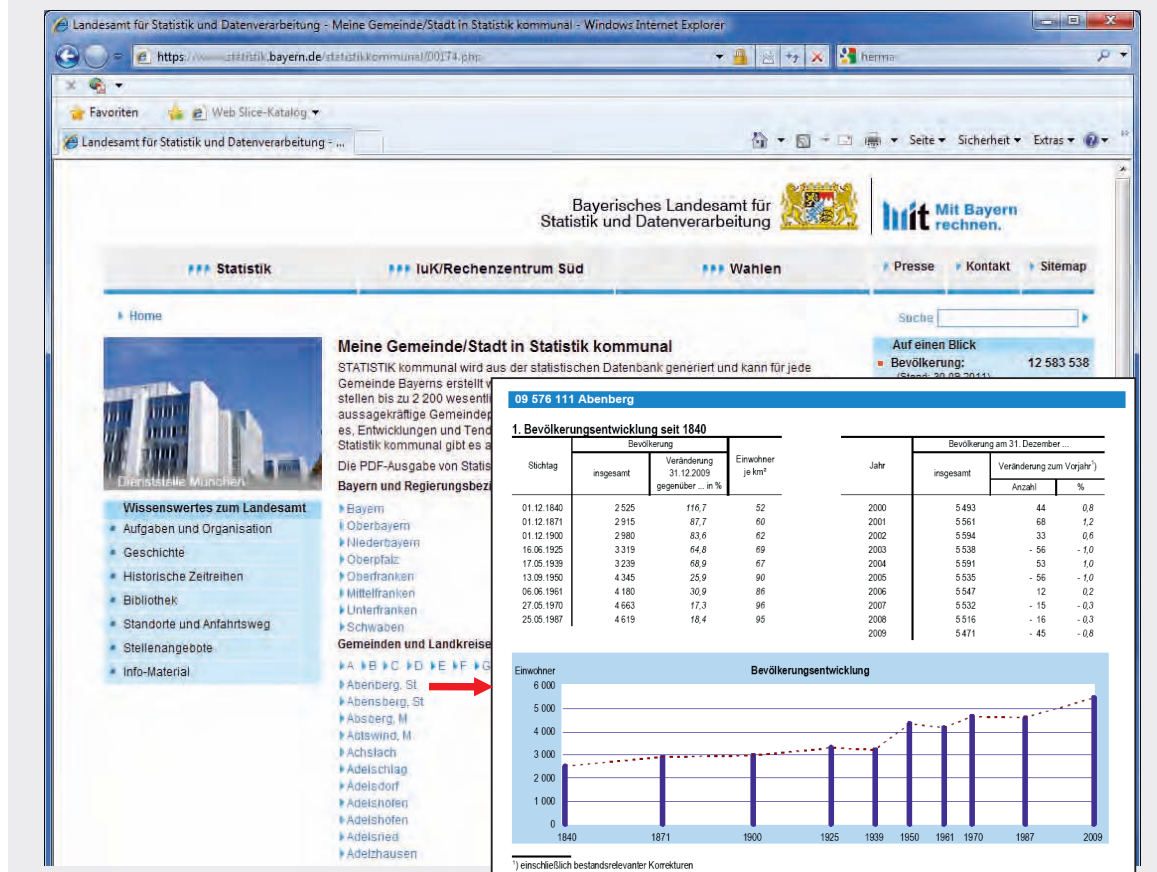
Schließlich stehen über den Internetauftritt unter der Rubrik „Meine Gemeinde/Stadt in Statistik kommunal“ die Regionalprofile auf Landesebene sowie zu allen Regierungsbezirken, Landkreisen und Gemeinden kostenlos zum Download als PDF-Datei bereit. Diese enthalten in 31 Tabellen und 18 Diagrammen bis zu 2 200 (regional-)statistische Daten. Zeitreihen zeigen zusätzlich Entwicklungen und Tendenzen auf (vgl. Abbildung 14).

Der Statistische Auskunftsdienst des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung

Werden spezifische, über das im Internetauftritt bereitgestellte Standarddatenangebot hinausgehende Leistungen gewünscht, kann der Statistische Auskunftsdienst mit diesen maßgeschneiderten Datenbereitstellungen beauftragt werden. Zu derartigen Auftragsarbeiten zählen beispielsweise fach- und länderübergreifende oder tief gegliederte Analysen sowie Auswertungen auf Basis anderer, in den Standardveröffentlichungen nicht oder nur in anderer Kombination verwendeter Merkmale. Grundsätzlich handelt es sich bei den Auftragsarbeiten um eine kostenpflichtige Dienstleistung – der für Beratung, Datenzusammenstellung und -analyse anfallende Aufwand wird dem Kunden in Rechnung gestellt. Abgerechnet wird nach dem jeweils gültigen Personalkostensatz. Ggf. werden zusätzlich Sachkosten in Rechnung gestellt. Vor der Bearbeitung des Auftrags wird für den Interessenten ein Kostenvor-

Regionalprofile im Internet über Statistik kommunal

Abb. 14



anschlag erstellt. Nach erfolgter Kostenübernahmeerklärung des Auftraggebers wird der Auftrag unmittelbar bearbeitet und an den Kunden versandt.

Forschungsdatenzentrum

Da insbesondere die Mikrodaten der amtlichen Statistik für die empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung eine wesentliche Datenquelle darstellen, wurde speziell für die Wissenschaft über die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder der Zugang zu den anonymisierten Einzeldaten der amtlichen Statistik eingerichtet. Diese wurden durch die „Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik“ (KVI) initiiert, um der Wissenschaft im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen den Zugang zu den anonymisierten amtlichen Einzeldaten zu erleichtern und die Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik zu verbessern (Zühlke et al. 2003; 2005; Bauer 2008).⁶ Das aktuelle Datenangebot umfasst mehr als 80 dezentrale (vorwiegend) Bundesstatistiken aus den Bereichen der Sozial- und Wirtschafts-, Finanz- und Steuer-, sowie der Rechtspflege-, Agrar- und Umweltstatistiken. Durch eine fachlich zentralisierte Datenhaltung wird ein flächendeckender Zugang zu den Einzeldaten an allen 16 regionalen Standorten gewährleistet. Zudem sorgen ein onlinebasiertes Metadaten-System sowie die Einrichtung unterschiedlicher Datennutzungswege für eine nutzergerechte Datenanalyse. Abhängig vom Grad ihrer Anonymität können die Einzeldaten entweder ausschließlich in den geschützten Räumen der amtlichen Statistik an speziellen Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen oder in Form stärker anonymisierter Scientific- oder absolut anonymisierter Public Use Files⁷ auch außerhalb der Statistischen Landesämter genutzt werden. Sollen wissenschaftliche Auswertungen auf lediglich formal anonymisierten Mikrodaten beruhen, können die Nutzer zudem auf die Möglichkeit der kontrollierten Datenfernverarbeitung zurückgreifen. Hierbei erhält der Nutzer keinen direkten Zugriff auf die Daten, sondern die von ihm auf Basis inhaltsleerer Strukturdatensätze erstellten Auswertungsprogramme werden ausschließlich von den Mitarbeitern des Forschungsdaten-zentrums auf den Originaldaten angewandt. Sind nicht-wissenschaftliche Institutionen, wie Behörden oder Institu-

tionen, an einer Nutzung der vorgehaltenen Einzeldatenbestände interessiert, können sie entweder auf die absolut anonymisierten Public-Use-Files zugreifen, oder eine wissenschaftliche Institution mit der Auswertung der Einzeldatenbestände beauftragen. Die für die Datennutzung zu entrichtenden Entgelte richten sich nach der Anzahl der genutzten Datenbestände und der genutzten Zugangswege. Zudem ist für die Höhe des Entgelts entscheidend, ob das Standardangebot nachgefragt wird, oder die Daten für das Vorhaben projektspezifisch aufbereitet werden müssen. Genauere Informationen zu den Zugangswegen und Entgeltstrukturen können über www.forschungsdaten-zentrum.de abgerufen werden.

Ausblick

Verlässliche und objektive Informationen sind in unserer schnelllebigen Informations- und Wissensgesellschaft für Planungs- und Evaluationszwecke von herausragender Bedeutung und somit ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur. Bei ihrer Bereitstellung kommt der amtlichen Statistik eine Schlüsselrolle zu. Durch sein breit gefächertes Veröffentlichungsspektrum und Datenangebot wird das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung seinem Informationsauftrag bereits in großem Umfang gerecht, dennoch ist es bestrebt, den Zugang zu den amtlichen Daten für die Interessenten weiter zu vereinfachen.

Daher soll es künftig auch möglich sein, das Statistische Informationssystem GENESIS Online durch die Einbindung von Webservices zu nutzen. Durch einen kontinuierlichen Ausbau des Datenangebots soll GENESIS Online zu einem umfassenden Datenpool ausgebaut werden.

Gleichzeitig wird durch die Entwicklung einer Auswertungsdatenbank ein völlig neuer Weg in Richtung einer noch größeren Nutzerorientierung beschritten. Über diese Auswertungsdatenbank werden Interessenten auf Basis von Datenquadern ihre Auswertungen selbstständig durchführen können. Da im Rahmen dieser Auswertungsdatenbank nicht nur die bayerischen, sondern die Daten aller Bundesländer vorgehalten werden, werden auch länderübergreifende Analysen – ohne aufwändige Länderkoordin-

⁶ Im Zuge dieser Empfehlung haben die wichtigsten Datenproduzenten Forschungsdatenzentren eingerichtet, um den Zugang zu amtlichen Mikrodaten zu ermöglichen (Zwick 2006; 2008).

⁷ Bei den Scientific und Public Use Files sind die Einzeldaten derart anonymisiert, dass sie außerhalb der geschützten Räume der amtlichen Statistik verwendet werden dürfen. Daher bieten sie im Vergleich zur On-Site-Nutzung ein geringeres Analysepotenzial. Die ausschließlich für die Wissenschaft entwickelten Scientific-Use-Files sind dennoch so konzipiert, dass sie sich für einen Großteil der wissenschaftlichen Forschungsvorhaben eignen. Räumlich und fachlich tief gegliederte Merkmale werden in der Regel aggregiert. Die Public-Use-Files stellen der breiten Öffentlichkeit absolut anonymisierte Mikrodaten bereit. Darin sind nur ausgewählte Merkmale enthalten und auch räumliche Abgrenzungen sind meist nicht mehr möglich.

nierungen durch den Statistischen Auskunftsdienst – möglich werden. Eine automatisierte, programmierte Geheimhaltungsprüfung stellt sicher, dass die Interessenten auf Basis der erzeugten Ergebnisse keine Rückschlüsse auf Einzelfälle ziehen können. In einem ersten Schritt soll diese Auswertungsdatenbank ausschließlich für die Datenbestände des Zensus zur Verfügung gestellt werden. Abhängig vom Grad der Abschottung werden sich den Interessenten unterschiedliche Analyse- und Zugriffsmöglichkeiten bieten. Die breite Öffentlichkeit soll über das Internet auf die in der Auswertungsdatenbank vorgehaltenen aggregierten Zensusdaten zugreifen können.

Literatur

- Amler, R. (2005), Der Nutzen von Statistiken aus Sicht eines Unternehmens. *Wirtschaft und Statistik* 1/2005: 75–78;
- Bauer, P. (2008), Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter – Ein Beitrag zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik. S. 159–183 in G. Rolf/M. Zwick/G. Wagner (Hrsg.) *Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland. Festschrift für Johann Hahlen zum 65. Geburtstag und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag*. Baden-Baden: Nomos.
- BDI (2011), Für eine moderne Bundesstatistik. Eckpunkte für eine Reform des statistischen Rechtsrahmens. *Wirtschaft und Statistik* 6/2011: 584–587.
- Brugger, P. (2003), Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Novellierung des Bundesstatistikgesetzes. *Wirtschaft und Statistik* 10: 891–899.
- Hahlen, J. (2005), Zur Lage der deutschen und europäischen Statistik. *Wirtschaft und Statistik* 7/2005: 665–670.
- Hahlen, J. (2009), Zur Rolle der amtlichen Statistik für eine evidenzbasierte Wirtschaftsforschung und -politik. *Wirtschaft und Statistik* 10/2009: 1021–1030.
- Nitschke, A./Schoder, M. (2004), Amtliche Statistik – Fluch und Segen. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 6/2004: 49–50.
- Prodi, R. (2002), Sachdienliche Statistik, die Bedeutung zuverlässiger Daten. *Wirtschaft und Statistik* 12/2002: 1037–1039.
- Randizio-Plath, C. (2003), Herausforderungen der Statistik in der Währungsunion. *Wirtschaft und Statistik* 1/2003: 67–74.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2005, *Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik*.
- Westerhoff, H. (2007), Die amtliche Statistik in der demokratischen Gesellschaft. *Wirtschaft und Statistik* 11/2007: 1130–1145.
- Zühlke, S./Zwick, M./Scharnhorst, S./Wende, T. (2005), Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. *ZA-Information* 56: 168–182.
- Zühlke, S./Zwick, M./Scharnhorst, S./Wende, T. (2003), Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. *Wirtschaft und Statistik* 10: 906–911.
- Zwick, M. (2006), Forschungsdatenzentren – Nutzen und Kosten einer informationellen Infrastruktur für Wissenschaft, Politik und Datenproduzenten. *Wirtschaft und Statistik* 12: 1233–1240.
- Zwick, M. (2008), CAMPUS-Files – Kostenfreie Public Use Files für die Lehre. *AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* 2: 175–188.

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2010			2011		
		Monatsdurchschnitt			Okt.	Nov.	Dez.	Okt.	Nov.	Dez.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende)	1 000	12 510	12 539	...	12 538	12 540	12 539	12 592	12 595	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹	Anzahl	4 901	4 924	...	6 558	2 954	5 889	4 734	4 525	...
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,7	...	6,2	2,9	5,5	4,4	4,4	...
* Lebendgeborene ²	Anzahl	8 643	8 771	...	8 982	8 800	11 032	8 856	8 440	...
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,3	8,4	...	8,4	8,5	10,4	8,3	8,2	...
* Gestorbene ³	Anzahl	10 208	10 258	...	9 574	10 704	12 500	10 083	10 759	...
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,8	9,8	...	9,0	10,4	11,7	9,4	10,4	...
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	27	25	...	29	27	41	21	29	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,2	2,9	...	3,2	3,1	3,7	2,4	3,4	...
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	15	14	...	15	18	21	12	15	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,7	1,6	...	1,7	2,0	1,9	1,4	1,8	...
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 565	-1 487	...	- 592	-1 904	-1 468	-1 227	-2 319	...
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,5	- 1,4	...	- 0,6	- 1,8	- 1,4	- 1,1	- 2,2	...
* Totgeborene ²	Anzahl	28	30	...	30	30	58	23	31	...
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	20 339	21 526	25 756	28 004	21 806	16 348	33 631	25 191	20 344
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	10 178	11 652	15 086	14 471	11 603	8 481	18 508	14 764	11 791
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	19 576	17 725	19 417	21 103	18 267	16 239	24 032	19 532	18 204
* darunter in das Ausland	Anzahl	10 717	8 746	10 028	9 279	9 267	8 907	10 709	10 500	10 515
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 162	9 875	10 670	13 533	10 203	7 867	15 123	10 427	8 553
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 859	8 979	9 389	11 824	9 000	7 332	13 323	9 032	7 689
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	763	3 801	6 339	6 901	3 539	109	9 599	5 659	2 140
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	40 499	40 124	41 749	44 252	41 280	35 568	47 491	41 520	38 437
		2009	2010	2011	2010			2011		
		Jahresdurchschnitt			Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Arbeitsmarkt ⁵										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 513,5	4 581,5	...	4 568,0	4 657,4	4 604,8	4 638,0	4703,3	4803,7
* Frauen	1 000	2 052,0	2 091,2	...	2 077,3	2 116,2	2 110,5	2 119,3	2136,6	2181,1
* Ausländer	1 000	358,7	371,6	...	372,9	382,4	373,0	384,9	405,4	422,2
* Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	843,3	878,0	...	877,9	884,0	890,8	906,6	929,1	...
* darunter Frauen ⁷	1 000	714,4	741,6	...	740,3	746,0	752,3	764,2	779,3	...
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,5	21,8	...	23,4	23,7	19,2	22,0	24,1	24,5
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 599,8	1 580,5	...	1 580,0	1 610,0	1 577,1	1 583,6	1609,9	1645,2
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 346,3	1 321,1	...	1 314,7	1 335,9	1 324,1	1 325,6	1338,3	1364,5
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 271,7	1 246,5	...	1 238,7	1 259,1	1 252,7	1 258,7	1270,6	1295,8
* F Baugewerbe	1 000	253,5	259,3	...	265,3	274,1	253,0	258,0	271,6	280,7
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	2 891,8	2 978,8	...	2 964,2	3 023,5	3 008,3	3 032,1	3 069,0	3131,8
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 012,8	1 019,9	...	1 014,2	1 036,5	1 027,0	1 027,0	1040,3	1067,8
* J Information und Kommunikation	1 000	148,4	151,6	...	150,1	152,2	154,9	159,3	161,2	162,3
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	186,1	185,4	...	184,0	186,8	185,9	184,6	183,9	186,5
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	25,7	26,4	...	26,3	26,5	26,8	26,8	27,0	27,6
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	458,5	508,1	...	507,5	525,8	518,4	535,8	552,4	566,4
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	892,0	917,9	...	912,2	923,8	927,1	929,6	932,7	948,1
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	168,4	169,5	...	169,9	171,9	168,2	169,0	171,5	173,1
		2009	2010	2011	2011			2012		
		Jahresdurchschnitt			März	April	Februar	März	April	Mai
* Arbeitslose	1 000	319,5	299,6	254,3	290,0	262,2	284,4	266,8	249,5	235,5
* darunter Frauen	1 000	145,6	138,8	122,3	130,9	126,5	122,0	119,1	120,0	115,7
* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8, 9}	%	4,8	4,5	3,8	4,3	3,9	4,2	4,0	3,7	3,5
* Frauen	%	4,7	4,4	3,9	4,2	4,0	3,8	3,8	3,8	3,6
* Männer	%	4,9	4,5	3,7	4,5	3,8	4,6	4,1	3,6	3,3
* Ausländer	%	10,9	10,0	8,7	9,7	9,0	9,4	9,2	8,9	8,0
* Jugendliche	%	4,6	3,7	3,0	3,4	2,9	3,4	3,2	2,8	2,5
* Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	...	89,5	...	40,9	17,9
* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	55,1	50,6	67,5	64,9	67,7	69,4	73,0	74,4	74,8

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.

2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.

6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.

7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.

8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.

11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011			2012		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Rinder	1 000	77,2	78,8	...	70,4	81,2	77,6	72,7	71,0	71,0
darunter Kälber ²	1 000	2,3	2,2	...	2,0	2,0	3,2	1,7	1,7	1,9
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,5	...	0,5	0,6	0,8	0,4	0,4	0,6
Schweine	1 000	465,8	470,5	...	432,7	481,0	488,0	442,0	415,2	465,5
darunter Hausschlachtungen	1 000	6,4	5,7	...	7,5	5,6	7,3	6,5	5,6	5,2
Schafe	1 000	10,3	10,3	...	6,1	8,3	11,8	8,0	6,0	10,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	336,8	339,8	...	344,4	343,0	338,8	344,4	347,6	343,6
darunter Kälber ²	kg	107,3	105,8	...	97,8	102,9	110,4	104,0	107,5	114,4
Jungrinder ³	kg	189,5	186,4	...	198,4	198,3	173,0	194,4	191,6	186,8
Schweine	kg	93,9	94,7	...	95,2	95,3	95,0	95,4	95,1	95,8
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	70,0	71,6	...	65,5	73,9	72,8	67,3	64,3	69,2
darunter Rinder	1 000 t	26,0	26,8	...	24,2	27,9	26,2	25,0	24,6	24,4
darunter Kälber ²	1 000 t	0,3	0,2	...	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	...	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	43,7	44,6	...	41,2	45,8	46,3	42,2	39,5	44,6
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	...	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ...	1 000 t	68,9	70,6	...	64,4	73,0	71,7	66,4	63,4	68,3
darunter Rinder	1 000 t	25,6	26,4	...	23,8	27,5	25,8	24,7	24,3	24,0
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	...	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	...	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	43,1	44,2	...	40,5	45,3	45,6	41,5	39,0	44,1
Geflügel										
Konsumeier ⁶	1 000	71 252	70 293	81 101	73 668	76 566	84 947	85 983	85 993	93 760
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	10,5	11,5	12,6	11,0	12,3	14,6	13,3	12,4	14,0
Milcherzeugung und Milchverwendung										
Kuhmilcherzeugung ⁸	1 000 t	627,9	648,1	...	604,3	680,4
darunter Milchlieferung an Molkereien ^{8, 9}	%	93,1	93,9	...	93,6	93,7
Milchleistung je Kuh und Tag ⁸	kg	16,6	17,7	...	13,6	17,0
Trinkmilcherzeugung der Molkereien ¹⁰	1 000 t	67,0	68,9	69,5	66,8	77,6	68,5
Buttererzeugung der Molkereien ¹⁰	1 000 t	5,4	5,4	5,6	5,7	6,3	6,9
Käseerzeugung der Molkereien ^{10, 11}	1 000 t	43,1	43,7	44,4	39,5	47,0	44,1
Quarkerzeugung der Molkereien ^{10, 12}	1 000 t	23,7	24,1	25,4	25,2	27,4	23,2
Getreideanlieferungen ^{10, 13}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	10,3	9,3r	8,2	5,8	3,8	5,4	5,1	5,8	5,9
Weizen	1 000 t	147,4	153,4	132,1	155,3	111,5	79,5	83,6	123,4	188,9
Gerste	1 000 t	46,7	42,6	46,4	34,3	22,3	17,3	13,1	18,5	27,0
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	1,7	1,6	1,7	1,0	1,1	0,9	0,9	1,0	1,2
Vermahlung von Getreide ^{10, 13}										
Getreide insgesamt	1 000 t	99,2	97,4	98,5	88,4	102,0	101,1	88,0	87,3	88,9
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	12,5	11,9	12,1	11,2	13,1	12,2	11,7	10,8	11,3
Weizen und -gemenge	1 000 t	86,7	85,5	86,5	77,2	88,9	88,8	76,3	76,4	77,6
Vorräte bei den Erzeugern ^{14, 15}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	15,7	16,4	10,5
Weizen	1 000 t	382,4	279,2	196,8
Gerste	1 000 t	295,3	280,8	208,5
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	29,2	29,6	19,9
Kartoffeln	1 000 t
Vorräte in zweiter Hand ^{10, 13}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	41,3	35,4	37,1	35,7	32,0	38,5	37,6	34,1	26,6
Weizen	1 000 t	391,9	452,4	518,1	634,1	573,7	521,3	523,8	534,0	543,0
Gerste	1 000 t	339,4	346,9	359,9	391,7	348,3r	351,0	320,1	296,4	279,9
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	8,1	9,3	7,8	8,6	7,3	8,2	7,4	6,4	5,4
Mais	1 000 t	88,8	91,3	115,8	137,7	119,2	199,6	178,5	167,6	137,9
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 427	1 770r	1 681	1 398	1 428	1 765
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	80	101	82	75	80	113
11 bis 13	1 000 hl	1 313	1 624r	1 558	1 298	1 313	1 616
14 oder darüber	1 000 hl	34	45r	41	24	35	37
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	236	311r	239	236	251	340
dav. in EU-Länder	1 000 hl	163	218r	162	161	150	219
in Drittländer	1 000 hl	73	92r	77	75	101	121

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 Aus Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

8 Die Daten werden ab 2010 von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur Verfügung gestellt.

9 In Prozent der Gesamtmilcherzeugung.

10 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

11 Hart-, Schnitt- und Weichkäse.

12 Sauermilch und Labquark, Rohkasein einschl. Ziger.

13 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

14 Nachweis nur für die Monate Juni und Dezember.

15 Bei Monatsdurchschnitt für 2003, 2004, 2005 jeweils der Wert vom Monat Juni.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011			2012		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Gewerbeanzeigen ¹										
Gewerbeanmeldungen ²	1 000	12,6 r	12,5 r	12,0	11,8	13,6	11,2	12,9	10,5	12,8
Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,8 r	9,8 r	9,7	9,6	10,5	14,0	12,0	9,8	10,4
		2010	2011	2011			2012			
		Monatsdurchschn.		Januar	Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 747	3 766	3 645	3 750	3 787	3 774	3 685	3 825	3 864
Beschäftigte	1 000	1 025	1 056	1 027	1 035	1 042	1 074	1 070	1 078	1 082
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	345	362	350	353	356	368	365	369	370
Investitionsgüterproduzenten	1 000	487	499	486	490	492	508	507	510	512
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	38	38	37	38	38	39	39	40	40
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	153	156	151	153	154	158	157	158	158
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	130 974	137 143	126 236	137 038	151 499	127 464	138 913	145 139	151 317
Bruttoentgelte	Mill. €	3 777	4 066	4 031	3 607	3 771	4 073	4 224	3 834	3 922
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	24 685	26 391	22 615	24 827	28 762	25 540	24 057	25 881	29 583
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 462	7 080	6 362	6 781	7 893	5 977	6 400	6 597	7 257
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	13 907	14 779	12 343	13 887	16 078	15 136	13 215	14 712	17 431
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	2 763	2 962	2 623	2 762	3 191	2 889	2 898	2 953	3 183
Energie	Mill. €
darunter Auslandsumsatz	Mill. €	13 066	13 974	12 603	13 441	15 309	13 483	12 825	13 822	16 244
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2005 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	106,2	113,9	95,8	107,3	121,4	107,6	105,8	112,4	126,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	108,9	120,2	73,9	82,0	121,7	90,0	76,2	70,7	99,8
Verarbeitendes Gewerbe	%	106,1	113,9	95,9	107,4	121,4	107,7	105,9	112,5	126,4
Vorleistungsgüterproduzenten	%	118,6	127,7	111,7	122,9	140,0	109,1	117,0	123,5	135,5
Investitionsgüterproduzenten	%	106,2	116,2	92,2	109,9	125,9	115,5	108,2	119,6	139,4
Gebrauchsgüterproduzenten	%	108,0	117,1	95,4	116,5	132,3	106,7	108,5	113,2	124,9
Verbrauchsgüterproduzenten	%	85,3	88,5	78,2	82,0	94,9	85,6	84,2	84,8	92,9
Energie	%	96,2	90,9	89,2	71,8	61,2	96,6	86,4	73,8	70,1
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2005 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	116,6	123,3	121,0	128,1	131,6	119,9	117,1	119,7	139,1
Inland	%	112,3	118,9	113,4	122,6	124,8	109,4	112,3	116,2	128,7
Ausland	%	119,7	126,4	126,5	132,1	136,5	127,5	120,5	122,3	146,6
Vorleistungsgüterproduzenten	%	123,3	132,6	138,2	128,0	149,3	119,3	127,1	121,3	131,8
Investitionsgüterproduzenten	%	114,5	120,1	114,6	127,7	124,5	122,2	113,5	118,0	143,0
Gebrauchsgüterproduzenten	%	109,1	115,1	100,0	112,6	123,1	105,4	113,4	116,4	126,9
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,5	110,2	112,7	148,2	127,3	84,4	103,3	143,0	130,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011			2012		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Baugewerbe ¹										
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
Beschäftigte im Bauhauptgewerbe ³	Anzahl	126 123	125 927	128 467	115 682	125 884	128 708	118 011	117 833	129 478
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 012	11 890	12 887	7 900	12 926	9 872	6 278	5 842	12 453
dav. für Wohnungsbauten	1 000	5 125	5 220	5 737	3 621	5 855	4 404	2 766	2 480	5 893
gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	3 418	3 283	3 591	2 607	3 758	2 915	2 227	2 146	3 664
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 469	3 387	3 558	1 672	3 313	2 553	1 285	1 216	2 896
Entgelte	Mill. €	284,3	285,1	299,2	213,7	270,5	305,7	248,3	218,5	267,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 300,2	1 288,8	1 446,4	797,7	1 216,5	1 794,2	638,0	661,2	1 119,6
dav. Wohnungsbau	Mill. €	446,4	471,8	560,9	316,5	527,1	706,0	267,2	255,8	454,5
gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	454,0	435,9	486,4	310,6	401,8	642,1	214,6	257,7	416,1
öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	400,0	381,1	399,0	170,6	287,6	446,1	156,1	147,7	249,0
Messzahlen (2005 = 100)										
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	%	105,4	106,2	116,9	100,0	146,9	101,2	78,5	123,7	164,3
davon Wohnungsbau	%	87,7	97,9	111,0	100,3	139,0	121,1	86,0	127,4	153,4
gewerblicher und industrieller Bau	%	108,5	115,1	130,1	128,2	163,8	121,3	93,1	138,1	145,4
öffentlicher und Verkehrsbau	%	114,5	103,0	108,0	71,8	135,6	67,6	58,7	107,0	190,7
darunter Straßenbau	%	129,7	108,6	110,9	61,0	143,2	57,1	44,2	82,0	212,8
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ^{5, 6}										
Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	45 633	47 843	48 891	.	.	49 060	.	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 560	4 830	5 040	.	.	16 075	.	.	.
Entgelte	Mill. €	106,3	111,9	117,3	.	.	384,2	.	.	.
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	464,0	492,3	515,8	.	.	2 069,4	.	.	.
Energieversorgung										
Betriebe	Anzahl	254	257	258	258	258	258	253	253	253
Beschäftigte	Anzahl	29 349	29 688	30 060	30 000	30 058	30 189	29 984	29 923	29 888
Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000	3 618	3 678	3 675	3 736	4 021	3 614	3 718	3 736	3 899
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	114	117	122	111	111	110	107	111	113
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ...	Mill. kWh	6 436,5	6 394,8	5 908,6	6 446,0	6 647,4	6 667,0	6 811,2	6 913,3	6 437,3
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	6 112,3	6 090,6	5 601,2	6 112,0	6 309,7	6 058,7	6 490,2	6 552,0	6 104,4
dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	498,7	569,3	509,2	730,4	664,2	700,4	763,6	812,4	537,6
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ...	Mill. kWh	987,9	1 075,2	999,4	1 469,1	1 314,8	1 331,2	1 589,8	1 673,5	1 151,7
Handwerk (Messzahlen) ⁹										
Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 = 100)	%	97,1	98,2	.	.	98,1
Umsatz ¹⁰ (VjD 2009 = 100) (ohne Mehrwertsteuer)	%	84,0	128,6	.	.	88,2
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 512	1 748	2 013	1 927	2 607	1 908	1 241	1 599	2 052
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 383	1 586	1 807	1 737	2 385	1 632	1 120	1 439	1 850
Umbauter Raum	1 000 m³	1 859	2 109	2 523	2 364	3 048	2 679	1 503	2 032	2 557
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	479	568	718	677	832	755	456	582	737
Wohnfläche ¹²	1 000 m²	314	359	433	409	520	458	259	350	437
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	716	811	815	634	878	692	460	589	802
Umbauter Raum	1 000 m³	3 876	4 118	4 460	4 260	4 644	5 805	2 888	4 068	3 857
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	521	460	599	592	659	948	408	520	414
Nutzfläche	1 000 m²	580	591	658	615	718	812	381	593	582
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 004	3 536	4 381	3 846	4 860	5 159	3 095	3 383	4 366
Wohnräume ¹³ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	14 613	16 564	19 585	18 059	23 291	21 047	11 732	15 805	19 656
		2009	2010	2011 ¹⁴	2011 ¹⁴			2012 ¹⁴		
		Monatsdurchschnitt			Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	9 161,9	10 965,9	12 168,8	12 380,9	13 339,6	13 158,2	11 484,8	11 035,4	12 697,7
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	518,1	566,0	615,4	613,8	559,9	579,1	617,1	493,7	637,3
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	7 814,5	9 533,2	10 833,0	10 624,7	11 641,6	11 387,0	9 800,3	9 564,7	11 021,4
davon Rohstoffe	Mill. €	937,4	1 219,2	1 565,4	1 172,2	2 235,6	1 863,0	1 477,9	1 378,5	2 165,5
Halbwaren	Mill. €	314,0	444,2	529,7	399,7	562,8	458,4	435,1	450,8	497,0
Fertigwaren	Mill. €	6 563,1	7 869,1	8 737,9	9 052,8	8 843,2	9 065,5	7 887,3	7 735,4	8 358,9
davon Vorerzeugnisse	Mill. €	637,6	844,2	964,2	1 029,5	903,4	955,2	728,1	778,7	843,3
Enderzeugnisse	Mill. €	5 925,5	7 025,0	7 773,7	8 023,2	7 939,8	8 110,3	7 159,1	6 956,7	7 515,7

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011 ¹	2011 ¹				2012 ¹		
		Monatsdurchschnitt			Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar	Februar	
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt											
darunter ² aus											
* Europa	Mill. €	6 424,9	7 677,5	8 535,2	8 726,1	9 518,8	9 252,1	8 114,1	7 482,5	8 356,5	
* dar. aus EU-Ländern ³ insgesamt	Mill. €	5 320,9	6 229,7	6 812,8	7 399,1	7 161,8	7 322,3	6 500,5	6 135,1	6 919,1	
dar. aus Belgien	Mill. €	237,8	272,8	309,2	331,6	347,4	340,2	291,0	270,0	334,9	
Bulgarien	Mill. €	21,8	25,9	28,3	31,4	29,1	28,7	28,6	30,2	30,4	
Dänemark	Mill. €	54,9	60,6	61,3	61,3	60,8	76,9	66,8	53,0	66,3	
Finnland	Mill. €	34,9	37,2	41,0	39,7	47,5	44,6	44,4	35,8	37,4	
Frankreich	Mill. €	469,7	514,7	558,4	589,0	559,8	594,8	545,9	532,1	549,1	
Griechenland	Mill. €	31,5	32,8	31,1	27,7	56,7	28,1	27,5	24,9	26,0	
Irland	Mill. €	126,9	174,8	174,9	226,0	175,8	207,6	180,3	87,3	140,9	
Italien	Mill. €	711,7	783,7	864,5	895,1	897,8	890,2	852,4	783,7	879,3	
Luxemburg	Mill. €	16,4	19,1	19,6	20,7	19,1	19,9	16,2	18,4	17,5	
Niederlande	Mill. €	451,5	536,6	589,9	627,1	601,6	604,8	581,3	494,9	587,2	
Österreich	Mill. €	1 010,5	1 171,9	1 256,1	1 385,9	1 290,4	1 307,8	1 201,5	1 100,9	1 250,4	
Polen	Mill. €	230,8	280,1	335,6	359,7	360,6	394,4	322,8	315,1	363,6	
Portugal	Mill. €	38,0	42,9	47,5	50,5	49,1	54,1	39,2	53,6	57,2	
Rumänien	Mill. €	115,7	155,8	176,4	188,8	169,1	218,4	163,5	166,4	187,3	
Schweden	Mill. €	78,5	106,0	97,1	101,7	98,7	105,2	89,3	97,8	97,9	
Slowakei	Mill. €	153,5	203,5	240,0	263,0	272,8	251,3	207,6	205,8	263,4	
Slowenien	Mill. €	62,4	70,3	74,8	86,0	88,1	88,4	70,7	79,1	78,4	
Spanien	Mill. €	188,5	200,6	214,2	198,7	203,6	235,1	210,7	193,1	238,6	
Tschechische Republik	Mill. €	621,0	762,8	793,9	912,5	917,2	862,7	779,4	763,6	797,1	
Ungarn	Mill. €	337,4	405,4	456,1	516,4	459,1	464,7	373,2	411,7	497,6	
Vereinigtes Königreich	Mill. €	296,5	334,5	404,7	439,0	414,7	466,9	379,2	379,6	380,0	
Russische Föderation	Mill. €	461,1	582,8	698,7	469,1	705,3	914,7	740,2	713,9	773,9	
* Afrika	Mill. €	238,5	324,0	413,5	293,7	442,6	415,1	309,2	409,4	589,0	
dar. aus Südafrika	Mill. €	30,7	47,2	46,4	29,8	44,9	48,0	38,7	32,4	44,9	
* Amerika	Mill. €	798,4	881,9	998,6	1 051,0	1 018,5	1 197,0	960,7	833,1	931,7	
darunter aus den USA	Mill. €	644,8	726,1	811,9	856,0	807,1	901,6	692,1	654,8	763,3	
* Asien ⁴	Mill. €	1 680,8	2 064,4	2 203,9	2 288,2	2 345,3	2 280,3	2 090,9	2 298,3	2 809,4	
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	929,7	1 068,2	1 141,0	1 210,4	1 246,0	1 220,2	1 066,6	1 101,0	1 007,2	
Japan	Mill. €	205,8	282,1	304,5	304,4	349,5	346,7	300,0	268,7	286,2	
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	19,4	18,2	17,7	21,9	14,4	13,6	9,9	12,0	11,2	
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	10 332,6	12 095,4	13 316,4	14 402,8	13 691,0	13 912,8	12 492,2	12 561,7	13 891,2	
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	547,8	574,4	645,4	636,7	631,5	652,6	629,9	605,6	631,9	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	9 339,1	11 092,4	12 368,9	13 171,2	12 508,9	12 672,4	11 381,3	11 401,7	12 680,6	
* davon Rohstoffe	Mill. €	52,4	72,8	82,0	83,0	77,8	80,1	66,0	65,3	73,3	
* Halbwaren	Mill. €	367,4	511,9	580,8	571,6	540,3	557,4	532,3	581,1	516,5	
* Fertigwaren	Mill. €	8 919,3	10 507,6	11 706,0	12 516,6	11 890,8	12 034,9	10 783,0	10 755,4	12 090,8	
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	737,8	938,5	1 039,7	1 043,1	994,1	966,8	823,2	980,9	1 023,3	
* Enderzeugnisse	Mill. €	8 181,5	9 569,2	10 666,3	11 473,5	10 896,7	11 068,1	9 959,8	9 774,5	11 067,5	
darunter ² nach											
* Europa	Mill. €	7 216,0	7 981,2	8 625,4	9 436,8	8 954,4	8 932,8	7 758,3	7 868,8	8 676,4	
* dar. in EU-Länder ³ insgesamt	Mill. €	6 282,3	6 896,4	7 306,5	8 073,0	7 565,4	7 508,5	6 497,6	6 751,1	7 456,6	
dar. nach Belgien	Mill. €	373,4	384,5	438,1	489,6	453,4	468,4	400,5	403,2	450,6	
Bulgarien	Mill. €	25,6	22,7	25,9	30,4	26,8	29,7	36,7	30,0	30,2	
Dänemark	Mill. €	96,6	98,7	102,1	111,5	110,8	116,5	103,5	92,5	108,6	
Finnland	Mill. €	88,4	89,0	93,6	99,0	105,4	90,1	89,9	84,6	103,9	
Frankreich	Mill. €	839,3	888,7	950,5	1 022,5	988,4	973,6	925,0	971,1	991,0	
Griechenland	Mill. €	78,1	58,7	49,3	49,2	55,2	57,8	45,4	40,5	44,1	
Irland	Mill. €	42,2	47,4	49,4	49,8	43,8	61,2	49,6	52,2	54,2	
Italien	Mill. €	845,1	932,5	962,5	1 103,9	983,4	1 009,7	863,7	842,6	909,3	
Luxemburg	Mill. €	36,4	40,8	42,9	47,3	43,3	39,9	34,8	35,8	39,7	
Niederlande	Mill. €	402,4	485,6	494,7	510,9	486,7	493,8	439,5	469,1	510,7	
Österreich	Mill. €	994,8	1 065,2	1 148,9	1 275,5	1 137,2	1 181,6	1 010,4	1 063,7	1 153,9	
Polen	Mill. €	275,6	325,9	366,2	418,9	377,3	363,8	308,4	328,7	373,3	
Portugal	Mill. €	81,8	101,5	84,3	83,6	81,5	83,2	60,0	68,9	71,9	
Rumänien	Mill. €	97,7	103,6	120,8	134,3	127,6	139,5	118,9	118,3	124,7	
Schweden	Mill. €	186,8	218,2	242,8	275,0	255,3	241,0	205,2	214,8	253,8	
Slowakei	Mill. €	97,1	130,1	159,3	184,7	164,0	160,1	128,9	131,0	158,2	
Slowenien	Mill. €	44,3	49,0	55,1	57,1	57,5	64,4	47,8	48,8	62,4	
Spanien	Mill. €	405,1	421,8	425,7	456,2	450,8	419,2	347,6	387,9	393,7	
Tschechische Republik	Mill. €	336,0	389,4	426,3	469,8	458,0	434,7	385,3	386,3	427,7	
Ungarn	Mill. €	165,0	198,2	197,6	218,8	193,5	216,3	175,1	180,7	207,4	
Vereinigtes Königreich	Mill. €	713,0	792,5	811,7	913,6	912,2	800,3	666,0	755,7	936,0	
Russische Föderation	Mill. €	203,7	239,5	338,8	362,5	393,9	381,3	351,4	279,3	331,3	
* Afrika	Mill. €	209,5	234,7	243,3	275,8	254,5	228,5	245,9	201,7	269,5	
dar. nach Südafrika	Mill. €	83,3	93,6	112,1	137,5	120,2	93,5	90,5	92,5	110,4	
* Amerika	Mill. €	1 219,8	1 539,7	1 735,7	1 801,9	1 832,6	1 934,2	1 743,7	1 740,8	1 957,1	
darunter in die USA	Mill. €	927,5	1 143,2	1 282,1	1 363,6	1 395,5	1 461,7	1 298,3	1 311,3	1 479,4	
* Asien ⁴	Mill. €	1 573,9	2 217,8	2 585,9	2 743,8	2 525,2	2 696,2	2 626,2	2 614,3	2 852,6	
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	600,5	970,3	1 184,5	1 243,6	1 192,1	1 288,4	1 133,6	1 313,5	1 336,1	
nach Japan	Mill. €	177,7	227,3	256,6	315,5	314,9	268,0	257,6	306,0	331,2	
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	113,4	121,9	126,1	144,5	124,5	121,0	118,1	136,2	135,5	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
3 Seit Mai 2004 (EU 25) einschl. Zypern; auch für historische Werte. Ab 1.1.2007 einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27);

die Angaben aus 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

4 Ohne Zypern (vgl. FN 3).

5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010 ¹	2011 ¹	2011 ¹			2012 ¹		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Großhandel (2005 ± 100) ^{2, 3}										
Index der Großhandelsumsätze nominal	%	99,9	109,6	117,8	103,5	126,3	120,0	104,0	108,3	128,3
Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	93,7	98,8	101,8	89,8	108,9	106,9	89,8	91,0	107,7
Index der Beschäftigten im Großhandel	%	96,2	96,4	98,6	97,1	97,4	100,1	99,4	99,5	99,6
Einzelhandel (2005 ± 100) ^{2, 5}										
Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	99,2	99,2	103,0	90,4	102,8	126,3	95,9	94,8	108,2
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	101,1	99,4	102,5	92,2	102,1	124,5	96,9	97,7	107,8
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	93,7	92,8	95,9	78,6	88,8	106,1	80,9	82,0	93,7
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	116,6	126,0	130,1	120,9	132,7	153,6	126,5	126,4	139,0
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	110,0	118,1	122,9	105,5	124,2	149,5	109,7	108,6	132,7
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	77,1	56,8	62,0	57,7	61,6	74,3	65,1	63,6	64,0
Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	96,5	95,8	98,0	86,4	97,6	120,7	91,3	88,5	100,6
Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	99,9	95,9	97,6	96,3	96,5	99,4	98,3	97,9	98,2
Kfz-Handel und Tankstellen (2005 ± 100) ⁷										
Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen nominal .	%	97,6	94,8	103,3	94,9	116,5	97,6	84,0	91,9	120,5
Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen real ⁴	%	93,9	89,9	96,2	89,4	109,1	90,6	77,6	84,9	111,2
Index der Beschäftigten im Kfz-Handel und der Tankstellen	%	97,2	96,6	99,6	98,1	98,4	100,9	100,4	100,7	100,9
Gastgewerbe (2005 ± 100) ²										
Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	94,8	99,5	104,7	85,2	92,9	105,0	87,7	89,1	97,3
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	100,5	110,3	115,8	93,4	96,8	108,9	92,2	98,1	103,4
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	178,0	185,4	181,4	164,9	176,0	225,3	123,2	168,3	221,0
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	90,9	91,8	96,6	78,6	89,5	103,6	84,6	81,1	92,9
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	89,9	90,4	95,2	77,0	87,3	101,5	82,4	79,1	90,8
Kantinen und Caterer	%	96,6	103,6	110,3	100,9	110,6	112,2	99,2	111,7	110,8
Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	89,1	90,6	94,0	77,1	84,1	93,8	78,2	79,2	86,0
Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	100,7	102,8	104,0	97,7	99,6	102,5	100,9	100,9	102,1
Fremdenverkehr ⁸										
Gästeankünfte	1 000	2 196	2 356	...	1 833	1 951	1 950	1 770	1 972	2 160
darunter Auslandsgäste	1 000	482	541	...	435	401	462	385	442	454
Gästeübernachtungen	1 000	6 262	6 485	...	4 956	5 270	5 005	4 982	5 535	5 538
darunter Auslandsgäste	1 000	1 012	1 122	...	992	880	977	845	998	969
Verkehr										
Straßenverkehr										
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	65 792	52 766	60 532	49 034	75 010	57 836	46 310	45 136	80 757
darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	2 888	2 752	2 873	1 665	6 526	561	821	1 428	7 331
Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge	Anzahl	58 841	45 389	51 910	42 873	61 719	51 064	41 102	39 655	66 166
Lastkraftwagen	Anzahl	2 725	3 233	3 999	3 264	4 548	4 104	3 040	2 826	4 660
Zugmaschinen	Anzahl	1 080	1 114	1 450	1 023	1 989	1 744	1 023	989	2 278
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	186	196	204	157	206	191	160	152	231
Beförderte Personen im Schienennah- und gewerblichen										
Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse)	1 000	101 424	101 783	105 029	.	320 220	327 473	.	.	327 203
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	89 789	90 223	91 229	.	276 397	283 449	.	.	283 030
private Unternehmen	1 000	11 635	11 560	13 800	.	43 822	44 024	.	.	44 173
Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹¹										
davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	28 496	29 739	29 227	23 576	26 062	31 468	27 481	26 699	26 921
mit nur Sachschaden	Anzahl	4 409	4 247	4 427	2 836	3 450	3 942	3 096	2 892	3 555
Getötete Personen ¹²	Anzahl	65	58	65	32	51	82	39	29	40
Verletzte Personen	Anzahl	5 836	5 639	5 857	3 894	4 551	5 335	4 233	4 084	4 766
Luftverkehr										
Flughafen München										
Fluggäste: Ankunft	1 000	1 356	1 438	1 569	1 238	1 478	1 388	1 337	1 310	1 553
Abgang	1 000	1 357	1 438	1 564	1 253	1 477	1 384	1 302	1 333	1 576
Flughafen Nürnberg										
Fluggäste: Ankunft	1 000	164	167	164	147	182	133	133	138	157
Abgang	1 000	164	168	164	147	185	137	122	144	160
Eisenbahnverkehr ¹³										
Güterempfang	1 000 t	2 075	2 318	2 578	2 348	2 804	2 356	2 149	2 385	2 517
Güterversand	1 000 t	1 902	2 046	2 043	1 792	2 131	1 882	1 774	1 831	1 844
Binnenschifffahrt										
Güterempfang insgesamt	1 000 t	413	448	452	372	564	331	304	199	478
davon auf dem Main	1 000 t	226	239	250	201	304	206	165	132	293
auf der Donau	1 000 t	187	209	201	170	260	125	139	67	185
Güterversand insgesamt	1 000 t	293	300	270	249	341	212	133	85	271
davon auf dem Main	1 000 t	178	205	189	178	230	166	98	64	179
auf der Donau	1 000 t	115	95	80	71	111	46	36	21	93

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

¹ Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel und Tankstellen, Gastgewerbe und Fremdenverkehr sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

² Ab Januar 2008 wurde erneut eine Neuzugangsstichprobe integriert. Die Messzahlen wurden verkettet, um das Niveau an die bisherige Messzahlenreihe anzupassen.

³ Einschließlich Handelsvermittlung.

⁴ In Preisen von 2005.

⁵ Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern.

⁶ In Verkaufsräumen.

⁷ sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

⁸ Abschneidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

⁹ Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

¹⁰ einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

¹¹ Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

¹² Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

¹³ Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011			2012		
		Monatsdurchschnitt ¹			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2, 3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	476 869	483 547	486 599	.	493 831	481 054
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	398 322	402 963	414 052	.	424 890	407 933
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	65 079	74 032	78 921	.	93 310	63 953
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. €	62 264	54 140	52 326	.	49 299	49 591
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	2 815	19 893	26 595	.	44 011	14 362
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	64 376	60 476	59 421	.	56 201	64 716
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. €	62 242	57 979	56 463	.	53 662	61 153
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	2 134	2 498	2 958	.	2 539	3 563
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	347 414	349 039	348 257	.	344 320	352 385
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. €	314 090	315 327	313 850	.	310 045	317 905
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 325	33 713	34 407	.	34 275	34 480
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	522 685	536 254	560 515	.	546 841	570 430
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	413 386	416 578	437 127	.	422 980	446 251
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	395 368	395 130	403 499	.	390 131	415 237
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	18 019	21 448	33 627	.	32 849	31 014
Spareinlagen	Mill. €	109 299	119 676	123 389	.	123 861	124 179
darunter bei Sparkassen	Mill. €	44 405	48 799	49 994	.	50 233	49 922
bei Kreditbanken	Mill. €	27 032	28 492	29 793	.	30 262	30 198
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 514	1 583	1 491	1 420	1 619	1 411	1 370	1 427	1 501
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	131	137	113	108	111	101	141	119	131
davon Unternehmen	Anzahl	329	320	284	265	319	269	303	273	302
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	94	101	81	82	85	69	107	77	96
Verbraucher	Anzahl	866	946	908	869	971	843	778	868	910
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	5	2	2	1	1	1	4	4	1
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	282	282	261	253	280	267	251	250	255
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	19	22	19	16	15	19	20	24	23
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	37	36	38	33	49	32	38	36	34
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	13	12	10	9	10	12	10	14	11
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	528 623	389 469	315 812	256 470	252 218	321 275	202 329	1536 120	330 242
davon Unternehmen	1 000 €	399 583	251 491	196 827	141 314	134 851	207 673	105 750	1430 882	238 547
Verbraucher	1 000 €	55 932	59 979	52 915	48 107	52 250	49 775	46 370	47 076	46 558
ehemals selbstständig Tätige	1 000 €	56 205	61 717	51 332	44 214	53 308	51 663	37 914	50 301	39 112
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	16 903	16 198	14 739	22 836	11 809	12 164	12 296	7 862	6 025
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1000	174,1	152,6	...	163,5	141,3	109,8	147,5	153,2	135,7
Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	220,5	198,6	...	196,6	200,1	...	132,5	169,4	186,8
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) ¹²										
Bedarfsgemeinschaften	1000	263,9	266,7	...	256,5	257,0	231,5	234,4	237,8	...
Leistungsempfänger	1000	492,1	492,7	...	468,3	468,5	419,6	425,2	431,4	...
davon von Arbeitslosengeld II	1000	350,8	351,9	...	335,0	335,4	297,9	302,0	306,9	...
Sozialgeld	1000	141,3	140,8	...	133,3	133,1	121,7	123,1	124,5	...
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	3 649,2	3 650,3	4 054,7	2 812,4	4 641,5	7 719,2	3 727,1	3 105,0	2 710,1
davon Lohnsteuer	Mill. €	2 589,0	2 522,5	2 701,1	2 647,5	2 338,7	3 951,8	2 905,8	2 697,0	2 700,9
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	498,0	543,6	557,2	- 111,9	1 489,8	1 960,9	- 15,0	- 1,0	167,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	252,6	248,7	341,8	107,4	100,4	363,6	382,8	152,8	114,6
Abgeltungsteuer	Mill. €	163,1	118,3	109,1	127,2	110,2	54,5	355,3	89,9	92,4
Körperschaftsteuer	Mill. €	146,5	217,2	345,5	42,2	602,4	1 388,4	98,2	166,3	- 365,5
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 696,7	1 618,0	1 676,3	2 187,6	1 025,0	1 678,3	1 657,6	2 308,1	1 538,4
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €
Bundessteuern [*]	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern	Mill. €	258,3	199,4	204,0	186,5	225,5	222,6	246,0	226,9	191,9
darunter Erbschaftsteuer.....	Mill. €	82,4	78,3	70,6	64,1	65,6	72,9	99,3	72,0	76,9
Grunderwerbsteuer	Mill. €	76,2	86,6	98,2	94,9	105,4	115,6	119,7	121,4	83,9
Biersteuer	Mill. €	13,1	12,7	12,7	9,4	10,1	11,4	12,0	9,8	11,8

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011			2012		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1, 2, 3}	Mill. €	608,3	660,5	758,9	.	1 973,6	2 417,9	.	.	2 270,9
darunter Grundsteuer A	Mill. €	6,8	6,9	7,0	.	19,5	18,7	.	.	20,2
Grundsteuer B	Mill. €	123,8	128,6	130,5	.	351,4	346,4	.	.	362,1
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	473,7	521,0	617,4	.	1 575,5	2 050,6	.	.	1 861,4
Steuereinnahmen des Bundes [☆]	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 374,5	1 390,0	1 576,2	1 002,6	1 842,3	3 201,9	1 427,2	1 167,3	942,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz [☆]	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6}	Mill. €	16,9	20,8	23,2	46,2	1,1	67,0	- 22,7	- 0,7	74,5
Steuereinnahmen des Landes [☆]	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 405,9	1 409,1	1 570,1	1 057,4	1 842,3	3 201,9	1 427,2	1 176,6	942,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz [☆]	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6, 7}	Mill. €	62,9	81,0	88,6	65,3	0,3	256,5	- 75,4	151,3	249,7
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2, 3, 4}	Mill. €	999,1	1 016,2	1 124,8	.	1 934,1	4 673,2	.	.	2 154,7
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4, 8}	Mill. €	426,4	407,8	433,8	329,3	524,9	831,3	414,0	340,7	378,7
Anteil an den Steuern vom Umsatz [☆]	Mill. €	44,6	45,2	48,1	.	8,5	285,8	.	.	6,8
Gewerbesteuer (netto) ^{1, 9}	Mill. €	392,1	419,2	505,1	.	1 613,0	1 359,0	.	.	1 838,6
Verdienste										
		2010	2011	2010	2011			2012		
		Jahreswert		1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
* Brutton Monatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten										
Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und										
im Dienstleistungsbereich	€	3 718	3 852	3 282	3 338	3 379	3 424	3 439	3 475	...
männlich	€	3 965	4 118	3 481	3 547	3 590	3 640	3 654	3 693	...
weiblich	€	3 085	3 178	2 778	2 805	2 850	2 875	2 891	2 921	...
Leistungsgruppe 1 ¹²	€	7 111	7 388	6 030	6 086	6 147	6 221	6 248	6 290	...
Leistungsgruppe 2 ¹²	€	4 340	4 489	3 822	3 884	3 933	3 988	4 008	4 038	...
Leistungsgruppe 3 ¹²	€	2 999	3 111	2 687	2 751	2 781	2 839	2 853	2 883	...
Leistungsgruppe 4 ¹²	€	2 447	2 529	2 188	2 261	2 276	2 321	2 357	2 365	...
Leistungsgruppe 5 ¹²	€	1 976	2 041	1 815	1 846	1 876	1 920	1 925	1 943	...
Produzierendes Gewerbe	€	3 304	3 958	3 253	3 366	3 415	3 499	3 502	3 524	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 089	3 343	2 817	2 968	2 985	3 031	3 101	3 101	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 366	4 090	3 347	3 443	3 514	3 583	3 581	3 604	...
Energieversorgung	€	4 104	4 816	4 005	4 114	4 239	4 161	4 208	4 201	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und										
Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	2 776	3 089	2 742	2 799	2 862	2 928	2 901	2 930	...
Baugewerbe	€	2 786	3 027	2 505	2 819	2 627	2 892	2 936	2 939	...
Dienstleistungsbereich	€	3 180	3 771	3 304	3 317	3 352	3 367	3 390	3 437	...
Handel; Instandhaltung. u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 131	3 727	3 178	3 215	3 264	3 301	3 304	3 347	...
Verkehr und Lagerei	€	2 688	3 076	2 708	2 764	2 813	2 843	2 870	2 871	...
Gastgewerbe	€	1 979	2 105	1 975	1 972	2 011	2 031	2 012	2 046	...
Information und Kommunikation	€	4 290	5 332	4 438	4 517	4 556	4 594	4 613	4 811	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	4 076	5 307	4 272	4 287	4 344	4 335	4 387	4 433	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	3 355	4 116	3 418	3 478	3 575	3 617	3 650	3 660	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und										
technischen Dienstleistungen	€	4 409	5 434	4 444	4 464	4 459	4 527	4 556	4 625	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 978	2 355	2 158	2 153	2 153	2 188	2 251	2 318	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	2 901	3 291	3 037	3 054	3 083	3 088	3 092	3 095	...
Erziehung und Unterricht	€	3 685	4 104	3 834	3 863	3 845	3 852	3 853	3 855	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 093	3 540	3 185	3 216	3 253	3 296	3 325	3 329	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	5 225	/	/	/	/	/	/	/	/
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	2 968	3 498	3 068	3 094	3 146	3 187	3 190	3 238	...
		2007	2008	2009	2010	2011	2011	2012		
		Durchschnitt ¹³					April	Februar	März	April
Preise										
Verbraucherpreisindex (2005 ± 100)										
Gesamtindex	%	104,2	107,0	107,6	108,8	111,3	111,2	113,3	113,4	113,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	106,7	113,0	112,1	114,1	117,4	117,3	120,6	120,6	120,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	105,3	107,9	111,2	112,9	114,7	113,3	117,6	118,3	118,6
Bekleidung und Schuhe	%	99,5	99,8	101,0	101,0	101,6	102,2	103,9	106,7	106,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	105,6	109,8	110,9	112,3	115,9	115,6	118,0	117,9	118,0
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	101,0	102,9	104,8	105,0	105,7	105,6	106,3	106,5	106,9
Gesundheitspflege	%	101,7	102,2	102,6	102,4	103,0	103,0	105,0	105,0	105,2
Verkehr	%	107,0	110,6	108,2	111,9	117,1	117,8	119,7	121,2	121,9
Nachrichtenübermittlung	%	94,9	91,8	89,8	88,0	85,6	86,0	85,0	84,8	84,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,0	99,6	100,7	100,0	100,8	100,2	102,6	101,6	101,7
Bildungswesen	%	120,7	128,0	129,3	131,2	133,0	132,8	134,1	134,3	134,9
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	%	105,8	108,7	111,6	113,2	113,7	112,1	114,8	113,7	114,2
Andere Waren und Dienstleistungen	%	103,6	105,6	107,6	108,7	110,5	110,7	111,0	110,9	110,8
Dienstleistungen (ohne Wohnungsnettomieten)	%	103,8	105,3	107,2	108,0	109,3	108,8	110,5	110,0	110,4
Wohnungsnettomieten	%	103,9	105,8	107,5	109,0	110,5	110,2	111,5	111,5	111,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

5 März, Juni, September und Dezember:

Termin von Vierteljahreszahlungen.

6 April, Juli, Oktober und Dezember:

Termin von Vierteljahreszahlungen.

7 Einschl. Erhöhungsbetrag.

8 Einschl. Zinsabschlag.

9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen;

Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.

12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung;

Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte;

Leistungsgruppe 3: Fachkräfte;

Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer;

Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011			2012
		Durchschnitt ¹					Mai	August	Nov.	Februar
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2005 ± 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	101,9	109,0	112,3	113,0	113,9	116,9	117,7	118,1	119,4
davon Rohbauarbeiten	%	102,5	110,6	114,5	114,5	115,2	118,7	119,6	119,9	121,4
Ausbauarbeiten	%	101,4	107,7	110,4	111,7	112,8	115,4	116,0	116,6	117,8
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	99,6	103,4	104,5	106,2	107,2	108,3	108,9	109,3	109,1
Bürogebäude	%	102,2	109,9	113,4	114,3	114,7	117,5	118,3	118,8	120,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	102,3	109,9	113,7	114,5	115,0	118,4	119,3	119,5	120,8
Straßenbau	%	104,7	112,9	118,9	121,7	123,0	126,1	126,9	127,4	129,1
							2011			
							1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	233,16	250,77	227,80	207,51	223,46	226,80	249,83	240,96	...
Rohbauland	€	55,09	74,86	53,54	43,27	58,59	24,65	37,55	35,30	...
Sonstiges Bauland	€	65,69	66,42	59,06	46,37	39,78	47,56	45,09	45,48	...

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2007	2008	2009	2010	2011	2011	2012			
		Durchschnitt ¹					April	Februar	März	April	
* Verbraucherpreisindex (2005 ± 100)											
Gesamtindex	%	103,9	106,6	107,0	108,2	110,7	110,5	112,3	112,6	112,8	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	105,9	112,3	110,9	112,5	115,7	115,5	118,8	119,1	119,1	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	106,4	108,4	111,3	113,0	114,6	113,2	116,8	117,7	117,9	
Bekleidung und Schuhe	%	100,7	101,4	102,8	103,7	105,6	106,1	106,6	109,5	109,7	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	104,9	108,5	108,9	110,1	113,5	113,3	115,5	115,7	115,8	
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	101,0	102,5	104,2	104,6	105,1	105,2	105,4	105,6	105,9	
Gesundheitspflege	%	101,3	103,0	104,0	104,7	105,5	105,5	107,2	107,4	107,7	
Verkehr	%	106,9	110,5	108,3	112,1	116,9	117,4	119,3	120,9	121,5	
Nachrichtenübermittlung	%	94,9	91,8	89,8	88,0	85,6	86,0	85,0	84,8	84,8	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,8	99,8	101,4	101,3	102,3	101,7	103,8	102,9	103,2	
Bildungswesen	%	126,9	137,9	132,3	131,8	128,8	133,5	116,8	116,9	112,2	
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	104,0	106,3	108,7	109,9	111,5	109,6	112,8	112,1	112,1	
Andere Waren und Dienstleistungen	%	103,7	105,9	107,5	108,4	110,2	110,6	110,6	110,4	110,4	
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland											
Index der Einfuhrpreise ³ (2005 ± 100)	%	105,1	109,9	100,5	108,3	117,0	117,9	120,4	121,2	120,6	
Ausfuhrpreise ⁴ (2005 ± 100)	%	103,0	104,8	102,5	106,0	109,9	109,9	111,5	111,7	111,9	
Index der											
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2005 ± 100) ...	%	106,8	112,7	108,0	109,7	115,9	115,9	117,8	118,5	118,7	
Vorleistungsgüterproduzenten	%	107,9	110,8	105,0	109,1	114,9	115,3	115,1	115,6	116,0	
Investitionsgüterproduzenten	%	100,7	101,6	102,4	102,5	103,7	103,5	104,4	104,6	104,7	
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	103,0	106,9	105,6	106,2	109,9	109,2	112,2	112,5	112,6	
Gebrauchsgüterproduzenten	%	102,3	105,0	106,4	106,7	108,5	108,2	110,2	110,0	110,2	
Verbrauchsgüterproduzenten	%	103,1	107,2	105,5	106,1	110,1	109,3	112,5	112,8	113,0	
Energie	%	113,7	128,4	117,7	119,3	132,0	132,3	136,3	138,1	138,3	
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2005 ± 100)	%	119,9	124,3	100,7	114,1	128,6	133,7	129,6p	131,0p	133,0p	
Pflanzliche Erzeugung	%	135,0	135,3	104,4	123,1	140,1	153,5	138,6	140,8	144,0	
Tierische Erzeugung	%	110,6	117,6	98,4	108,5	121,5	121,5	124,0p	125,0p	126,2p	
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2005 ± 100)	%	107,1	112,9	105,0	111,2	119,5	120,8	122,0	123,1	123,7	
darunter Großhandel mit											
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	106,5	113,0	110,9	114,0	119,5	120,0	122,0	122,9	122,0	
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	107,7	123,3	102,4	116,7	134,5	138,9	142,6	145,9	147,8	
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel											
zusammen (2005 ± 100)	%	103,2	105,6	105,5	106,7	108,6	108,6	110,2	110,8	110,8	
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	104,8	108,9	108,8	110,1	112,4	112,3	114,8	115,2	115,4	
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	105,7	109,7	110,6	111,8	114,3	113,9	117,0	117,4	117,5	
Kraftfahrzeughandel	%	105,5	106,4	106,8	107,0	108,1	107,7	108,7	108,8	108,8	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

¹ Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

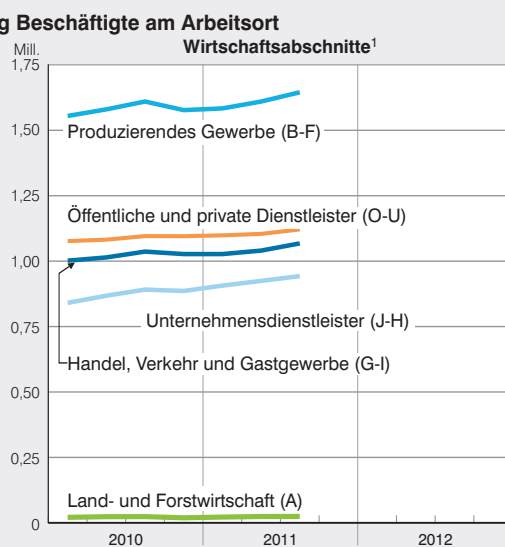
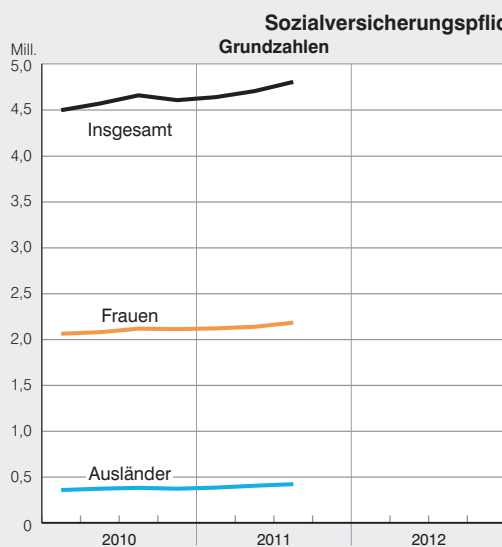
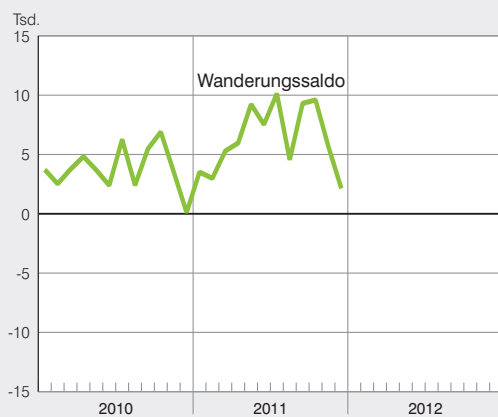
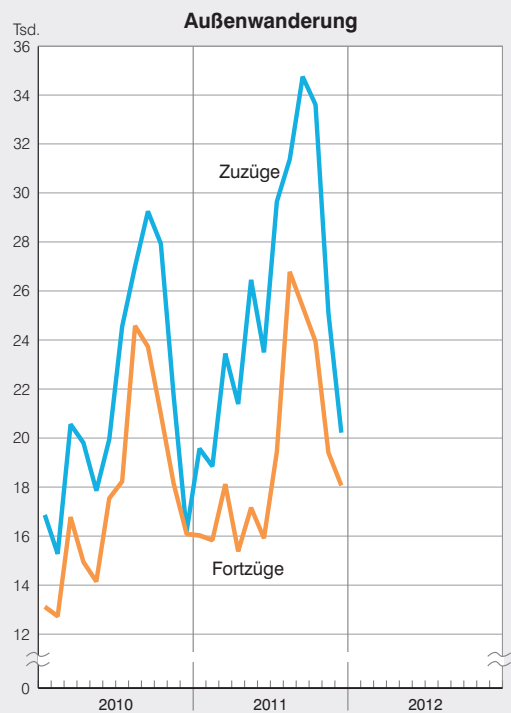
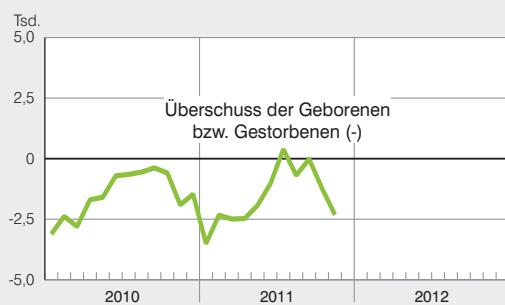
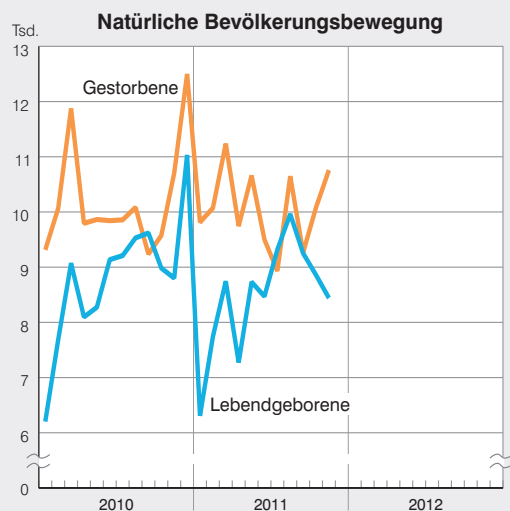
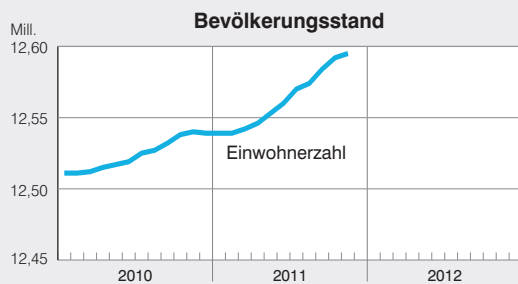
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

² Einschl. Mehrwertsteuer.

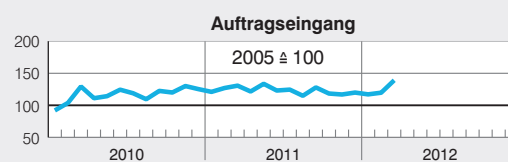
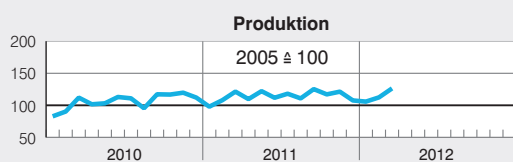
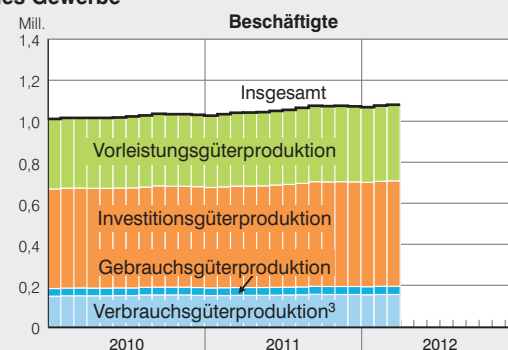
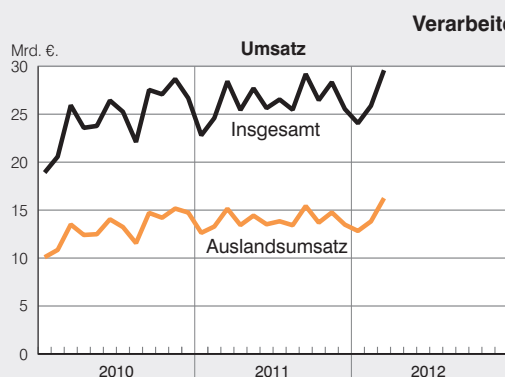
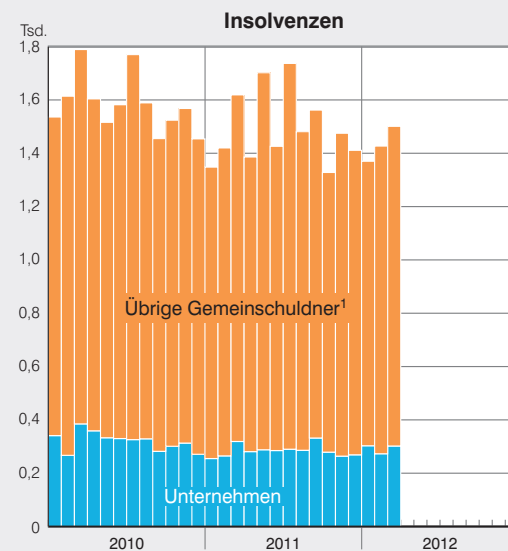
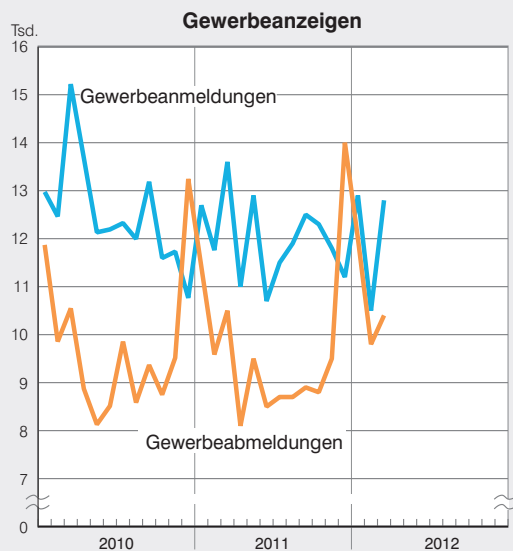
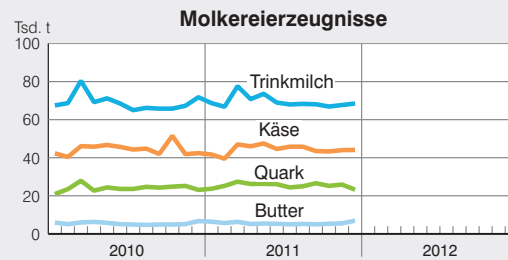
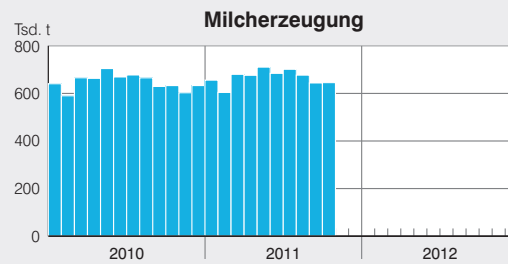
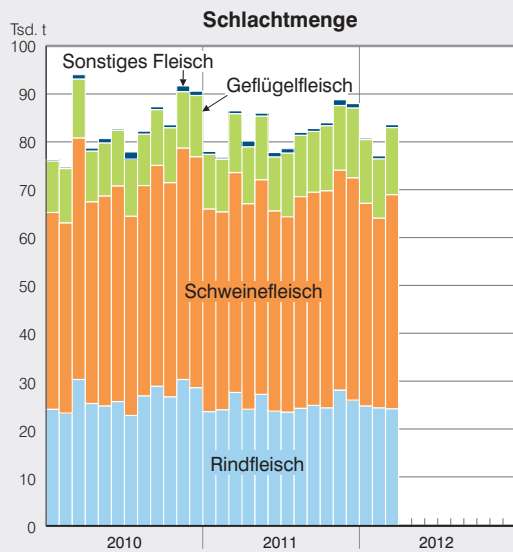
³ Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

⁴ Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel



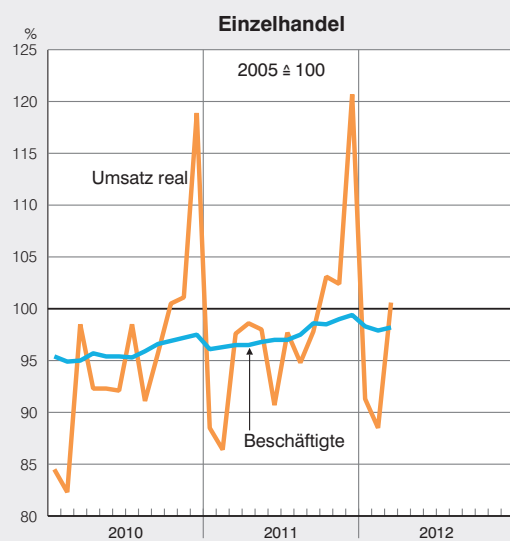
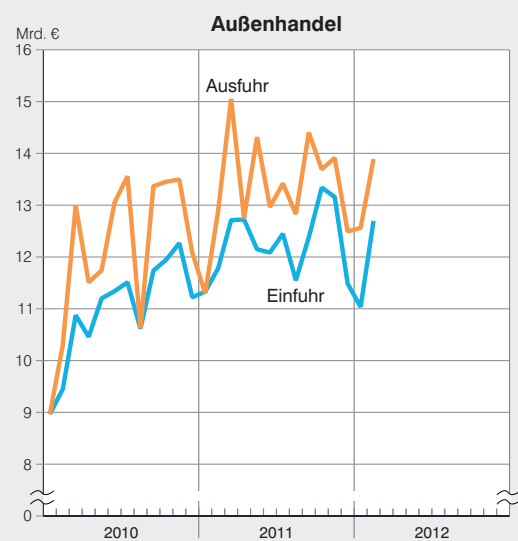
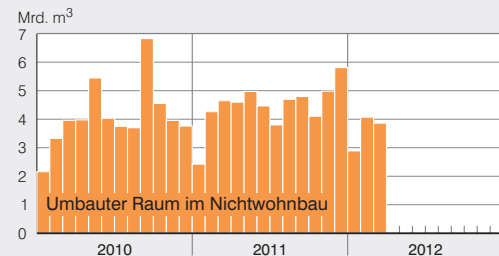
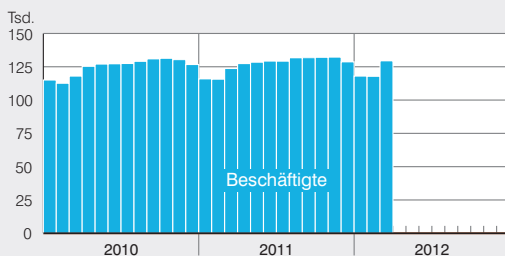
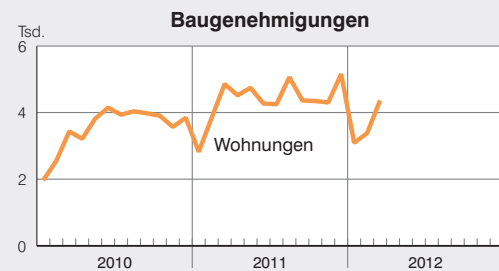
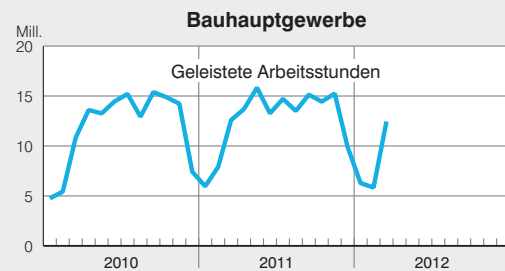
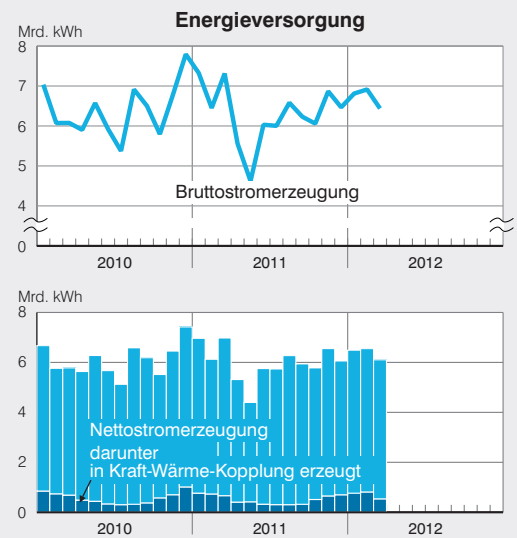
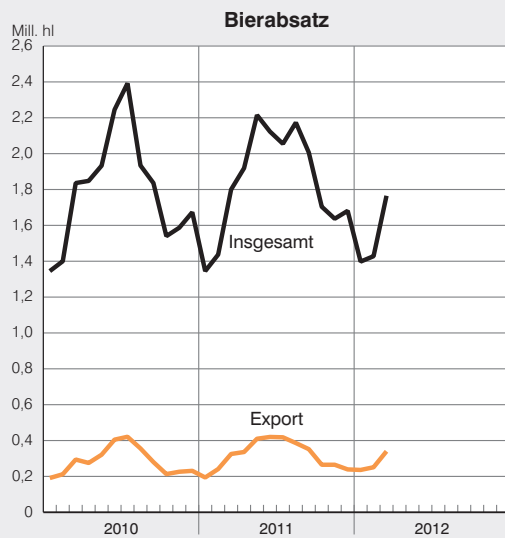
¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).

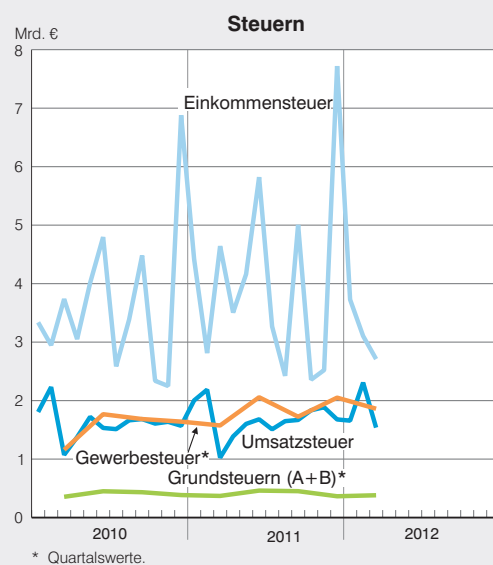
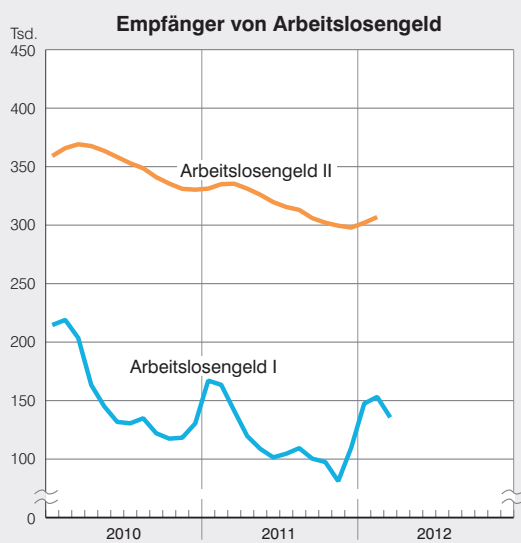
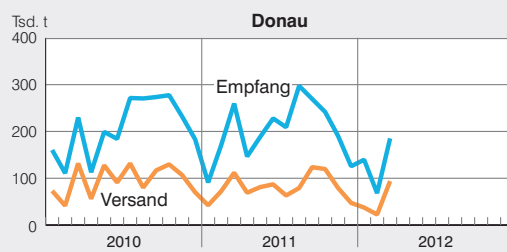
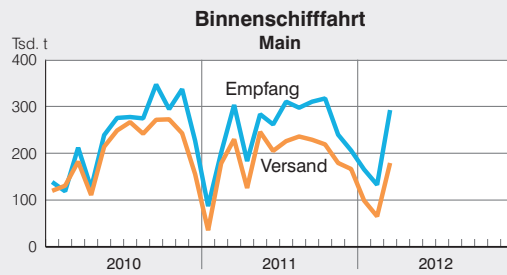
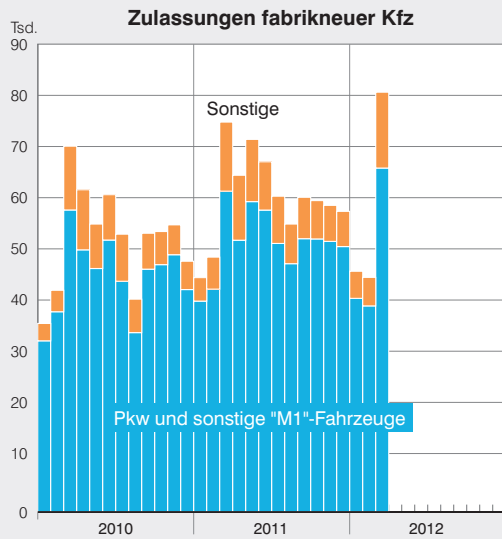
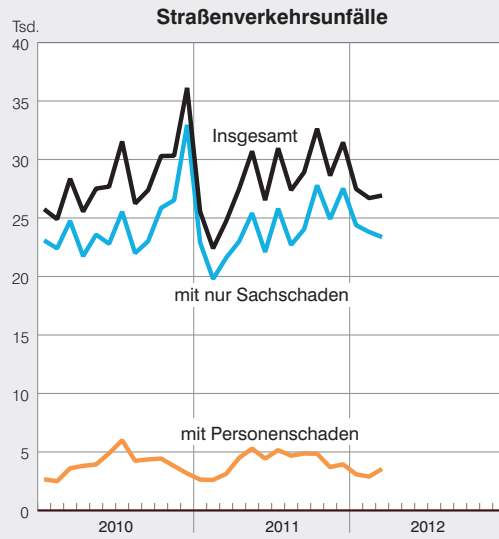
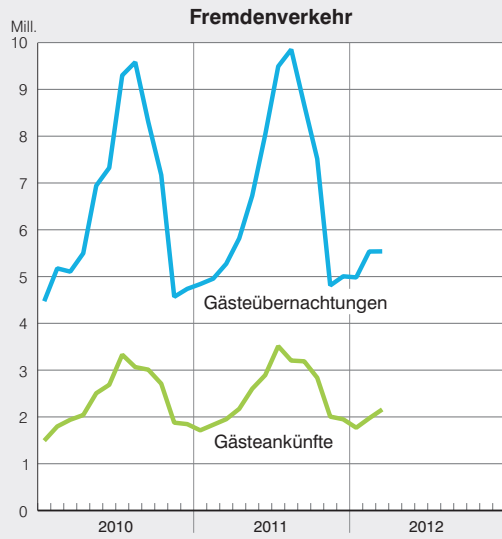


¹ Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.

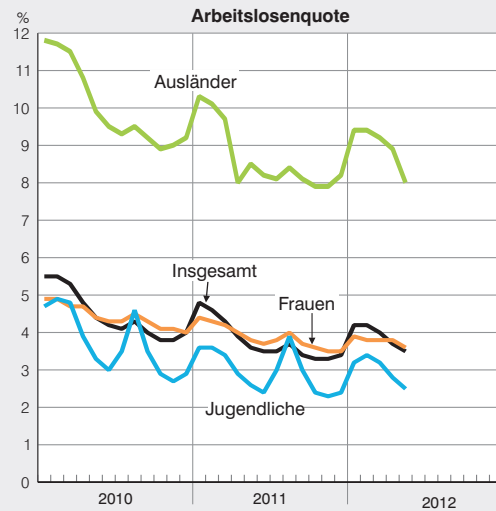
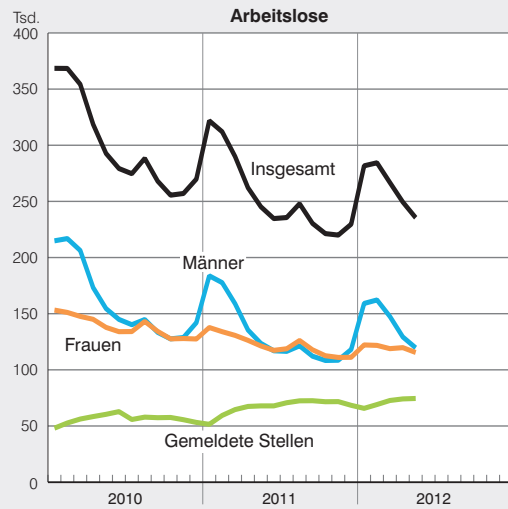
² sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.

³ Einschließlich Energie.

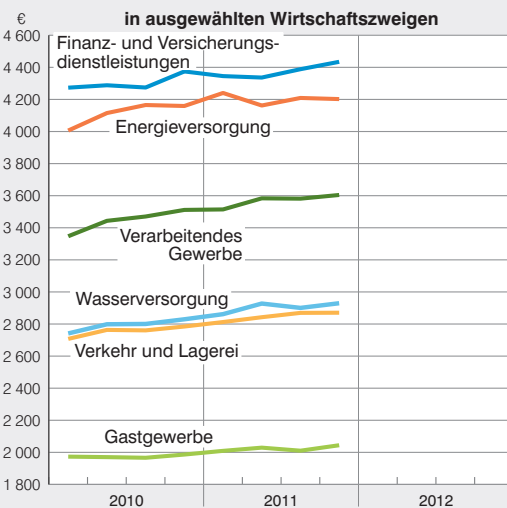
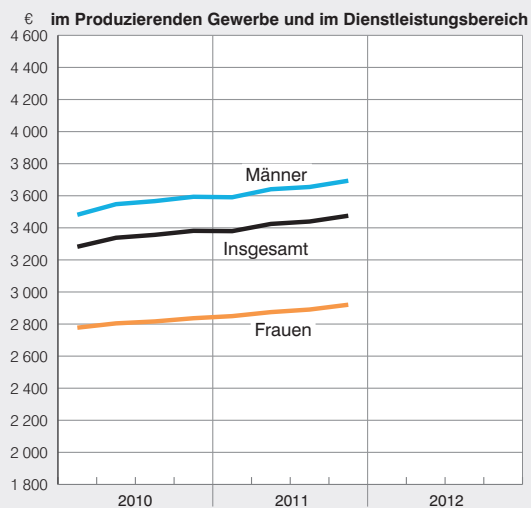




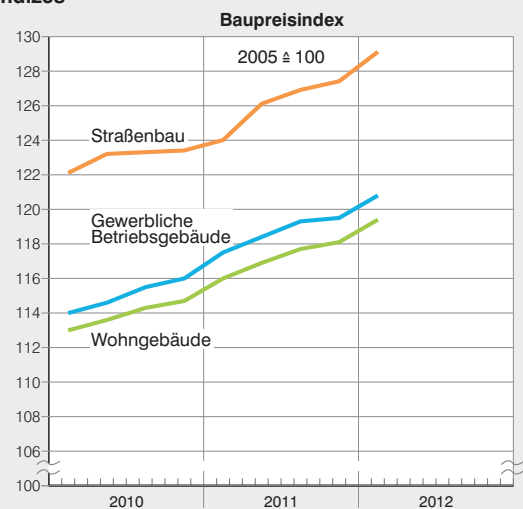
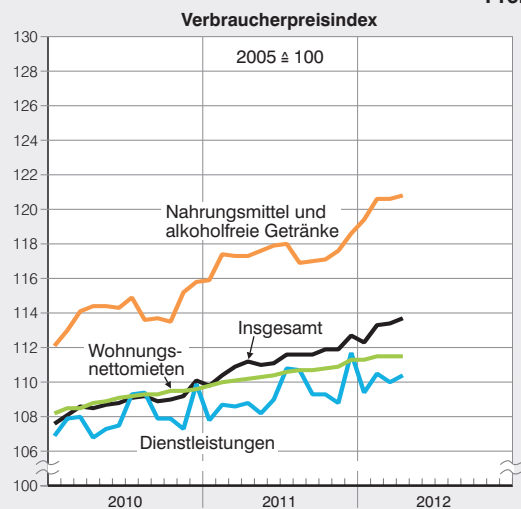
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



April 2012

Statistische Berichte

Angegeben sind die Preise für Druckwerke. Die zugehörigen Dateien sind kostenlos erhältlich unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit Berichte nur als Datei (ND) angeboten werden, ist auf Anfrage ein Druck möglich.

ND	Rechtspflege
	• Tätigkeit der Verwaltungsgerichte in Bayern 2011
ND	Wachstumsstand und Ernte
	• Ernte der Feldfrüchte und des Grünlandes in Bayern; Stichprobenerhebung 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	Gewerbeanzeigen
	• Gewerbeanzeigen in Bayern im Februar 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
5,10 €	Verarbeitendes Gewerbe
	• Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Februar 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	• Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Februar 2012
ND	• Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Februar 2012
ND	Baugewerbe insgesamt
	• Baugewerbe in Bayern im Februar 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
7,30 €	Bautätigkeit
	• Baugenehmigungen in Bayern im Dezember 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	• Bauüberhang in Bayern 2011
ND	Binnenhandel
	• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Februar 2012
ND	Außenhandel
	• Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Januar 2012
ND	Tourismus und Gastgewerbe
	• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Februar 2012
ND	Straßen- und Schienenverkehr
	• Straßenverkehrsunfälle in Bayern (ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats) im Januar 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

ND	Schiffsverkehr
	• Binnenschifffahrt in Bayern im Januar 2012 (Häfen)
12,90 €	Kinder- und Jugendhilfe
	• Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern 2011 Stand: 1. März 2011 Einrichtungen der Kinder- u. Jugendhilfe zum Stand 31. Dezember 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
5,10 €	Steuern
14,00 €	• Aufkommen an staatlichen Steuern in Bayern sowie Ausgaben und Einnahmen des Landes, 4. Vierteljahr 2011
ND	• Gemeindefinanzen und Realsteuervergleich in Bayern 4. Vierteljahr 2011 Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik
	• Einkommen der natürlichen Personen in Bayern 2007 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	Preise und Preisindizes
	• Verbraucherpreisindex für Bayern im März 2012 sowie Jahreswerte von 2006 bis 2011
6,70 €	• Verbraucherpreisindex für Bayern – Monatliche Indexwerte von Januar 2006 bis März 2012
4,40 €	• Verbraucherpreisindex für Deutschland im März 2012 (Bund)
5,30 €	• Preisindizes für Bauwerke in Bayern im Februar 2012
11,30 €	Verdienste
	• Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Bayern im 4. Quartal 2011 Einschließlich Jahresverdienste 2010 nach neuer WZ-Systematik 2008
10,00 €	Gemeinschaftsveröffentlichungen
	• Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung für Deutschland – ein Vergleich der Bundesländer 2012

Die regionalen Gliederungen sind in Klammern angegeben.

Bestellungen

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

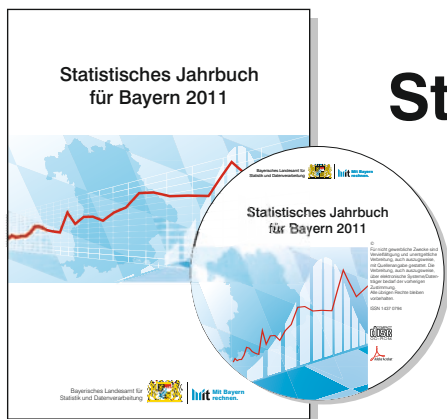
Vertrieb

St.-Martin-Straße 47
81541 München

Fax 089 2119-3457

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de

Auf Anfrage wird das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis kostenlos zugesandt (bevorzugt per E-Mail).



Statistisches Jahrbuch für Bayern 2011

Inhalt

- Zeitreihen • Zeitreihen zu sämtlichen statistischen Bereichen für die Jahre 1960, 1970, 1980, 1990, 2000 und 2010
- Bevölkerung und Kultur • Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Rechtspflege, Wahlen, Erwerbstätigkeit
- Wirtschaft und Finanzen • Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Wohnungswesen, Handel und Gastgewerbe, Verkehr, Geld und Kredit, Versicherungen, Öffentliche Finanzen, Preise
- Soziale Verhältnisse • Öffentliche Sozialleistungen, Löhne und Gehälter, Versorgung und Verbrauch
- Gesamte Volkswirtschaft • Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes, Umweltschutz
- Regionaldaten • Strukturdaten der Landkreise, kreisfreien Städte, Regierungsbezirke und Regionen
- Bund und Länder • Wichtige Strukturdaten Deutschlands und aller Bundesländer
- Bayern in Europa • Strukturdaten der 27 Mitgliedsstaaten der EU
- Merkmalsbezogen tief gegliedert
- 597 Seiten
- Tabellenwerk mit den wichtigsten statistischen Daten zum Freistaat Bayern
- Graphische Darstellungen
- Bayernkarten mit Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten sowie Regionen

Preise

Buch	39,- €
CD-ROM (PDF)	12,- €
Buch + CD-ROM	46,- €

Bestellungen

Telefon 089 2119-3205
 Telefax 089 2119-3457
vertrieb@statistik.bayern.de

Herausgeber und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
 Statistik und Datenverarbeitung
 St.-Martin-Straße 47
 81541 München

Sie können das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen auch per E-Mail bei unserem Vertrieb bestellen:

vertrieb@statistik.bayern.de